

Normwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Bge. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Bge. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bge. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Versand-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepaltenen Rollenzeitung über deren Raum 50 Bge. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berennungsbillets 20 Bge. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Bge., jedes weitere Wort 10 Bge. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Bge., jedes weitere Wort 5 Bge. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 16. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Wechselbalm vor dem Herrenhause.

Das Haus der erlauchten und edlen Herren, denen schon die Geburt ein Anrecht auf Ausübung gesellschaftlicher Funktionen verleiht, hatte am Freitag eine ganz ungewöhnliche Anziehungskraft auf Publikum und Parlamentarier ausgeübt. Sollte es doch darüber befinden, ob es den Wechselbalm blaueschwarzer Duhlschaft zu adoptieren gnädigst geneigt sei. Der enge, auf die Deckenfläche sehr wenig zugeschnittene Sitzungssaal war überfüllt, auf den Gängen der Galerie drängten sich namentlich zahlreiche Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Das mächtig besetzte Portier selbst hatte mit seinen vielen Klagen dem in der Prinz-Albrecht-Straße auf Haar geglichen, wenn nicht verschiedene alte Herren in Offiziersuniform aufgefallen wären. Der vornehmste Redner präsentierte sich in den verschiedensten Gestalten, sogar eine Marineuniform war vertreten. Der steinalte General von Daeleer zeigte eine erstaunliche Geschäftigkeit, aber sonst verriet nichts das Bestehen eines sensationellen Ereignisses, wie es die Beratung einer preussischen Wahlreform für dies politische Kabinetts doch zweifellos darstellt.

Nachdem Herr von Rantewitz mit schmerzender Kommandostimme die Formalitäten der Eröffnung erledigt und dem Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg das Wort erteilt hatte, begann dieser mit den bekannten Armbewegungen, die in ihm fast einen Aviatiker vermuten lassen könnten, seine Rede. Des doktrinären, mit pedantischer Schwülzigkeit verbrämten langen Vortrages kurzer Sinn war der, daß die Regierung das Herrenhaus bitte, das vom Antwahlrechtsblock im Abgeordnetenhaus fabrizierte Gesetz in seinen Hauptbestimmungen anzunehmen, jedoch dafür zu sorgen, daß einige „Lücken ausgefüllt“ würden. Die Regierung, erklärte Herr von Bethmann Hollweg, hat sich im Abgeordnetenhaus Zurückhaltung auferlegt, weil sie hoffte, daß das Herrenhaus ihren Wünschen geneigter sei. Daß sie das geheime Wahlrecht geschluckt hat, war unumgänglich, weil ja die Mehrheit des Abgeordnetenhauses so beschloßen habe. Das wäre also das unumwundene Bekenntnis zum parlamentarischen Regime. Schade nur, daß das Parlament, dessen Willen Herr von Bethmann Hollweg sich unterwarf, die Karikatur einer Volksvertretung war, und daß die blaueschwarze Schachgesellschaft auf nichts anderes ausging, als das Volk durch einen perfiden Handel um seine Rechte zu pressen. Herr von Bethmann Hollweg hat das Herrenhaus, das Wahlgesetz durch die Wiedereinführung von Privilegien an sogenannte Kulturträger und durch Vergrößerung der Drittelungsbezirke im reaktionären Sinne zu „verbessern“, es aber im übrigen doch ja anzunehmen, weil durch das Nichtzustandekommen eines Gesetzes sich die Schwierigkeiten für Regierung und bürgerliche Parteien nur vermehren würden. Die Regierung weiß also ganz genau, daß es ihr um den Nagen dreht, daß die Wahlrechtsfrage keinen Aufschub erleidet, und daß die Reaktion nach Scheitern der gegenwärtig beabsichtigten Wahlrechtsverhandlung nur zu weiteren Zugeständnissen an die Demokratie genötigt werden würde! Alles Beweise dafür, wie recht die Sozialdemokratie hatte, wenn sie alle ehrlichen Wahlrechtsfreunde unter den Parteien bestürmte, den Wahlrechtswechselbalm von vornherein der Regierung vor die Nase zu werfen!

Auch der Minister des Innern von Nolcke stotterte eine Rede her, die sich ganz natürlich in den ihm von seinem Herrn und Meister vorgezeichneten Geleisen bewegte. Auch er redete den Herrenhäusern zu, doch das geheime Wahlrecht zu akzeptieren, dafür aber durch weitere Kulturträgerprivilegien und Befestigung der Drittelung in den jetzigen kleinen Urwahlbezirken dafür zu sorgen, daß die Vorlage auch den nationalliberalen Schlotbaronen annehmbar sei.

Dann folgte die lange Reihe der Redner, die gar manche seltsame Stillblüte produzierten und gar manchen Auspruch taten, dessen herzerquickende Naivität der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollte. So leistete sich der alte General v. Wartensleben das löbliche Bonmot, daß er nicht die Spur eines Grundes dafür einsehe, weshalb eine Wahlreform gemacht werden müsse. Aber Majestät habe Wahlreform versprochen, folglich müsse Abnignwort doch eingelöst werden. Aber der biedere alte Haudegen glaubte trotzdem davor warnen zu müssen, daß man durch eine zu weit gehende Reform „den Ast abjage, der den Thron trage“. — Der Graf Wedel-Piesdorf war so leutselig, sogar dem Reichstag einige Schmeicheleien zu sagen. Bedenken jedoch erwecke die Tätigkeit des Reichstages auf finanziellem Gebiete. Das gleiche Wahlrecht taue doch nichts, weil die Kanalle keine Lust habe, sich bis zur Verunsichtigung Steuern anspresen zu lassen. Der besagte Herr Graf stand zugleich mit verblüffender Ehrlichkeit, daß ihm eine stärkere Wahlbeteiligung gar nicht erwünscht erscheint. Natürlich, je mehr Wähler zur Wahl gehen, desto wichtiger sieht es um die Junkerherrschaft! — Ein Gemütsmenschen ist auch der Professor Hildebrand-Breslau. Dieser Vertreter der Breslauer Universität proklamierte

passivität die Unantastbarkeit des Reichstagswahlrechts. Aber, so meinte er, vielleicht könne man doch dem Reichstage auch so eine Art Herrenhaus auf den Rücken setzen!

Nur wenige Redner erklärten, von einer Wahlreform überhaupt nichts wissen zu wollen, die das geheime Wahlrecht enthalte. Die übergroße Mehrheit scheint sich mit dieser Aenderung bereits völlig abgefunden zu haben. Ja, es scheint sogar zweifellos, daß eine Mehrheit des Herrenhauses auch für eine Verbindung von direktem und geheime Wahlrecht und noch Konzeptionen weiterer Art zu haben gewesen wäre, wenn eine solche Reform nur die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes gefunden hätte. Aus allen Reden sprach nicht nur der Verger über das politische Erwachen der Arbeiterklasse, die Wahlrechtsdemonstrationen, sondern auch die unerkennbare Furcht vor der Gärung der Volksmassen. Das Argument Bethmann Hollwegs, daß man doch ja dem Abschluß der Wahlreform keine Schwierigkeiten bereiten solle, weil man sonst die politische Lage nur verschlimmere, das heißt doch wohl, der Wahlrechtsagitation des Volkes nur in die Hände arbeite, hatte auf allen Seiten des Hauses den offensichtlichsten Eindruck gemacht. Und ebenso günstigen Boden schien der Wunsch der Regierungsvertreter gefunden zu haben, durch ein Eingehen auf die nationalliberalen Verschlechterungswünsche die Möglichkeit eines konservativ-mittelparteilichen Kompromisses zu schaffen.

Selbstmertweise erklärte sich kein einziger Konservativer gegen diese Kompromißforderung, die doch scheinbar wenigstens gegen die Abmachung des blaueschwarzen Blocks verstößt. Und was noch seltsamer ist, dem Zentrum entstand auch aus den eigenen Reihen nicht ein einziger Wortführer, der sich gegen das Kompromißwerben der Regierung und gegen die verschiedentlichen heftigen Angriffe gewendet hätte, die aus den Reihen der Redner gegen das konservativ-ultramontane Kompromiß erhoben worden waren. Es ist also mehr als wahrscheinlich, daß das Herrenhaus schließlich sowohl Kulturträgerprivileg als Drittelung nach größerem Bezirk in die Vorlage einfügen und so den Nationalliberalen die Brücke zum Antwahlrechtsblock schlagen wird. Ob dann das Zentrum seinerseits von dem schmählichen Handel zurücktreten wird? Einer der Herrenhäuserler bezeichnete das als sehr unwahrscheinlich. Man rechnet also damit, daß man schließlich konservative, Zentrum und Nationalliberale unter einen Hut bringen wird!

Die Volksmassen können also nicht genug Aufmerksamkeit und Regsamkeit entfalten!

Die Szene ward zum Tribunal!

Es will ihnen nichts mehr gelingen, den biederen Junkern und Junkerengenossen des Dreiklassenparlamentes. Hatte man da den Zwischenfall in der Donnerstagsitzung zu einem unerhörten Attentat gegen die Würde des Hauses aufzubauen gesucht, um im Hause Stimmung für die Verschandelung der Geschäftsordnung zu machen und im Lande diese perfide Anbelung der parlamentarischen Würde, hinter der die Mehrheit der Wähler steht, als Gebot der Notwehr erscheinen zu lassen. Der junkerliche Entrüstungsschrei machte seine Sache am Donnerstag denn auch ausgezeichnet, und gar die brave Junkerpresse, die „Deutsche Tageszeitung“ allen voran, ließ wahre Reulenschläge moralischer Entrüstung auf das Haupt der armen Sozialdemokraten niederfahren.

So weit arbeitete die Regie musterhaft, tadellos. Aber da mußte die brave Wahlrechts- und Geschäftsordnungsmeuchler der Haber stehen, auch noch einmal im Abgeordnetenhaus selbst mit wohlverteilter Rollen eine große Entrüstungskomödie zu agieren. Am Freitag vor Eintritt in die Tagesordnung sollte das große Haberfeldtreiben vor sich gehen. Die roten Friedensstörer sollten moralisch gestäubt und geschunden auf der Straße bleiben. Aber ach, es kam wieder einmal ganz anders! Dem nachdem die Redner der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und auch der schwanenden Gestalten, so sich nationalliberal nennen, ihr Sprüchlein aufgesagt hatten, worin in lieblichen Variationen die Rede war von dem empörenden, verlegenden, läßlichen, ja sogar widerwärtigen Treiben der Sozialdemokraten, gab Genosse Ströbel erst einmal eine gründliche Darstellung des wahren Sachverhalts, die den ganzen Entrüstungshumbung als faulen Zauber, als bestellte Arbeit und Komödie entlarvte und auch die lautesten Schreier der Rechten in Raslosigkeit verstummen ließ. Die streiklustigsten Kampfahne der Rechten hielten sich in philosophisches Schweigen und nur zwei überbetratene Männlein von dem auf die Junker vereidigten Landstreichersknecht des Zentrums riskierten einige schwächere Einwendungen, ohne indessen trotz wiederholter eindringlicher Aufforderung auch nur einen Punkt nennen zu können, in dem Ströbels Darstellung dem wirklichen Sachverhalt nicht entsprochen habe. Herr Dr. Müller-Fulda glaubte offenbar schon etwas gegen diese Darstellung vorgebracht zu haben, wenn er sie „geschickt“ nannte, und Herr Brust vertor sich vollends in ein hilfloses Gestammel.

Genosse Hoffmann bekräftigte die Darstellung Ströbels mit bissigem Humor, und Genosse Borgmann warnte die Inbelungslüsterne Mehrheit in eindringlicher Weise vor Verübung des geplanten Attentats, womit die Reaktion ihre ohnehin so verzweifelte Position nur verschlechtern könne.

Es war eine neue, bössartige Abfuhr für die Rechte und ihre Handlanger. Wenn trotzdem Herr v. Arnim-Bäsedom den

Präsidenten ersuchte, das neue Wahlrechtsgesetz so bald als möglich zur Verhandlung zu bringen, beweist das nur die vor keinem Unrecht und keiner Blamage zurückweichenden Vergevaltigungsgelüste der Dreiklassenmehrheit. Den die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Borniertheit!

Die Dortmunder Polizei im Wahlrechtskampfe.

Dortmund, 14. April. (Sig. Ver.) Am Montag, den 14. Februar, hatten sich hier einige hundert Personen in der Nähe des Rathauses eingefunden, um das Schicksal der von den sozialdemokratischen Stadtverordneten eingebrachten Wahlrechtsinterpellation abzuwarten. Kein Hoch wurde ausgedrückt und es wurde auch nicht gejubelt. Plötzlich erschien ein Tempo berittener Schutze auf der Bildfläche und etwa zwanzig Polizisten zu Fuß, die auf die friedliche Menge in brutaler Weise einfielen.

Die Kritik war der Situation entsprechend scharf. Man fühlte sich die Polizei beleidigt und der Genosse Meyer von der „Arbeiterzeitung“ wurde angeklagt. Heute begann die Verhandlung. In der Anklageschrift wird ungläubigerweise schlanweg bestritten, daß die Polizei überhaupt von der Waffe Gebrauch gemacht habe.

Genosse Meyer ist außerdem noch wegen spezieller Beleidigung des Polizeikommissars Richard, des Kommissars Schrank und des Schutzmanns Kubow angeklagt.

Diese beiden Anklagen wurden zuerst verhandelt, der Hauptprozeß aber an die dritte Stelle gesetzt. Vom Polizeikommissar Richard und dem Schutzmann Kubow war behauptet worden, beide Beamte hätten sich durch scharfes Vorgehen gegen Frauen ausgezeichnet. Kubow habe auf zwei Frauen eingeschlagen, Richard habe eine Frau sogar das Knie geschlagen und ein Zeugnis beklundet, daß Kubow geschlagen habe. Die Zeugin Friedrich beklundet, daß der Polizeikommissar ihr das Tuch zerrissen habe. Das Tuch liegt bei dem Bericht vor. Richard bestritt weiter, die Frau sei sehr renitent gewesen, er sei vor ihr davon gelaufen. Eine Zeugin sagt aus, sie sei von Polizisten mit geballten Fäusten gehauen und gestoßen worden und Kriminalschutze hätten mit Säcken dreingehauen.

Der Staatsanwalt beantragte in diesem Falle zwei Monate Gefängnis. Das Urteil wurde vorläufig ausgesetzt.

Dann wurde verhandelt wegen Beleidigung des Kommissars Schrank. Die „Arbeiterzeitung“ hatte geschrieben, der übermüdete Herr Schrank sei am 13. Februar mit steifen Beinen durch die Straßen gestolzt. An anderer Stelle hieß es, die Polizisten seien aufgeschreckt worden wie ein Haufen Kaninchen, am meisten konnte man sich amüsieren über Herrn Schrank.

Um Herrn Schrank Genugtuung zu verschaffen, beantragte der Staatsanwalt 200 Mark Geldstrafe. Auch in diesem Falle wurde das Urteil vorläufig ausgesetzt.

Dann kam die dritte Sache, der Hauptprozeß. Polizeikommissar Richard behauptet, daß den Schutzeuten streng untersagt worden sei, von der Waffe Gebrauch zu machen. Und dieser Weisung sei auch Folge geleistet worden. Das gleiche beklundet auch Polizeikommissar Schrank: von der Waffe sei kein Gebrauch gemacht worden, es sei auch nicht blank gezogen worden.

Dann traten aber die Zeugen des Angeklagten einer nach dem anderen auf und beklundeten, daß alles ruhig gewesen wäre, bis die Polizei die Menge angegriffen und auf sie eingeschlagen habe. Ein am Boden liegender Mann wurde von drei Schutzeuten mit Fäusten bearbeitet. Die veritierenen Schutzeute zogen an den verschiedensten Stellen blank und hieben auf die Leute ein. Verschiedene Zeugen lagen aus, die Veritierenen seien auf dem Marktplatz herumgesprängt wie die Wilden. Fast sämtliche Zeugen sagten aus, daß die Veritierenen mit blanker Waffe vorgegangen sind. Und dann kommen die Veritierenen, einer nach dem anderen, beklunden sämtlich, daß weder gehauen noch blank gezogen worden sei. Und dann kamen wieder fünf andere Zeugen und sagten dem Wachmeister Kesselhut auf den Kopf zu, daß er es war, der mit gezogenem Säbel die Stufen zu einem Restaurant heraufstiege. Die Zeugen erkennen den Kesselhut bestimmt wieder, er aber bleibt dabei, nicht gehauen zu haben. Dann kamen wieder Zeuginnen, die beklundeten, auf dem Westerkampweg sei ein junger Mann niedergehauen worden, durch einen Säbelhieb sei eine schwere Augenverletzung herbeigeführt worden. Als der Mann schon am Boden lag, sei er immer noch mit Säbelhieben mißhandelt worden. Die Frauen haben sich des Mißhandelns angenommen und haben ihn zur Augenklinik des Sanitätsrats Dr. Schmitz geschafft. Von diesem Fall wußte Polizeikommissar Richard nichts! Der Vorsitzende ließ bei Dr. Schmitz anfragen und dieser bestätigte, daß in der Tat am 13. Februar ein Mann bei ihm eingeliefert worden war, wegen einer Augenverletzung, die durch einen Säbelhieb herbeigeführt worden war. Schließlich erschien der Verletzte selbst noch als Zeuge und bestätigte den Vorfall. Ein Tiefbaumunternehmer hat von der Polizei in den Tüdingang des Museums am Markt klagen wollen, wurde aber fortgetrieben, Tam zu Fall in der Wasse und brach ein Handgelenk.

Die Angeklagte Schrift behauptet, die Polizei habe von der Waffe keinen Gebrauch gemacht und die Polizisten haben es beklundeten, Tugend von Zeugen weisen das Gegenteil nach! Mehrmals kommt es zu dramatisch bewegten Szenen.

Gegen 9 Uhr abends meint der Vorsitzende, der Sachverhalt sei wohl geklärt genug. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Franke, besteht aber auf der Vernehmung sämtlicher Zeugen. Demgemäß wurde die Verhandlung auf Freitag, den 15. April, morgens 9 Uhr, vertagt.

Vor Schluss der heutigen Verhandlung würde aber noch das Urteil in den beiden ersten Verfahren verhandelt. Das Gericht hat nur den Aussagen des Schuttmanns Kubow und des Inspektors Richard Glauben beigewiesen. In diesem Falle lautete das Urteil auf einen Monat Gefängnis (!) Wegen Verleumdung des Kommissars Schrank wurde auf 500 M. Geldstrafe erkannt.

Dortmund, 15. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Noch zwanzig Zeugen befähigen den Waffengebrauch. Die Polizei schreitet weiter ab. Die Weisungsaufnahme wurde dann geschlossen.

Dortmund, 16. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. Das Gericht schenkte den Klagen der Polizei im allgemeinen Glauben. Es hielt allerdings die Zweckmäßigkeit des Eingreifens der Perzisten für zweifelhaft. Einige Fälle, in denen die Polizei nicht ohne Schuld sei und Uebriggegriffe begangen, seien festgestellt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April 1910.

Die Wertzuwachssteuer.

Aus dem Reichstag, 15. April. Mit einem nachgeordneten Kind der vorjährigen Steueränderung hatte der Reichstag sich heute zu befassen. Seinerzeit war in einer Resolution der Erlaß einer Wertzuwachssteuer gefordert und überraschend schnell hat die Regierung dieses Kind zur Welt gebracht. Es soll nach der Vorlage, die heute zur ersten Lesung stand, eine indirekte Wertzuwachssteuer bei Grundstücksveränderungen im Reich erhoben werden. Den Erlaß sollen Reich, Staat und Gemeinden teilen. Auch dieses Kind der Bethmann-Aera weist den agrarischen Pferdeschweif auf. Denn der Wertzuwachs des erworbenen Grundbesitzes soll niemals erfasst werden, nur der verkaufte trägt die Steuer.

Bei der direkten Abtrennung dieses Steuergesetzes von der sogenannten Finanzreform mußte es um so sonderbarer an, daß der Präsident Graf Schwerin von vornherein den Wunsch ausdrückte, bei der Diskussion möchten „allgemeine Erörterungen“ über die Finanzreform vermieden werden. Der Freisinnige Guno und der Sozialdemokrat Fischer protestierten gegen diese sonderbare Zumutung. Thatsächlich konnten die Redner auch gar nicht die „Finanzreform“ vermeiden, wie schmerzlich auch gerade den Konservativen die Verührung dieser Wunde sein mochte.

Der Staatssekretär Bernuth fand für seine Vorlage und seine Darlegungen die entschiedene Zustimmung bei den Konservativen und dem Zentrum, aber auch die Freisinnigen und Nationalliberalen stellten sich, wenn auch nicht unbedingt, auf den Boden der Gesetzesvorlage. Die Opposition war wirklich nur durch die Sozialdemokratie vertreten, die dem Prinzip des Gesetzes, der Erlassung des unverdienten Wertzuwachses, zwar ihre Anerkennung nicht vorenthielt, aber sowohl wegen der agrarischen Verhinderung des Grundgedankens mit der Vorlage nicht einverstanden ist, wie sie auch neue direkte Steuerquellen nur dann der Regierung bewilligen würde, wenn dafür ein entsprechendes Äquivalent an indirekten Steuern aufgehoben wird. Genosse Südekum präziserte diese Stellungnahme unserer Partei, indem er noch besonders auf das gehässige Vorrecht der Fideikommissbesitzer hinwies, die auch bei dieser Besteuerung frei ausgehen werden und die Verwaltungszustände in Preußen kennzeichnen. Dabei brandmarkte er die Waldschänterei der Forst- und Domänenverwaltung in der Nachbarschaft Berlins, wo die fiskalische Geldgier die Gesundheit von Millionen gefährdet.

Dieser Angriff brachte den preussischen Finanzminister v. Rheinbaben vor die Front. Er suchte Südekums Kritik an den Waldverkäufen des Herrn v. Arnim mit dem sonderbaren Argument zu entkräften, daß noch immer große Waldteile übrig bleiben werden. Genosse Ziesch kennzeichnete diese Beweisführung durch den Vergleich mit dem Ramme, der einen anderen, dem er die Ohren abgehackt hat, beruhigen will mit der Zusicherung, ihm solle doch die Nase gelassen werden. Dann erörterte Ziesch noch eingehend die Lage, in die die Gemeinden durch das Verschwinden der Reichsregierung versetzt würden. Auch die Gemeinden könnten sich nicht auf eine Regierung verlassen, die beständig ihren sogenannten „Standpunkt“ nach dem Kommando der Agrarier wechselt.

Damit schloß die erste Lesung. Die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Dieho-Lyde-Johannisburg.

Die gestern vollzogene Reichstagswahl im Wahlkreise Dieho-Lyde-Johannisburg hat mit einem Siege der nationalliberalen Partei geendet. Abgegeben wurden 23 737 gültige Stimmen. Hier von entfielen auf Kochan (nat.) 12 853, auf Brämer (L) 10 161 und auf Lyde (Soz.) 910 Stimmen. Zerplittert waren 11 Stimmen. Kochan ist somit gewählt.

Das Resultat ist umso bemerkenswerter, als dieser bisher von dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten und Präsidenten Graf Stolberg-Bernigerode seit mehr als dreißig Jahren zu den unbestrittenen Domänen der konservativen Partei gehört. Seit 1867 ist das Mandat dieses Kreises in konservativen Händen, und meist hat der konservative Kandidat mit enormer Stimmenmehrheit gesiegt. Noch bei der letzten Wahl im Januar 1907 erhielt Graf zu Stolberg-Bernigerode 20 843 Stimmen, während auf den Kandidaten unserer Partei nur 630, auf den der Freisinnigen Volkspartei 833 und auf den Polen gar nur 41 Stimmen fielen.

Was hat diesen schnellen Umschwung bewirkt? Nach der Verankerung der konservativen Mütter die demagogisch-verlogene nach dem System Schwobach betriebene Agitation der Nationalliberalen. So schreibt die „Deutsche Tagesztg.“:

„Die Nationalliberalen haben eine hell-, wahl-, bei-spiel- und skrupellose Agitation betrieben. Das Beispiel von Kamele-Gehekrug ist nicht nur befolgt, sondern überboten worden. Fast an jedem Straßeneck befanden sich die doppelzungenigen Wahlausrufe der Nationalliberalen. Ihre Kraftwagen machten Weg und Stieg unklar. In der Verberung der Konservativen und der Agrarier waren die Sozialdemokraten im Vergleich mit den Nationalliberalen wirklich nur Waisenkinder.“

Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Die nationalliberalen Agitatoren haben mit den skrupellosen Mitteln gearbeitet, aber die konservativen Mäher nicht minder! Und zudem stand den Konservativen der ganze landräussliche Apparat zur Verfügung. Den Nationalliberalen wurden die Säle abgetrieben, ihnen von den Landräten und Gemeindevorstehern das Abschreiben der Wählerlisten verweigert. Ihre im Kreise angelegenen Wahlleiter mit dem gesellschaftlichen Boykott bedroht und sie der frommen mährischen Bevölkerung als Gottesläugner denunziert.

Dennoch hat die liberale Presse wenig Anlaß über einen großen Sieg der Liberalen Gedaanens zu jubelieren und wie z. B. die „Nat.-Ztg.“ von einem „großen Erfolge im schönen

und wahren Sinne des Wortes“ zu sprechen. Mit der neuen liberalen Aera in Dieho-Lyde-Johannisburg ist es recht windig bestellt. Die größtenteils aus mährischen, die deutsche Sprache nur radebrechenden Bauern bestehende Bevölkerung dieses Wahlkreises ist weder konservativ, noch liberal gesinnt, noch hat sie irgend ein anderes politisches Glaubensbekenntnis; sie ist vielmehr in ihrer Masse politisch außerst rückständig. Wenige Wahlkreise wird es in Deutschland geben, von der französischen Grenze bis zur russischen, und von den dümmelsten Gegenden Oberbayerns bis zum Jütenland, die politisch so zurückgeblieben sind. Es hat sich denn auch für die mährische Landbevölkerung bei der Wahl weniger um Fragen der großen Politik gehandelt, als um allerlei Lokalfragen. Der Kandidat der Konservativen, der Landrat Brämer, ist bei der Landbevölkerung des Kreises sehr unbeliebt, und vielleicht mehr noch als er selbst, der Leiter der konservativen Wahlagitation, der Landrat Volpert in Johannisburg. Ferner gehört der Gutsbesitzer Kochan zum rechten Flügel der Nationalliberalen und nahm zu den agrarpolitischen Fragen fast dieselbe Stellung ein wie sein Gegner. Es hat deshalb auch die „Germania“, abgesehen von einigen Uebertreibungen, gar nicht so ganz unrecht, wenn sie schreibt:

„Wir bezweifeln durchaus, daß es sich in Dieho-Lyde-Johannisburg überhaupt um ein politisches Ereignis handelt. Im Osten beruht das konservative Uebergewicht nicht sowohl auf der politischen Ueberzeugung der Wähler, sondern auf der sozialen Macht des konservativen Elements, dem auch noch der amtliche Apparat zur Seite steht. Welche Kreise der Bevölkerung sind wirtschaftlich mehr oder weniger abhängig von den Großgrundbesitzern und haben Angst vor dem Landrat. Diejenigen, die die Macht haben, pflegen sie auch grüßlich auszunutzen, wie die vielen Klagen der Nationalliberalen über Soalberverletzungen usw. usw. in diesem Falle zeigen. Gelingt es nun einmal einer skrupellosen Agitation, die Wählermassen so aufzuregen und zu erbittern, daß die Furcht vor den herrschenden Kreisen hinter der Sehnsucht, ihnen einen Fortschritt zu tun, zurücktritt, so ist es leicht um die politische Herrschaft der „Herrschenden“ geschehen. Man wolle uns doch nicht einreden, daß diese politisch ganz ungebildeten Wählermassen, Majoren usw. aus politischer Einsicht und Entrüstung über den „schwarzen-blauen Wot“ der Nationalliberalen gewählt hätten. Wie viele von den Leuten auf den Dörfern und Gütern dahinter an der russischen Grenze haben denn auch nur eine Ahnung von dem, was in Berlin vorgeht? Die meisten glaubten kritisch, was liberale Agitatoren ihnen vorredeten, und hielten die Gelegenheit für günstig, dem Landrat und den zu ihm haltenden Gutsbesitzern einmal einen Dutzettel zu geben.“

Dennoch hat der Wahlausfall seine politische Bedeutung. Nicht, weil statt eines agrarischen Landrats ein anti-liberal schillernder agrarischer Gutsbesitzer gewählt ist, sondern weil das gespannte Verhältnis zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei dadurch noch mehr verbittert wird. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Konservativen diesen Einbruch in ihre Domäne mit erneutem Vordringen in die nationalliberalen Wahlkreise Hannovers und Westfalens beantworten werden. Uns kann's recht sein!

Die Reichstagswahl in Posen.

Der Gegensatz zwischen der polnisch-demokratischen Partei, der sogenannten Kuriergruppe, und der polnischen „Hofpartei“ erweist sich als so stark, daß ein Teil der gutbürgerlichen Polen offen erklärt, daß er in keinem Fall für den Arbeitersekretär Kowicki, der bekanntlich in Posen I mit dem deutschbürgerlichen Kandidaten Dr. Wlans in der Stichwahl steht, stimmen wird, sondern sich der Abstimmung enthält. Es erscheint sogar nach den Bestimmungen und Vorwürfen, die beide polnische Parteigruppen gegeneinander schleudern, nicht als ausgeschlossen, daß manche Mitglieder der „Hofpartei“ trotz ihres ausgesprochenen Hasses gegen alles Deutsche nicht für ihren Landsmann Kowicki, sondern für den deutschen Kandidaten bei der Stichwahl ihre Stimme abgeben werden — nur um der polnischen Demokratie das Posener Reichstagsmandat vorzuenthalten.

Die aus dem Lager der „Hofpartei“ stets gut unterrichtete Skerleke „Schle. Volksztg.“ weiß darüber zu berichten:

„Die notwendig gewordenen Stichwahlen sind die bisherigen Ueberrassungen, die uns die Hauptwahl gebracht hat, nicht abschließen, denn schon jetzt besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die unterlegene polnische „Hofpartei“ sich nicht allein der Stimmenabgabe in der Stichwahl enthalten wird, sondern daß ein großer Teil der Wähler, die ihre Stimme für Sosinski abgegeben haben, diese jetzt dem deutschen Kandidaten geben werden, um die Wahl Kowickis unter allen Umständen zu vereiteln, wenn es nicht gelingt, einen modus vivendi zu finden. Diese Drohung hört man von maßgebenden Persönlichkeiten ganz offen aussprechen. Sie kommt auch in den Zeitungen, die für Sosinski mit ihrem ganzen Einfluß eingetreten sind, zum Ausdruck. Der „Soniec“ schreibt unter anderem: Das bürgerliche Wahlkomitee hat mit der Wahlagitation zu spät begonnen, und zwar erst, als es einseh, daß das Wahlkomitee nichts tat. Ohne Agitationmaterial, ohne genügende Arbeitskräfte, ohne Fonds konnte es eine wirksame Agitation nicht mehr entfalten, und so ist es nicht zu verwundern, daß es der bürgerlichen Partei nicht gelang, die hinterlistigen Pläne der secessionistischen „Kurier“-Partei, die um jeden Preis die niedrigsten Leidenschaften der Massen mit Hilfe der allgerneinsten Mittel, als: Verberung in heimlichen Versammlungen, Verleumdungen, Fälschungen, Denkschriften, Stimmentausch, Pitt, Bier, Kaffee, Häuten, Pfeifen und Stöcken auslöste, zu kreuzen. Hätte das bürgerliche Komitee mit seiner Arbeit eher begonnen, dann wäre der Wahlausfall sicherlich ein anderer. Der „Dziennik“ fordert Kowicki auf, sehr öffentlich gegebene Wort, die Kandidatur aus den Händen der Secessionisten nicht anzunehmen, einzutreten, weil er im Falle seiner Wahl in die polnische Reaktion nicht aufgenommen werden dürfte. Beschwerde wird im „Dziennik“ auch über die von der Kowicki-Partei auf dem Lande geleitete Wählerarbeit geführt, die schlimmer als die der Sozialdemokraten gewirkt und eine bedenkliche Gärung der ländlichen Arbeiter gegen ihre „Herren“ zur Folge habe.“

Rebellion im Zentrumslager.

In einer Zentrumsversammlung in Braunsberg hatten Professor Köhrich und Dr. Sigalski die Taktik des Zentrums in der Wahlrechtsfrage angegriffen. Dafür wurden sie von dem Braunsberger Zentrumslager, der „Ermländischen Ztg.“, die ein katholischer Pfarrer namens Matern leitet, persönlich verunglimpft. Ein Teil der Zentrumswähler war mit den Ausführungen des Blattes nicht einverstanden. Es wurde ein Komitee eingesetzt, das die Angelegenheit untersuchen sollte. Dieses berief nach dem katholischen Vereinshaus eine Protestversammlung ein, die von etwa 4000 Personen besucht wurde. In der Versammlung sprachen auch Dr. Sigalski und Prof. Köhrich. Letzterer erklärte, er habe lediglich seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß das Zentrum bei der preussischen Wahlreform die direkte und geheime Wahl hätte durchsetzen können und daß immerhin die Regierungsvorlage besser gewesen sei als das Kompromiß. Es werde verlangt, daß die Wähler zu allem, was ihre Abgeordneten tun, „Ja“ und „Amen“ sagen und dann die politische Schlammkeule über die Ohren ziehen. Wer ein freies Wort wolle, würde als Anführer hingestellt, den man aus der Partei stoßen müsse. Er wolle solchen Kadavergehorsam zurück-

Die „Ermländische Zeitung“ führe ihrem Kampf mit vergifteten Waffen, wie gegen einen persönlichen Feind, den man unter allen Umständen getreten wolle.

Die Ausführungen des Professors Köhrich fanden stürmischen Beifall. In gleichem Sinne sprach eine Reihe weiterer Zentrumswähler, während die Haltung des Zentrumslagers von zwei Kaplänen und einem Diakon verteidigt wurde. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der der Verlag der „Ermländischen Zeitung“ ersucht wird, den Redakteur Pfarrer Dr. Matern von seinem Posten zu entheben.

Unser Landtagswahltag in Sachsen-Altenburg.

Wie wir gestern bereits meldeten, sind bei der Landtagswahl im Herzogtum Sachsen-Altenburg sechs Genossen gewählt worden. Es sind dies: Redakteur Metzke, Geschäftsführer Wunderlich, Redakteur Dikreiter, Lagerhalter Bieckh, Kaufmann Bühne und Geschäftsführer Jungmann. In einem weiteren Kreise ist das Resultat zurzeit noch nicht festgestellt; doch es ist wahrscheinlich, daß unser Kandidat dort unterlegen sein wird. Unsere Genossen haben ihre Siege sonach verdoppelt. Außerdem sind gewählt 20 Konservative und 5 Liberale.

Vom Kieler Stadtfreiwort.

Die vorgestrige Sitzung der städtischen Kollegien hatte sich mit einer Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Zustände in der Seequarantäne für dänisches Schlachtwild zu befassen. Bekanntlich ging vor einiger Zeit durch die Presse die Nachricht, daß bei der verstärkten Impfung mit Tuberkulin die eingeführten dänischen Rinder bis zu 25 Prozent reagierten. Die Tiere wurden vernichtet und die Viehimporteure hatten dadurch bedeutenden Schaden. Die Folge war eine Unterbindung der Vieheinfuhr aus Dänemark und ein außerordentlicher Schaden für die Städte und die konsumierende Bevölkerung. Um den Kieler Magistrat zu einer schnellen und energischen Stellung hierzu zu veranlassen, war die Interpellation eingebracht. Genosse Solter wies in seiner Begründung auf die Folgen dieses neuen agrarischen Randzuges hin. Es kann sich hier nur um eine Intrige des raffigierigen Großagrarierums handeln. Die Regierung sei den Junkten wieder einmal gefällig. Solter wies auch auf den finanziellen Schaden hin, den die Stadt Kiel durch die Unterbindung der Vieheinfuhr erleidet und sprach die Erwartung aus, daß von der Stadtverwaltung alles getan wird, um den Schaden abzuwehren. Wie notwendig es war, diese Angelegenheit in der Öffentlichkeit zu behandeln, bewies auch die Antwort des Bürgermeisters Lindemann, der angab, daß seit dem 16. März kein einziges Stück dänisches Rindvieh mehr nach Kiel eingeführt worden ist. Die Stadt würde eventuell gezwungen sein, ihre Quarantäne stillzulegen, das macht einen Verlust von 75 000 M., den Ausfall an Schlachthofgebühren mit eingerechnet. Indes rühete das alles die bürgerlichen Stadtverordneten nicht. Sie lehnten einmütig die Besprechung der Interpellation ab. Mag die Bevölkerung der Stadt darben, mögen die Stadtfinanzen noch so schlecht stehen, das bringt sie nicht in Bewegung. Als aber in einer weiteren Vorlage der Magistrat 15 000 Mark forderte für ein Gemälde zur Ausschmückung des neuen städtischen Kollegienzales, erschienen die Bürgerlichen auf dem Plan und waren zum größten Teil sofort bereit, die Summe zu bewilligen, ohne sich auch nur im Mindesten um die Deckung zu kümmern. Und das alles, trotzdem der Magistrat bei der Etatsberatung mit dem bekannten „blutenden Herzen“ die Antage wegen Besserstellung der städtischen Arbeiter zurückzog, weil für die geforderten Mittel keine Deckung vorhanden war. Die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten damals dem Magistrat zu.

Wahlrechtsjustiz in Frankfurt a. M.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Frankfurt a. M., 15. April.

Das Schöffengericht verhandelte heute gegen 15 Wahlrechtsdemonstranten vom 13. Februar, die wegen öffentlicher Verleumdung von Schulleuten (Pfeifers usw.) und zum Teil wegen Nichtbefolgens polizeilicher Anforderungen angeklagt waren. Unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Freiherrn von Quadt verhängte das Gericht gegen die Angeklagten außerordentlich schwere Strafen. Sieben der Angeklagten, darunter eine Frau, wurden zu Gefängnisstrafen von 5 Tagen bis zu zwei Monaten verurteilt. Insgesamt wurden gegen diese sieben Angeklagten Gefängnisstrafen von drei Monaten, 4 Wochen und 19 Tagen verhängt und zwar alle wegen Entzündungstrafen über das brutale Vorgehen der Polizei! Sechs Angeklagte bekamen Geldstrafen von 20 bis 100 Mark. Zwei wurden freigesprochen. Bei dem einen von den Freigesprochenen fanden zwei Schuttmannausagen den Zeugnissen von zwei Privatleuten gegenüber. Hier nahm das Gericht an, daß ein Irrtum der Schulleute nicht ausgeschlossen sei. Bei dem zweiten Freigesprochenen konnte der als Zeuge auftretende Schuttmann nicht mehr bestimmt behaupten, daß gerade der Angeklagte den Ruf ausgehoben hatte. In den anderen Fällen beschworen aber die Schulleute, daß es gerade die Angeklagten gewesen seien, die gerufen hätten. Am schärfsten getroffen wurde der Genosse Ebbe, der wegen Pfeifers zwei Monate Gefängnis bekam. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. In der Urteilsbegründung wurde als strafschärfend hervorgehoben, daß Ebbe tätiger Sozialdemokrat sei und in der „Volksstimme“ beschäftigt sei. Er hätte sich im besonderen ruhig verhalten sollen. Bemerkenswert ist, daß ein Zeuge unter Eid ganz bestimmt versicherte, daß ein als Besatzungszeuge auftretender Schuttmann, der an dem Sonntag in der Menge stand, selbst gerufen hätte: „Es ist eine Schande, daß sich die Leute so behandeln lassen müssen!“ Der Schuttmann bestritt natürlich, diese Aeußerung gemacht zu haben. Der Staatsanwalt ließ diese Aussage protokollieren, um gegen den Privatzeugen wegen Meineids vorzugehen. Der Zeuge blieb trotz dieser Einschüchterungsversuche bei seiner Aussage.

Wahlrechtsprozesse in Frankfurt a. M.

Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. hatten sich am Mittwoch zwei Genossen wegen Verleumdung von Schulleuten und Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten zu verantworten. Beide Genossen sollen am Wahlrechtsfest vom 13. Februar in Bezug auf Schulleute gerufen haben: „Blutkunde“ und „Auf die Mutterhunde“. Um es vorweg zu sagen, die Polizei hatte wieder einmal totnic Glück mit den Anklagen. Der eine Angeklagte wurde freigesprochen und der andere bekam eine Geldstrafe von 500 M. an Stelle der vier Monate Gefängnis, die der Staatsanwalt beantragt hatte. Der Freispruch mußte erfolgen, weil der als Besatzungszeuge auftretende Schuttmann nicht mehr mit aller Bestimmtheit — allerdings erst, als der Verteidiger ihn in die Enge trieb — erklären konnte, daß es der Angeklagte gewesen sei, den er wegen der Rufe sistiert habe. Im zweiten Falle beschworen zwei Schulleute freihändig, daß gerade der Angeklagte, Genosse Reinhold Opificius, die oben zitierten Rufe ausgehoben hat. Drei Privatzeugen, die ganz in der Nähe des besagten Opificius waren, hatten die Ausdrücke nicht gehört. Sie bekundeten nur mit dem Angeklagten, daß dieser seiner Entrüstung Ausdruck gab, als ein Schuttmann einen wechellosen Krüppel niederschlug. Die Worte „Blutkunde“ usw. seien aber dabei von dem Angeklagten nicht gefallen. Opificius, der einen Schuttmann wegen

seines brutalen Vorgehens zur Rede stellte, bekam von dem Schuttmann einen Schlag aufs Auge und wurde dazu noch listig. Auch von den Zeugen wurden einzelne ohne jede Veranlassung von den Schuttmann niedergeschlagen. Der Verteidiger stellte weitere Beweisanträge, daß die Schuttmann brutal vorgehen und dadurch die Menge in Erregung gebracht wurde. Das Gericht unterstellte als wahr, daß die Menge glauben konnte, die Schuttmann gingen unnötig scharf vor und deshalb eine scharfe Erregung vorhanden war. Im übrigen wurden die Beweisanträge abgelehnt. Der Staatsanwalt sah natürlich alles im Sinne der Anklage für erwiesen an. Straferschwerend mühten die eventuellen Zeugen, die die Rufe des Angeklagten gehört haben könnten, in Betracht gezogen werden. Es sei eine Gefängnisstrafe von vier Monaten am Bloke. Der Verteidiger, Dr. Singheim, beantragte Freisprechung. Er verwies darauf, daß es überall, wie jetzt wieder in Berlin, wo die Polizei sich ruhig verhalten habe, bei Demonstrationen zu keinen Ausschreitungen kam. Sämtliche Fälle, die bisher zur Aburteilung gekommen seien, wären durch das Vorgehen der Polizei verursacht worden. Genosse Opificius wies noch darauf hin, daß der eine als Zeuge auftretende Schuttmann in der Voruntersuchung erklärt habe, Opificius sei in der Versammlung als Ordner tätig gewesen und er hätte ihn längere Zeit auf der Straße beobachtet. Dabei war Opificius gar nicht in der Versammlung, sondern kam bei Beginn des Demonstrationen auswärts. Das Gericht schenkte trotzdem den Schuttmann Glauben und verurteilte Opificius wegen Verleumdung und Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung zu 500 M. Geldstrafe.

Ungültige Reichstagswahl.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abg. Hennig (L.) des Vertreters für Kalau-Ludau, für ungültig.

Danziger Wahlrechtsjustiz.

Ein Genosse in Danzig hatte bei der Wahlrechtsdemonstration am 13. Februar drei Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht. Dafür belegte ihn das Polizeipräsidium mit einer Geldstrafe von 5 M. wegen großen Unfugs und Uebertretung der Strohordnung. Zwei Polizeibeamte konnten in der Schöffengerichtsverhandlung am 12. April nicht einmal angeben, daß das „bessere“ Publikum sich durch diese Hochrufe geniert hätte. Der Staatsanwalt beantragte denn auch selbst die Freisprechung mit der Begründung, daß die Strohpolizeiordnung durchaus zu Unrecht angezogen würde. Ein Hoch sei durchaus nicht gesetzlich verboten und auch für diesen Tag nicht vorher von der Polizei unterlag. Grober Unfug komme selbst nach dem Zeugnis der Polizeibeamten nicht in Betracht. Indes das Gericht war ganz anderer Ansicht. Unser Genosse erhielt wegen — großen Unfugs 15 Mark Geldstrafe! Die Polizeifraße wurde verdreifacht. Antidichter Dr. Philippson führte zur Begründung aus, es könne kein Zweifel sein, daß das Ausbringen der Hochrufe großer Unfug sei. Wenn auch tatsächliche Belästigungen und Beunruhigungen des Publikums nicht erfolgt wären, so hätten sie doch eintreten können. So sei es immerhin denkbar, daß sich vielleicht Frauen oder — Kinder Beunruhigt gefühlt haben könnten! Die horrende Erhöhung des Strafmaßes begründete der Richter überhaupt nicht.

Das wilde Baden.

Aus Karlsruhe meldet die „Frankf. Ztg.“, daß an einem parlamentarischen Abend beim Minister v. Marschall, zu dem beide Kammern des Landtages, die Ministerien, Vertreter der Presse usw. geladen waren, auch die sozialdemokratische Fraktion teilnahm, die sich in voriger Session ferngehalten hatte. Prinz Max, der badische Thronfolger, unterhielt sich lange mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Kolb und begrüßte den sozialdemokratischen Vizepräsidenten Geiß sowie den Abgeordneten Franz mit gesellschaftlicher Courtoisie.

Wir überliefern dem badischen Thronfolger hiermit feierlichst dem Knuten-Destill!

Schiffahrtsabgaben.

Die Verhandlungen, die Preußen neuerdings mit Sachsen, Baden und Hessen in der Frage der Schiffahrtsabgaben geführt hat, sind, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, jetzt zum Abschluß gekommen. Bei der Vorabstimmung im Bundesrat vom 3. Februar d. J., in welcher statt der zur Ablehnung notwendigen 14 Stimmen nur 13 Stimmen gegen den preussischen Block mobil zu machen waren, haben die Bundesstaaten befallend die Taktil verfolgt, den preussischen Entwurf, dessen Einbringung nicht mehr zu verhindern war, wenigstens in seinen Einzelheiten ihren Bedürfnissen etwas mehr anzupassen. Ueber diese parlamentarischen Konzeptionen, durch die Preußen nach außen hin den schweren Vorwurf der Vergeßlichkeit von Bundesstaaten von sich abzuwehren möchte, ist jetzt eine Einigung zustande gekommen. Der Bundesrat wird nun in den nächsten Tagen den Gesetzentwurf genehmigen. An seine Erledigung im Reichstage vor der Vertagung ist aber nicht mehr zu denken. Es wird höchstens die erste Lesung noch stattfinden.

Wieder eine Verurteilung des „Simplicissimus“.

Stuttgart, 15. April. In dem Verleumdungsprozeß des Bischofs von Rottenburg, v. Keppeler, gegen den Redakteur des „Simplicissimus“ Guldransion wurde heute von der Strafkammer das Urteil gefällt. Der Angeklagte wird wegen Verleumdung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt.

Das Urteil kam die Tatsache nicht verschleiern, daß der Bischof in seiner Rede über den Fall Bauer Wendungen gebrauchte, die nahe an eine Verurteilung des wegen Sittlichkeitsverbrechen angeklagten und später verurteilten Pfarrers streifen und daß die kirchliche Behörde bei der Untersuchung der Angelegenheit keinen besonderen Eifer bewiesen hat.

Genosse Liebknecht bittet und festzustellen, daß er in der Sitzung des Landtages vom 12. April in seiner vierten Rede zur Geschäftsordnungsdebatte nicht, wie irrtümlich der „Vorwärts“ berichtete, gesagt hat: „Gegenüber Herrn Fischer bemerke ich, daß ich bereit war, meine Wortmeldung schriftlich niederzuschreiben, und er ausdrücklich erklärt hat, das mache ich für Sie.“ Genosse Liebknecht sagte vielmehr, wie das amtliche Stenogramm ausweist: „Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Fischer hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir unsere Wortmeldungen nicht schriftlich überreichen hätten. Ich bemerke, daß der Herr Schriftführer, als ich bereit war, meine Wortmeldung selbst niederzuschreiben, mir ausdrücklich erklärte: Ich mache das für Sie.“ Vom Genossen Liebknecht ist also nicht behauptet worden, daß der Abgeordnete Fischer selbst sich bereit erklärt hat, die Wortmeldung für den Genossen Liebknecht zu machen. Der Schriftführer, der dies tat, war der Abgeordnete Schulze-Belsum.

Frankreich.

Die neue Erbschaftsteuer.

Zur Finanzgesetz für 1910 hat das französische Parlament eine Regelung der Erbschaftsteuer vorgenommen, die in manchen Bourgeoisblättern ein Jetergekrei über die angeblich immer näher kommende „Konfiskation des Eigentums“ hervorruft — ein Vorwurf, den die moderneren Senatoren, die noch in der letzten Stunde der Deputiertenkammer den Verzicht auf weitergehende Bestimmungen abgeprägt haben, wahrhaftig nicht verdienen. Die Progression ist für Erben in direkter Linie sehr mäßig. Die Steuer beträgt für Verwandte des ersten Grades 1 Proz. vom Erbteil bis 2000 Frank, 1½ Proz. vom Betrag bis 10 000 Frank, 2 Proz. vom

Betrag über 10 000 Frank und bis zu 50 000 Frank, und so immer langsamer ansteigend bis 6½ Proz. für den Bruchteil über 50 Millionen! Beim zweiten Grad beginnt die Steuer mit 1½ Proz. und steigt bis 7 Proz., vom dritten Grad an beginnt sie mit 2 Proz. und erreicht 7½ Proz. Die Steuer beginnt bei Ehegatten mit 4 Proz. und geht bis 12½ Proz., bei Geschwistern geht sie von 4 Proz. und erreicht ein Maximum von 18½ Proz. Zwischen Osteln beginn. Tanten und Nissen bezw. Nichten ist das Minimum 12 Proz., das Maximum 23 Proz., zwischen Großonkeln bezw. Großtanten und Großneffen bezw. Nichten, sowie zwischen Geschwisterkindern ist der niedrigste Satz 15 Proz., der höchste 26, endlich bei Verwandten über den viersten Grad hinaus und bei nicht verwandten Erben fallen 18 Proz. bis 29 Proz. dem Staat zu. Diese Maximalziffer sieht ja recht respektabel aus, indes dürfte es ja nicht allzuhäufig vorkommen und selbst vom sanftmütigsten Verteidiger der bürgerlichen Familie nicht leicht als Gefährdung ihres Ideals anzusprechen sein, daß Leute von Erblassern, die mit ihnen fast oder überhaupt gar nicht verwandt sind, über 50 Millionen Frank erben. Auch ist nicht anzunehmen, daß der Vererger über die von dem fremden Erben zu zahlenden 29 Proz. den „Sparfüß“ beeinträchtigen wird, womit man befallend Vermögen über 50 Millionen anhäuft. Wie milde die neue Steuer gerade für die begüterte Bourgeoisie ist, sieht man, wenn man z. B. den Satz betrachtet, der für die Erbschaftsteuern zwischen 250 000 und 500 000 Frank gilt. So hat in dieser Klasse der nach dem Vater ererbte Sohn für den die Viertelmillion übersteigenden Betrag 8½ Proz. zu zahlen, für den Betrag zwischen 100 000 und 250 000 aber nur 3 Proz. usw. nach abwärts, ein Ehegatte 13,75 Proz., 13 Proz. usw., ein Bruder 17 Proz., 18 Proz. usw. Die Nachlasssteuer eines Sohnes oder einer Tochter betrüge für ein Erbeil von 200 000 Frank nicht mehr als 7810 Frank. — Von den Steuerhinterziehungen nicht zu sprechen, die ja trotz der jetzt erhöhten Strafföhe weiterblühen werden.

England.

Eine bedeutsame Erklärung.

London, 14. April. Unterhaus. Im Verlauf der Verhandlungen kam es zu äußerst erregten Auftritten. Man erwartet, daß Asquith eine wichtige Erklärung über die künftige Politik der Regierung abgeben würde. Kaum hatte er sich zu diesem Zwecke erhoben, so unterbrach in Walsour unter dem Beifall der Opposition und Protestrufen der Ministeriellen mit der an den Vorsitzenden gerichteten Bemerkung, daß Asquith gegen die Regeln des Hauses handle, wenn er eine Erklärung in diesem Stadium der Debatte abgebe. Der Vorsitzende erwiderte, eine Erklärung könne nur mit Erlaubnis des Hauses abgegeben werden. Walsour beharrte bei seinem Protest mit der Begründung, daß für die Debatte über die Erklärung Zeit bewilligt werden müsse. Der Vorsitzende ersuchte daher den Premierminister, keine Erklärung abzugeben. (Lauter Protest und Hui-Nase der Ministeriellen.) Asquith kündigte sodann an, daß er die Erklärung am Schluß der heutigen Sitzung abgeben werde.

Die Resolution, welche die Dauer eines Parlaments auf fünf Jahre beschränkt, wurde mit 334 gegen 236 Stimmen angenommen. Hierauf wurde das Gesetz, das das Vetorecht des Oberhauses einschränkt, formell eingebracht.

Am Schluß der Sitzung erhob sich Asquith unter befallenden Beifallrufen der Ministeriellen zur Abgabe einer Erklärung. Diese hat folgenden Wortlaut:

Wenn die Lords unsere Politik nicht annehmen oder sich weigern sollten, sie in Erwägung zu ziehen, sobald sie ihnen formell vorgelegt wird, werden wir es für unsere Pflicht halten, unverzüglich die Krone unseren Ratsschlag zu unterbreiten, was für Schritte getan werden müssen, wenn diese Politik in diesem Parlament zum Gesetz werden soll. Es würde natürlich für mich nicht angebracht sein, schon jetzt die genaue Fassung anzugeben, welche der Ratsschlag erhalten wird. Aber wenn wir uns nicht in der Lage sehen sollten, sicher zu stellen, daß diese Politik in diesem Parlament Gesetz wird, so werden wir entweder von unseren Vertretern zu unterstützen oder die Auflösung des Parlaments anempfehlen. (Lauter Beifall der Ministeriellen.) Lassen Sie mich hinzufügen, daß wir in keinem Falle die Auflösung empfehlen werden, es sei denn unter Bedingungen, die es sicherstellen werden, daß in dem neuen Parlament das Urteil des Volkes, welches in den Wahlen zum Ausdruck gelangt, zum Gesetz erhoben wird. (Lauter anhaltender Beifall der Ministeriellen.)

Nach Asquith sprach Walsour und sagte, die Erklärung des Premierministers bedeute den Gipfelpunkt der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Nationalisten. Der gezahlte Preis sei die Würde seines Amtes. In welche Lage hat Asquith die Krone gebracht? Ich sage, daß es nicht unmöglich ist, daß der Premierminister vor die Pflicht gestellt wird, den Souverän um das zu bitten, was er euphemistisch Garantien nennt, und was, klar ausgedrückt, nichts anderes bedeutet, als die Ernennung von 500 für diese Würde nicht geeigneten Gentlemen zu Peers. Aber die Handlungsweise des Premiers, einen solchen Rat darüber vorzubereiten, daß er monatelang ankündigt, er werde unter bestimmten unbekanntem, nicht näher definierten Umständen etwas anfragen, was nichts anderes als die Zerstörung der Verfassung bedeutet, spricht von einem anderen Pflichtbegriff, als irgendein Vorgänger Asquiths ihn gehabt hat. Walsour schloß mit der Anklage, daß Asquith alle die großen Traditionen opfere, die er vor allen anderen aufrechterhalten müßte. Das Haus vertagte sich hierauf.

Aus der Partei.

Wie man und behandelt.

Unter dieser Stichmarke berichtet uns in Nr. 6 des „Vorwärts“ von einer Beschwerde des Genossen Karl Kirchner, Journalist, Frankfurt a. M., gegen den dortigen Polizeipräsidenten. Kirchner hatte bei dem Polizeipräsidenten beantragt, ihm, gleich den Vertretern bürgerlicher Zeitungen, eine Presseausweiserte zum Vertreten polizeilich abgesperrter Festlichkeiten auszustellen. Der Polizeipräsident lehnte den Antrag mit der Begründung ab, die sozialdemokratischen Journalisten würden nicht objektiv über die Vorgänge berichten; sie könnten auch mit der Karte infomem Widerspruch treiben, daß sie bei Absperungen auf Grund der Ausweiserte die Schuttmannakte passieren und hinter der Kette einen neuen Anlauf veranlassen. Genosse Kirchner beantragte in seiner Beschwerde beim Regierungspräsidenten zu Wiesbaden, dieser möge dem Polizeipräsidenten zu Frankfurt am Main aufgeben, die Vertreter der Presse ohne Rücksicht auf ihre politische Stellung gleichmäßig zu behandeln, und ihm eine Ausweiserte zum Vertreten polizeilich abgesperrter Festlichkeiten auszustellen.

Der Regierungspräsident gab der Beschwerde nicht statt. Er teilte dieser Lage dem Gen. Kirchner mit, daß er sich nach Prüfung der Verhältnisse nicht verantwortlich finden kann, den Polizeipräsidenten im Sinne der Beschwerde mit einer Anweisung zu versehen.

Die Antwort des Regierungspräsidenten ist ein neuer Beweis dafür, daß in Preußen, dem Lande der „vollendeten Rechtsgarantie“, alle „gleich“ behandelt werden.

Jugendbewegung.

Unfreiwillige Agitation für den sozialdemokratischen Jugendverband in Schweden. Das Wadstum der Sozialdemokratie und ihrer Jugendorganisation in Schweden ist hier und da, namentlich in den Kleinstädten des Landes, der hohen Obrigkeit so verhaßt, daß sie alle möglichen und unmöglichen Mittel anwendet, um unfernen Genossen die Agitation zu erschweren. Die Kleinstädtischen Bürgermeister und Polizeibeamten scheuen dabei auch vor offenbaren Verleumdungen nicht zurück, was ihnen jedoch in der Regel eine Anklage durch den Justizoberverwalter einbringt, der ja als Anwalt des Volkes über die Rechte und Freiheiten des Volkes zu wachen hat. Erst kürzlich wurde der Bürgermeister von Entfäpung angeklagt, weil er ohne jeden gesetzlichen Grund eine Versammlung der sozialdemokratischen Jugend verboten hatte. Ebenso wird es wohl dem Bürgermeister von Alingsås ergehen. In dieser, in der Nähe von Göteborg liegenden Kleinstadt sollte der Genosse Fabian Nilsson einen Vortrag über „den Noloß unserer Zeit“ halten. Der Bürgermeister stellte da das unbillige Verlangen, daß ihm der Inhalt des Vortrags vorher mitgeteilt werde, und weil das nicht geschehen war, löste er die Jugendversammlung auf und ließ den Saal räumen. Die Folge davon war, daß sich die sämtlichen noch nicht organisierten Versammlungsbesucher, an 100 Mann, sofort in den sozialdemokratischen Jugendklub aufnahmen und gleich darauf eine Vereinsversammlung abgehalten wurde, wo der Polizeibeamte nichts zu suchen sollte und der Referent ungehindert sprechen konnte. Der Bürgermeister hat sich mit seinem törichtigen Vorgehen gründlich blamiert.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

25 Jahre Arbeiterversicherung.

In diesem Jahre schließt eine 25jährige Periode des Bestehens der Unfall- und Invalidenversicherung. Dieses Jubiläum soll auf Anregung aus den Kreisen der Versicherungsträger festlich begangen werden. Zu dem Zwecke hat sich ein Komitee gebildet, das sich aus Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes, der Berufsgenossenschaften und der Landesversicherungsanstalten zusammensetzt. Zu dem Komitee wurden auch einige Vertreter der Arbeiter aus dem Reichsversicherungsamt hinzugezogen und um Beteiligung an der Feier ersucht. Den Mitarbeitern wurde dabei in Aussicht gestellt, daß auch von ihrer Seite eine Würdigung der Arbeiterversicherung bei der Feier erfolgen könne, die ihren Ansichten entspricht.

Nachdem nunmehr die Reichsversicherungsordnung dem Reichstag unterbreitet ist, mühten die Arbeitervertreter doch Bedenken tragen, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen und sie haben diesen Akt durch dem Reichsversicherungsamt mit folgender Begründung übermitteln:

Durch die jetzt dem Reichstag unterbreitete Reichsversicherungsordnung sehen wir wichtige bisher besessene Rechte der Arbeiter vollständig bei Seite gelassen. Vor allem erblicken wir in der Beschränkung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen eine schwere Zurücksetzung der Arbeiter, die ohne Ausnahme in der gesamten Arbeiterschaft bitter empfunden wird. Der Gesetzentwurf berücksichtigt keine der Beschwerden, die die Arbeiter auf Kongressen und von ihren Korporationen gegen den ersten Entwurf geltend machten, und läßt die bedeutsamen Anforderungen auf Ausgestaltung der bisherigen Versicherungsanstalten unbeachtet; Berücksichtigung fanden meist nur die Einwände der Berufsgenossenschaften.

Wenn wir auch der Ueberzeugung sind, daß das Reichsversicherungsamt an dieser Beschränkung der Rechte der Arbeiter nicht beteiligt ist, so mühte uns die Teilnahme an der geplanten Feier doch mit den Behörden in Verbindung bringen, die der Reichsversicherungsordnung ihre arbeiterfeindliche Tendenz aufgedrängt haben.

Es würde sicherlich in der Arbeiterschaft und sehr verübelt werden, wenn zu einer Zeit, wo die wichtigsten Rechte der Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bedroht erscheinen, wir an der beabsichtigten Feier teilnehmen.

Wir erkennen gern an, daß auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung viel Gutes geschaffen wurde; indes die neue Versicherungsordnung schaltet ohne triftigen Grund ein gut Teil der Mitwirkung der Arbeiter auf diesem Gebiete aus und muß somit das Vertrauen der Arbeiter zu der weiteren Ausgestaltung der Arbeiterversicherung schwer erschüttern.

Die mit Recht ablehnende Haltung der Arbeiter zeigt wie erbitternd die arbeiterfeindliche Haltung des Reichsamtes des Innern, wie sie ihren Niederschlag in der Reichsversicherungsordnung findet, gewirkt hat.

Leiengrabreden.

Eine klare und unzweideutige Entscheidung, die für die Allgemeinheit von hohem Interesse ist, fällt die 3. Strafkammer des Duisburger Landgerichts als Berufungsinstanz:

Zwei Vorstandsmitglieder des Freidenkers- und des sozialdemokratischen Wahlvereins waren wegen Vergehens gegen §§ 7, 9, 12 und 19 des Vereinsgesetzes und wegen Uebertretung des § 2 einer Lokal-Polizeiverordnung der Bürgermeisterei Hamborn, nach der zu einer Leiengrabrede polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, angeklagt. Die Angeklagten hatten bei der Beerdigung eines Mitgliedes beider Vereine am Grabe je einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt und dabei die Worte gesagt: „Im Namen des sozialdemokratischen Wahlvereins beziehungsweise des Freidenkervereins widme ich Dir diesen Kranz. Leb wohl, treuer Kamerad.“ Ferner hatten einige Mitglieder des Vereins ein Abschiedslied gesungen.

Das Schöffengericht zu Ruhrort hatte die Angeklagten zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt, mit der Begründung, die Abschiedsworte seien eine Rede. Durch diese Rede und Niederlegung der mit roter Schleife versehenen Kränze und insbesondere auch durch den gemeinschaftlichen Gesang des Liedes sei das Leichenbegängnis auch ein außergewöhnliches. Es sei deshalb die für ungewöhnliche Leichenbegängnisse notwendige vorherige polizeiliche Genehmigung erforderlich gewesen. Die Strafkammer als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten kostenlos frei, indem sie im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwält Marzwig in Duisburg, folgte.

Inabesondere stellte das Berufungsgericht in der Begründung fest, daß Polizeiverordnungen, die die Leienreden bei Begräbnissen behandeln, ungültig sind. Weiterhin sprach das Gericht in klarer und unzweideutiger Weise aus, daß es heute nichts Ungewöhnliches sei, wenn bei Leichenbegängnissen an den Abgehenden Kränze (rote Schleifen) die politische Richtung, der der Verstorbene angehört hatte, ersichtlich wäre. Man könne auch, da es allgemein üblich sei, daß christliche Vereine ihren Toten am Grabe ein Abschiedslied singen, nichts Ungewöhnliches darin finden, wenn ein Freidenker- oder ein sozialistischer Verein ebenfalls am Grabe ein Abschiedslied singe. Ebensovien könne man annehmen, daß in den unauffälligen und einfachen Widmungsworten irgendwas außergewöhnliches liege, an dessen vorherige Anzeige die Polizei ein Interesse haben könnte.

Diese Entscheidung findet hoffentlich allseitige Nachachtung!

Gewerkschaftliches.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Berliner Maurer haben — wie wir gestern schon mitteilten — am Donnerstag Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen des Verbandstages angenommen. Da es im Interesse der Beteiligten liegt, den Wortlaut der Ausführungsbestimmungen zu kennen, so geben wir ihn hier wieder:

Aus der Erkenntnis heraus, daß es sich im gegenwärtigen Kampf im Deutschen Baugewerbe um ein Vorgehen des Deutschen Arbeitgeberverbandes handelt, daß sich über das ganze Reich erstreckt, sind die Maßnahmen der Verbandstage der Arbeiterorganisationen, die an diesem Kampfe beteiligt sind, bindend für alle ihre Mitglieder. — Die zu diesen Maßnahmen gehörende Zahlung von Beiträgen der Weiterarbeitenden müssen demnach auch von den Mitgliedern gezahlt werden, die erst nach dem 18. April oder gar nicht ausgesperrt werden. Ebenso sind sie von den Mitgliedern solcher Orte zu zahlen, die an der Bewegung dieses Jahres überhaupt nicht beteiligt sind. — Im Lohngebiet Berlin hat jedes Mitglied von Montag, den 18. April an für jeden Arbeitstag 1.— M. Streikbeitrag zu zahlen. — Sehen in Arbeit stehende Kollegen halbe oder ganze Tage wegen Materialmangel oder Bitterungsverhältnisse aus, so müssen sie sich an diesem Tage unter Vorlegung der Streikkarte oder des Mitgliedsbuches zur Kontrolle melden und erhalten dann einen Stempel als Vermerkt. — Kranke und arbeitsunfähige, beitragsfreie Mitglieder melden sich nicht zur Kontrolle. — Arbeitslose Mitglieder müssen sich täglich einmal zur Kontrolle melden. — Die Kontrolle wird in jeder der bekannten Kontrollstellen ausgeführt und erhält der sich zur Kontrolle meldende Kollege einen Stempel in die entsprechende Tagesrubrik seiner Streikkarte. — An Tagen, wo der Stempel fehlt, muß der beschlossene Streikbeitrag voll gezahlt werden. — Um den Inhabern der Kontrollstellen jedes Argument zu nehmen, die sich zur Kontrolle meldenden Kollegen dem Trinkschank zu unterwerfen, beschließt die Generalversammlung, daß den betreffenden Gastwirten für ihre Mithaltung eine Entschädigung gezahlt wird. Die Höhe dieser Entschädigung wird im einzelnen von der Vertreterversammlung festgesetzt. — In der Woche zwischen dem 18. und 23. April melden sich die arbeitslosen Kollegen, die noch nicht im Besitz einer Streikkarte sind, unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches täglich zur Kontrolle. — Die Einkassierung der Streikbeiträge wird mit den ordentlichen Beiträgen zusammen in Vierteln mit Hauskassierung am Sonnabend und Montag von 8 bis 10 Uhr abends durch die Viertelkassierer in den Verkehrslökalen, sowie im Bureau vorgenommen. — Die Kontrolle über die ordnungsmäßige Abführung der Streikbeiträge unterliegt den auf den Bauten beschäftigten Kollegen. — Die Streikkarten werden den Mitgliedern durch die Hauskassierer und „Grundstein“-Verbreiter mit der Nummer 17 des „Grundstein“ zugestellt.

Die Magdeburger Unternehmer sind wortbrüchig geworden!

Durch Vermittelung des Stadtrats Scholz war es zu Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern gekommen. Die örtlichen Organisationen beider Parteien stimmten auch den Abmachungen zu. Auf einen Druck des Arbeitgeberverbandes hin haben die Magdeburger Unternehmer jedoch ihren Zustimmungsbefehl wieder annulliert und die Aussperrung sämtlicher Arbeiter zum Freitag beschlossen.

Köln, 15. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Köln sowie seinen Vororten wurden heute abend 7 Uhr die Baugeschäfte geschlossen und damit annähernd 4000 Bauarbeiter ausgesperrt. Abends trat bereits der Kölner Bauarbeiterverein zu einer Sitzung zusammen. Die Folgen der Aussperrung wirken auf die spezial in den rheinischen Großstädten, besonders in Köln herrschende rege Bautätigkeit ungemein fühlend ein. Auch Staatsbauten werden von der Arbeitseinstellung betroffen, darunter die Bahnhofsumbauten und die Arbeiten an der Nordbrücke. Freigegeben wurden nur die Umbauarbeiten am Willeitschalter des Hauptbahnhofs und die Portalbauten an der neuen Strohenbrücke. Die Bauarbeiterorganisation richtete über ganz Rheinland verbreitete Zentralstationen ein. In Köln findet Montag eine große Arbeitslosenversammlung statt.

Der Bezirksarbeiterverband hat auch die Aussperrung der Bauarbeiter im Wohnbezirk Chemnitz beschlossen. Vom Verband der Unternehmer sperren 48 der größten Baugeschäfte aus. Von der Aussperrung betroffen werden 1700 Maurer, 500 Zimmerer, 1800 Bauarbeiter. Das „Chemnitzer Tageblatt“, das offiziell diese Meldung bringt, schreibt wörtlich:

„Die öffentliche Meinung wird sich vermutlich gegen die Bauarbeitgeber richten, welche die Aussperrung durch Stilllegung ihrer Betriebe verhängt haben.“

Interessant bei dieser Chemnitzer Aussperrung ist, daß im Juni vorigen Jahres die Chemnitzer Unternehmer bei Einigungsverhandlungen mit der Bauarbeiterorganisation versprochen haben, am 1. April 1910 einen Einheitslohn von 55 Pf. pro Stunde zu bezahlen. 15 Tage später ist die Aussperrung gekommen.

Im Karlsruher Baugewerbe haben die Arbeitgeber sich nachträglich dem Beschluß des badischen Landesverbandes des deutschen Arbeitgeberbundes angeschlossen und sperren Freitag abend 6 Uhr sämtliche organisierten Bauarbeiter aus. Wieviel Aussperrende in Frage kommen, ist unbestimmt, da nicht alle Arbeitgeber dem Aussperrungsbeschluß Folge leisten. Zudem sind in Karlsruhe fast sämtliche Bauarbeiter organisiert. Die Nichtorganisierten, die weiter arbeiten dürfen, sind also an Zahl äußerst gering.

Die dem Arbeitgeberbund angeschlossenen Bauunternehmer von Bielefeld und Umgebung haben ihren Arbeitern zum 15. April ebenfalls gekündigt. Es kommen etwa 1000 Arbeiter in Betracht. Die Thüringer Arbeitgeber sperren ebenfalls aus und bringen in ihren Geschäften folgendes Plakat zum Aushang:

„Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Einzeln. Verein. Bezirksverband Thüringen. Ortsverband“

Am Freitag, den 15. April d. J., abends 6 Uhr, wird mein Geschäft bis auf weiteres geschlossen, und es sind von da ab alle bei mir beschäftigten Arbeiter entlassen.“

Stempel oder Unterschrift des Arbeitgebers.

Auch in Halle a. S. werden Freitag abend sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt.

In Coburg wird nicht ausgesperrt. Der dortige Arbeitgeberverband will in Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang des Vorjahres sich nicht an der Aussperrung beteiligen.

Kiel, 15. April. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) In Kiel sind heute bis auf wenige Unorganisierte alle Bauarbeiter ausgesperrt. Bis jetzt zählt man etwa 1000. 180 arbeiten noch. Davon sind etwa 50 Zimmerer auf der Werft beschäftigt. In Londern und Apenrade sind keine Aussperrungen erfolgt. In Elmshorn erfolgte die Aussperrung erst am 1. Mai, weil der Tarif erst am 30. April abläuft. In Flensburg veranlagt. Redakt.: Richard Berth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft

haben nur die im Arbeitgeberverband organisierten Arbeitgeber ausgesperrt. Die übrigen wollen noch so lange arbeiten lassen, wie sie Material bekommen können. In Rendsburg tritt gleichzeitig mit der Aussperrung die Materialsperrung ein. In Heide ist die Aussperrung vorläufig abgewehrt durch Vermittelung des Bürgermeisters.

Frankfurt a. M., 15. April. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) Hier ist die Aussperrung im Baugewerbe nicht allgemein erfolgt. Die Unternehmer haben nicht alle Arbeiter ausgesperrt, sondern eine Reihe zurückgehalten. Ein Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes hat überhaupt noch nicht ausgesperrt. Die Zahl der bis heute ausgesperrten kann noch nicht festgestellt werden. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter nahmen heute in überfüllten Versammlungen den Bericht über den Verbandstag in Berlin entgegen und erklärten sich mit den Beschlüssen einverstanden. In den Versammlungen herrschte eine rege frohe Kampfstimmung.

Ueber die in Kraft getretene Aussperrung registrieren wir noch folgende Meldungen vom Freitag abend:

Hannover. Der Lokalverband Hannover des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes hat sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, etwa 4000 Mann, ausgesperrt. Auch die übrigen 30 Lokalverbände dieses Arbeitgeberverbandes haben die gleichen Maßnahmen getroffen; es kommen etwa 12000 Arbeiter in Betracht. Die jetzt nicht organisierten Arbeiter werden gleichfalls ausgesperrt, sollen aber nach acht Tagen wieder eingestellt werden.

Bremen. Hier ist die Aussperrung vermieden worden. Eine Versammlung von 200 namhaften Unternehmern in Bremen und Umgebung beschloß mit 121 gegen 83 Stimmen von der Aussperrung vorläufig abzusehen.

Erfurt. Hier wurden sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter ausgesperrt. Von der Aussperrung werden 1800 bis 2000 Personen betroffen.

Magdeburg. Von der Aussperrung sind etwa 2000 Personen betroffen.

Leipzig. Nach den bisherigen Feststellungen sind hier etwa 8000 Arbeiter ausgesperrt worden.

Dresden. Die Zahl der ausgesperrten Bauhandwerker wird auf 4000—5000 geschätzt.

Breslau. Von der Aussperrung sind hier und in der Umgebung etwa 6000 Arbeiter betroffen, die Zahl der Aussperrten in der Provinz ist noch nicht bekannt.

Weser. Von der Aussperrung werden in der Stadt etwa 1200 Arbeiter betroffen, in der Provinz etwa 5000.

Offenbach a. M. Die Aussperrung im Baugewerbe hat hier heute begonnen. In Betracht kommen etwa 700 bis 800 Arbeiter.

Essen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beträgt die Zahl der ausgesperrten Bauhandwerker in Essen 5000, in Dortmund 5000, in Gelsenkirchen 4000, in Bochum 2000 und in Duisburg 3000.

Düsseldorf. Die Zahl der ausgesperrten Bauhandwerker beträgt rund 2000.

Saarbrücken. Im Saargebiet wurden 14000 Bauhandwerker ausgesperrt.

Das in Berlin erscheinende „Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe“ sagt nach einer Berichterstattung über die Verhandlung und Besprechung der Situation:

„Eine Vermittelung erscheint solange aussichtslos, bis im offenen Kampfe die Kräfte gemessen sind und beide Parteien den Zeitpunkt, Frieden zu schließen, für gekommen erachten. Wir können nur wünschen, daß der Krieg schnell zu Ende geht, damit die Wunden, die er der nationalen Volkswirtschaft schlägt, nicht allzu groß werden.“

Darin spiegelt sich die Auffassung der Unternehmer treffend wider. Sie selbst möchten den Frieden und wünschen einen kurzen Krieg, aber erst sollen „die Kräfte gemessen“ werden. Bei dieser Nachprobe werden die Unternehmer sicher auf Granit stehen. Das haben sie vielerorts schon erfahren müssen. Jetzt müssen manche andere erst diese Lehre empfangen, um die Parität im Tarifvertrage zu respektieren und anzuerkennen.

Berlin und Umgegend.

Zur Reichsversicherungsordnung

nehmen die Angestellten der Krankenkassen Berlins und der Provinz Brandenburg Stellung in einer auf Sonntag, den 17. April, mittags 12 Uhr, einberufenen öffentlichen Versammlung, die in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m, tagen wird. Da die zukünftige Gestaltung der Rechtsverhältnisse der Angestellten vor allem von großer politischer Tragweite ist, so wird diese Kundgebung der nächstbeteiligten von erheblicher Wichtigkeit sein.

Ueber die Lohnbewegung der Dreiradrennfahrer wird uns vom Verband der Sattler und Portefeuliers folgendes berichtet: 12 Betriebe, in denen mehr als zwei Drittel der für die Branche in Frage kommenden Arbeiter beschäftigt werden, haben die wesentlichsten Forderungen der Arbeiter anerkannt. Nach den getroffenen Abmachungen beträgt die Arbeitszeit 53 Stunden wöchentlich. Der Mindestlohn für perfekte Arbeiter ist auf 55 Pf. pro Stunde festgesetzt. Für Montagearbeiten innerhalb Berlins und der Vororte erhöht sich der Stundenlohn um 10 bis 20 Pf., während bei Montagearbeiten außerhalb dieses Bezirks ein Tagelohn von 8,50 bis 4,50 M. und — im Falle der Arbeiter Nachtlösis beschaffen muß — 5 bis 6 M. gezahlt wird. Bei 10 dieser Firmen ist auch festgelegt, daß den Arbeitern nach einjähriger Beschäftigungsdauer ein Sommerurlaub von 3 bis 6 Tagen bei voller Bezahlung gewährt wird.

Neue Verständigung konnte bisher bei den Firmen Witte, Gähler u. Co. und bei A. Schwarz u. Co. erzielt werden. Bei diesen beiden Firmen sind zusammen noch 45 Kollegen ausständig. Nicht erhebliche Anstrengungen werden von beiden Firmen gemacht, um Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Ganz besonders leistet darin die Firma Schwarz u. Co., die sogar in Belgien nach Arbeitskräften anverträgt. Nicht wenig Erfolg haben diese Bemühungen aber bisher gehabt und, um die wenigen „Rauscheiter“ nicht auch noch zu verlieren, wird der Stolz, der sonst den Arbeitern gegenüber zur Schau getragen wird, als überflüssig abgelegt. „Arbeitswillige“ aus Breslau wurden beispielsweise vom Bruder des Inhabers der Firma Schwarz u. Co., Herrn Josef Czajka, per Droßke vom Bahnhof abgeholt. Um die „Arbeitswilligen“ gänzlich von der Außenwelt abzuschließen, wurden einige gleich in der Fabrik einlogiert, während andere unter sicherer Begleitung des Abends nach Hause gebracht werden. Das Mittagessen wird vom Hausdiener aus der Volkstüche geholt; ob die Firma diese Beförderung gratis gewährt, entzieht sich aber unserer Kenntnis. Diese Anstrengungen sind wohl der beste Beweis, daß die Sache der Dreiradrennfahrer recht günstig steht, denn daß alle diese Mittel ausreichen, den Betrieb der Firma wieder voll und ganz leistungsfähig zu machen, kann wohl mit Recht bezweifelt werden.

Achtung, Opfer! Wegen Lohnaufschlag verhängen wir hiermit über die Firma Leopold Otto, Westend, Spandauer Berg 1, Bau Spandau, Konfordia, Ede Ulmstr., die Sperrung.

Weiter geben wir bekannt, daß die Firma Baryus, Bau Willdenowstr. 18, vorläufig zu meiden ist, da sie Wilde beschäftigt. Ferner weisen wir auf die morgen stattfindenden Delegierten-Stichwahlen und auf die im morgigen „Vorwärts“ erscheinende Versammlungsannonce hin. Die Verbandsleitung.

Die streikenden Leitergerüstbauer, Flagarbeiter und Aufhänger der Allgemeinen Berliner Gerüstbau- und Leihanstalt A. G., unter dem Protektorat des Herrn L. Altmann, waren gestern wieder

vollständig im Volkshaus, Charlottenburg, versammelt, um den Bericht ihrer Vorstandseitung entgegenzunehmen. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß aus den Reihen der Streikenden noch nicht einer zum Verräter geworden ist. Der Geist unter den Streikenden ist ein vorzüglicher. In der Turnstraße und am Grünen Weg haben es die Maler und Anstreicher mit ihrer Ehre vereinbaren können, den Streikenden in den Rücken zu fallen, indem sie die in genannten Straßen befindlichen Gerüste abrüsteten. Wir richten nun an die Arbeiterchaft Berlins, und ganz besonders an die Maler und Anstreicher die Bitte, uns durch Solidarität zu unterstützen. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Der Streik der Fensterhänger bei der Firma Stahr dauert ununterbrochen fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Näherer Bericht folgt morgen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Ein Staatsbetrieb als Streikbrechervermittlungsstelle.

In der Anschlagstafel der Königl. Geschloßfabrik in Siegburg ist folgende Bekanntmachung ausgehängt worden:

Von der Firma Hugo Lindner, Deltawerke, Solingen, werden mehrere Hand- und Maschinenformer, Fräser, Bohrer, Säbter, Schmiebe und junge Schlosser zum sofortigen Arbeitsantritt gesucht.

Couplet,
Oberleutnant u. Direktor.

Die Arbeiter der Deltawerke stehen seit sechszehn Wochen im Streik, ein Zeichen, daß sie bisher treu zusammengehalten haben. Jetzt, wo der Kampf der Entscheidung naht, läßt sich die Leitung der Königl. Geschloßfabrik in Siegburg herbei, dem Werk Arbeitswillige zu vermitteln. Gegen diesen Unternehmerdienst muß aufs schärfste protestiert werden; alle staatlichen Institutionen haben die Pflicht strengster Neutralität bei Lohnkämpfen.

Ausland.

Zweihunderttausend amerikanische Bergarbeiter im Streik.

Man schreibt uns aus Amerika: „Die amerikanische Arbeit, der bezauberte Riese, ist im Begriff, aus seinem langen Schlaf zu erwachen.“ schrieb dieser Tage „The New York Call“, und zwar fand das Blatt unserer New Yorker Partisanen englischer Zunge in den zahlreichen, das wirtschaftliche Leben der Union in immer weiterem und bisher nicht dagewesenen Umfang erschütternden Streiks, die sämtlich Angriffstreiks sind und den Versuch der amerikanischen Arbeiter darstellen, das Ende der guten alten Zeit billiger Lebensmittel in Amerika, womit als einer dauernden Tatsache geredet werden muß, durch dementsprechende Lohn erhöhungen auszugleichen, um eine permanente Verschlechterung der Lebenshaltung zu verhindern. Ein Streik von gigantischem Umfang begann am Abend des 31. März, als in den Bergwerken des Pittsburger Distrikts, in dem allein 45000 Bergleute schaffen, in den Minen des Staates Illinois mit ihren 75000 Arbeitern, wie in denen Indianas, die 18000 Mann beschäftigen, und ebenso in den Kohlenrevieren West- und Südwest-Bennsylvaniens, Ohio, Virginians usw. auf einen Schlag alle Räder stillstanden und das in schamigen Erdlöchern fröhennde Meer zu Tage fuhr und den „Bosfen“ erklärte, nicht eher wieder an die Arbeit gehen zu wollen, als nicht eine Lohnerhöhung von 5 Cent pro Tonne bewilligt und einige andere Schwierigkeiten geregelt wären. Im ganzen streiken jetzt über 200000 Arbeiter der Steinkohlengruben (in Amerika rechnet man anstatt von Steinkohlen von „Beichtohlen“). Die Forderung einer Lohnaufbesserung um 5 Cent die Tonne geförderter Kohle wagen auch die Kohlenbarone nicht als übertrieben zu bezeichnen, würde sie doch nur auf eine kaum 7prozentige Lohnerhöhung hinauslaufen, während die Lebensmittel in derselben Zeit etwa um das Doppelte teurer geworden sind. Wenn die Arbeiter weiter keine Beschwerden hätten als in der Lohnfrage, brauchte der Streik der Hunderttausende denn auch nicht so tragisch genommen zu werden, denn in diesem Punkte scheinen die Unternehmer bereits geneigt, nachzugeben, nachdem sie vorher lächerlicherweise eine Zulage von 2½ Cent pro Tonne angeboten hatten, die aber auch erst in drei Jahren in ihrer vollen „Höhe“ erreicht werden sollte. Aber die Kohlengräber haben in verschiedenen Staaten noch Beschwerden anderer Art, die für die Unternehmer etwas heisser sind. Die Streikenden wollen nämlich endlich den betrügerischen Tricks, womit die kapitalistischen Gauner sie in Amerika genau wie in Europa bei der Verwiegung der Förderungen überboreiten, den Garaus machen, indem sie verlangen, daß die Verwiegung und Kotierung der Förderung durch Vertrauensleute der Belegschaft kontrolliert werde. In Pennsylvanien und Illinois scheint den Streikenden am meisten an der Ausrottung dieser systematischen Diebereien zu liegen, außerdem ist es hier z. B. noch strittig, welches Sprengverfahren gewählt und wer mit den Ausgaben für das Pulver belastet werden soll.

Wenn die Unternehmer wenigstens in dem einen oder anderen Staat nicht vorher nachgeben, werden in den nächsten Tagen 500000 Mann streiken. Es sind jedoch schon überall Verhandlungen im Gange. Die glänzende Disziplin und der Kampfesgeist der Kohlengräber haben eben die Grubenmagnaten, deren Halsstarrigkeit es erst auf einen riesigen Kampf ankommen ließ, sehr rasch auf andere Gedanken gebracht.

Der Streik in Philadelphia beendet.

Die Straßenbahnangestellten haben die Vorschläge der Gesellschaft über die Beilegung des Konflikts angenommen. Damit hat der Streik sein Ende erreicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wagen „vierter Güte“ in Baden.

Karlsruhe, 15. April. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung der Budgetkommission der Zweiten Kammer sprach sich die Regierung für Einführung der vierten Wagenklasse nach preussischem Muster aus.

Opfer seines Berufes

München, 15. April. (W. Z. V.) In der Papierfabrik Schongau wurde der Maschinenhandgehilfe Reitmeyer von einer Papiermaschine erfaßt und getötet.

Sturmschäden.

Chalon sur marne, 15. April. (W. Z. V.) Ein überaus heftiger Sturm geräuschte einen Teil der Werkstätten für Aeroplane und zerbrach mehrere im Bau begriffene Flugapparate. Drei Arbeiter wurden verletzt und mehrere noch unserliche Schuppen vom Sturm fortgerissen.

Kristiania, 15. April. (W. Z. V.) Von Nordland und Finnmarken wird ein orkanischer Sturm gemeldet, der ausbrach, während sich die Fischflotte auf dem Meere befand. Bis zum Abend sind 12 Fischer als tot gemeldet. Eine Anzahl Fischerboote wird noch vermisst.

Brandkatastrophe.

Grätz, 15. April. (W. Z. V.) In Separowo bei Grätz ist ein zum Gute gehöriges Leutnantsniedergerbannt. Durch das einfallende Dach wurden zwei Personen getötet, zwei tödlich verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Dietz u. Seeligen

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhaus.

6. Sitzung vom 15. April.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Nolke. Das Haus ist halb, die Tribünen sind voll besetzt. Präsident Frhr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 12 1/4 Uhr.

Zur Beratung und Beschlussfassung der geschäftlichen Behandlung steht die vom Abgeordnetenhaus eingegangene

Wahlrechtsvorlage.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

In Erfüllung der in der Thronrede gegebenen Verheißung einer Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus hat die Regierungsvorlage unter Festhaltung an der Öffentlichkeit des Wahlverfahrens die indirekte Wahl durch die direkte ersetzt und für die Zuweisung der einzelnen Wähler zu den drei Wahlabteilungen neben den Merkmalen der Steuerleistung, denen durch die Regimierung des anrechnungsfähigen Steuerbetrages eine veränderte Bedeutung gegeben wurde, ausbühlerweise neue Merkmale der Bildung und Erfahrung aufgestellt. Das Abgeordnetenhaus hat es abgelehnt, auf den Boden des Regierungsentwurfs zu treten und hat in geradem Gegensatz zu ihm die indirekte Wahl beibehalten, für die Wahl der Wahlmänner aber das geheime Wahlverfahren beschlossen. Ich habe mich im Abgeordnetenhaus ausführlich über die Gründe ausgesprochen, aus denen die Regierung Bedenken getragen hatte, die in dem bestehenden Recht begründete Öffentlichkeit des Wahlverfahrens aufzugeben, und aus denen sie den Übergang von der indirekten zur direkten Wahl empfahl. Die Regierung hält auch heute noch diese Gründe für zutreffend und würde an ihren Vorschlägen mit der größten Entschiedenheit festgehalten haben, wenn sie sich irgendeinen positiven Erfolg davon hätte versprechen können. Die Möglichkeit dazu aber war abgeschnitten, nachdem sich aus der Stellung der Parteien im Abgeordnetenhaus klar ergeben hatte, daß seine Mehrheit die Beibehaltung der öffentlichen Wahl ablehnt. Die Regierung sah sich deshalb vor die Frage gestellt, ob sie beim Festhalten an ihren Vorschlägen schon dort die Vorlage scheitern lassen und damit zugleich dem Herrenhaus die Möglichkeit nehmen sollte, sein Votum, auf das die Regierung das größte Gewicht legt, mit in die Waagschale zu werfen, oder ob sie sich dazu entschließen könne, sich den Grundlagen der Beschlässe des Abgeordnetenhauses zu fügen. Eine andere Alternative gab es nach der gesamten Situation nicht. Die Regierung hat sich trotz der Vorwürfe, denen sie sich selbstverständlich damit aussetzen mußte, für die Letztere entschieden. Die Tatsache, daß sie in Anerkennung der Reformbedürftigkeit des Wahlrechts eine Wahlrechtsvorlage eingebracht hatte, schloß für sie die Verpflichtung in sich, keinen Weg unverkürzt zu lassen, der zu einem positiven, mit den Staatsinteressen vereinbaren Ergebnis führen kann, und jedenfalls von ihrer Seite aus alles zu tun, das dem bringenden Bedürfnis, einem

Nebepunkte in dieser Frage

nahezu kommen, förderlich sein kann. Von diesem Standpunkte aus richte ich auch an Sie, meine Herren, die Bitte, das Prinzip der Beschlässe des Abgeordnetenhauses, ebenso wie es die Staatsregierung getan hat, nicht zu verwerfen. Im einzelnen aber enthalten diese Beschlässe, wie dies bereits von der Staatsregierung im anderen Hause betont worden ist, nicht überall diejenige Lösung, welche notwendig ist, um die Vorlage im ganzen als annehmbar erscheinen zu lassen. Die Beschlässe des Abgeordnetenhauses weisen Lücken auf, die ausgefüllt werden müssen. Die Regierung hatte, wie ich bereits vorhin gesagt habe, in Verbindung mit der Beseitigung der indirekten Wahl auch das System in einzelnen Bestimmungen als reformbedürftig bezeichnet, nach welchem die einzelnen Wähler den Wahlabteilungen zugewiesen werden. In dieser Beziehung sollten neben der Regimierung der Steuern die Vorschriften über die Einreihung der sogenannten

Kulturträger und die Vergrößerung der Stimmbezirke

Mängel abhelfen, die schon lange offensichtlichen Anstoß erregt haben. Nun ist es klar, daß diese Mängel in ihrer Wirkung ganz wesentlich schon dadurch abgeschwächt wurden, daß die Regierungsvorlage das indirekte Wahlverfahren beseitigte. Wenn daher jetzt das indirekte Wahlverfahren beibehalten werden soll, ist es doppelt notwendig, daß das Ziel derjenigen Reformen verwirklicht wird, das die Regierung mit ihren Vorschriften über die Einreihung der Kulturträger und die Vergrößerung der Stimmbezirke im Auge hatte. Indem das Abgeordnetenhaus den Schülern, den ehemaligen Schülern höherer Lehranstalten, die die Berechtigung zum akademischen Studium erlangt haben, ein bevorzugtes Wahlrecht zugestanden hat, hat es den Gedanken einer nicht lediglich steuerlichen Abstützung des Wahlrechts als solchen zur Geltung gebracht. Die einseitige Hervorhebung eines einzelnen Bildungsmerkmals, wie es das Abiturientenexamen ist, für dessen Heraushebung sich durchschlagende Gründe wohl kaum werden geltend machen lassen, wird aber nicht als gerechtfertigt anzusehen und es werden die Bestimmungen hierüber zu vervollständigen sein. — Den Vorschlag der Vergrößerung der Stimmbezirke hat das Abgeordnetenhaus nicht übernommen und konnte ihn auch nicht übernehmen, weil er auf die direkte Wahl zugeschnitten war, mit der indirekten Wahl aber nicht verträglich ist. Die Wirkung aber, welche die Regierung mit diesem Vorschlag verfolgte, kann bei der indirekten Wahl dadurch erreicht werden, daß die Bezirke, in denen die Steuerdrittteilung erfolgt, auf eine

breiteren Grundlage

aufgebaut werden. Die Regierung hält es für durchaus notwendig, daß das Gesetz von diesem Gesichtspunkt aus vervollständigt wird. Dabei muß verlangt werden, daß die einzelnen Teile, die gerade hier in einer besonders starken Wechselwirkung zueinander stehen, so ineinandergreifen, daß die das Ganze beherrschenden Grundgedanken zur Geltung kommen. Ueber die notwendigen Ergänzungen hat im Abgeordnetenhaus nach der Lage der Parteiverhältnisse ein Einverständnis nicht erzielt werden können. Die Regierung hat deshalb dort Zurückhaltung in der Erwartung geübt, daß es möglich sein werde, im Herrenhaus eine Verständigung leichter zu erzielen.

Darüber, daß bei dem Auseinandergehen über Art und Umfang der Reform die Lösung der Frage mit außer gewöhnlichen Schwierigkeiten verknüpft sein werde, hat sich von vornherein niemand einer Täuschung hingeben können. Aber, meine Herren, wenn die begonnene Arbeit jetzt ergebnislos verläuft, was wird die Folge sein?

Die Schwierigkeiten werden sich nicht mindern, sondern sie werden sich steigern,

nicht nur zum Nachteil der Sache selbst, sondern zum Schaden unserer allgemeinen politischen Verhältnisse. Diese Erkenntnis hat die königliche Staatsregierung in ihrer Haltung bestimmt. In dem Bewußtsein, damit recht gehandelt zu haben, wird sie von der Zurechnung getragen, daß es ihr im Zusammenwirken mit Ihnen möglich sein wird, die Vorlage in einer Gestalt zur Annahme zu bringen, die den Bedürfnissen unseres Landes gerecht wird. (Bravoo!)

Graf v. Wartensleben:

Viele Streitfragen erklären sich ganz naturgemäß aus dem sogenannten Milieu, in dem man aufwächst. Die vielfach ent-

gegenstehenden Ansichten haben eine innere Berechtigung, solange sie sich im Rahmen unserer monarchischen Staatsverfassung bewegen. Meine persönliche, vielleicht schon etwas rückständige Weltanschauung ist die eines 83jährigen Generals, der an der Errichtung des Deutschen Reiches mitgewirkt hat und jetzt am späten Lebensabend mit tiefer Sehnsucht der Empörung es mitansieht, daß an den wohlgeordneten Grundlagen unseres Staatswesens gerüttelt wird, der mit ansehen muß, wie irregelmäßig Preußen mit dem Gesang der Marseillaise die Straßen durchziehen, um unerfüllbare Forderungen zu erzwingen. (Beifall.) Unerfüllbar besonders wegen der Art, in der sie vorgebracht werden. Keine ihrer Verantwortlichen bewußte Regierung, keine parlamentarische Körperschaft, die noch etwas auf ihre Würde hält, darf sich vor solchen Drohungen beugen. (Lebhafte Beifall.)

Nun zur Wahlrechtsvorlage. Ist der Versuch, das preussische Wahlrecht zu reformieren, notwendig und wie weit darf man dabei gehen? Die erste Frage beantwortet sich unbedingt mit ja. Der Versuch ist notwendig, weil, aber auch nur deswegen, weil eine Reform in der Thronrede von 1908 in Aussicht gestellt ist. (Hörst! hört!) Die Frage, ob Rührlichkeitsgründe vorliegen, muß ich unbedingt verneinen. (Beifall.) Wenn ich in der Presse die Schilderungen unserer heutigen Junker lese, so werde ich erinnert an die Sage einer grauen Vorzeit. (Heiterkeit und sehr richtig!) Ich bin auch ein ostelbischer Junker, nehme keine Sonderstellung ein, sondern glaube dem Durchschnittsstand meines Standes zu entsprechen. (Heiterkeit.) Ich lebe in meiner Heimat in guten Verhältnissen mit meinen Ortsangehörigen, genieße einiges Vertrauen und wohl auch einiges Ansehen, aber von einer Herrschaft, von einem tyrannischen Einfluß bei den Wahlen meinerseits kann mit keinem Wort die Rede sein. Die Tyrannie suche man wo anders, da, wo es heißt: pariere oder fliege. (Sehr gut!) Nur in einer Sache muß ich nach meiner felsenfesten Ueberzeugung verfahren: bei dem Versuch einer wesentlichen Veränderung des preussischen Landtagswahlrechts in der Richtung des radikalen Reichstagswahlrechts. Das bedeutet für mich ein allmähliches

Abfagen des noch sicheren Astes, auf dem die Krone ruht.

Was in den Kleinstaaten allenfalls noch unschädlich bleiben kann, würde in Preußen geradezu verberlich für das ganze Reich wirken. (Lebhaftes Bravo!) Ich werde mich davon überzeugen können, daß diese Vorlage bei ihrer Verabschiedung die Grenze nach links nicht überschreitet. Denn es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß etwas zustande kommt. Freilich muß man darauf verzichten, irgendwo eine wirkliche Befriedigung zu erzeugen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie wird erst dann befriedigt sein, wenn alle unreifen Knaben und Mädchen zur Mitregierung berufen sind.

Fürst Hatzfeldt:

Eine Verständigung muß zustande kommen, denn ein Scheitern der Vorlage würde nur der Sozialdemokratie zugute kommen.

Aber die Vorlage muß auch in einer Art und Weise zustande kommen, daß eine verhältnismäßige Ruhe eintritt. Diese Ruhe wird nicht eintreten, wenn die Fassung des Abgeordnetenhauses bleibt. Der Sturm wird weiter brausen und der Riß zwischen den bürgerlichen Parteien wird noch verstärkt werden. Der Schwerpunkt des Abgeordnetenhauses wird dann nicht mehr wie bisher bei der konservativen Partei liegen. Das Reichstagswahlrecht freilich ist nicht zu haben. Dafür ist weder hier noch im Abgeordnetenhaus eine Majorität vorhanden. Das Reichstagswahlrecht in Preußen wäre nur durch einen Staatsstreik möglich, und den wird niemand wollen. Ich meine, wir sollten an den im Abgeordnetenhaus beschlossenen Grundlagen festhalten und einige Veränderungen vornehmen. Ich denke dabei in erster Linie an eine

anderweitige Gestaltung der Drittteilung.

Ich will gegenwärtig noch keine Abänderungsanträge stellen, erkläre aber schon jetzt: die neue Fassung ist, wenn auch die Ansichten in ihr weit auseinandergehen mögen, bis auf verschwindende Ausnahmen in der Ablehnung der Vorlage einig, wenn nicht Verbesserungen beschloffen werden sollten. (Beifall.)

v. Wedel-Viehdorf:

Das bisherige preussische Landtagswahlrecht muß ein ganz vorzügliches Wahlrecht sein, denn es hat ein geradezu vorbildlich arbeitendes Parlament zustande gebracht. (Sehr richtig!) Selbstverständlich sind wir uns einig, daß das Reichstagswahlrecht nicht eingeführt werden kann. Wir leugnen nicht, daß der Reichstag sich um das Deutsche Reich wohl verdient gemacht hat. Er hat die Mittel bewilligt, um unsere Armee und Flotte in einen den Frieden sichernden Stand zu setzen, er hat eine Wirtschaftspolitik zur Geltung gebracht, die allen Zweigen unseres Volkes Vorteile verschafft, er hat eine soziale Gesetzgebung geschaffen, die bis jetzt auf dem ganzen Erdkreis unerreicht ist, aber auf einem Gebiete hat seine Tätigkeit Bedenken erregt, auf dem finanziellen, und gerade diese Bedenken resultieren aus den Wirkungen seines Wahlrechts. Jedermann weiß, daß die großen Wählermassen, bei denen nach dem Reichstagswahlrecht die Entscheidung liegt, neuen Steuern sehr abgeneigt sind. Die Revolutionen in anderen Ländern zeigen, welche eine abschüssige Bahn das ist, und es ist ein unsterbliches Verdienst der Konservativen des Reichstages, daß sie die Reform zustande brachten, ohne diese Bahn zu betreten. (Beifall.) Da das Reichstagswahlrecht mit solchen Gefahren verbunden ist, sind wir alle fest entschlossen, es in Preußen nicht einzuführen. (Lebhafte Beifall.) Nun ist es ja richtig, daß seit 1849 wesentliche Änderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen eingetreten sind, wodurch das preussische Wahlrecht, mehr als es früher beabsichtigt war, einen plutokratischen Charakter angenommen hat. Dem entgegenzuwirken, sind wir mit dem anderen Hause und der Regierung gern bereit. Wir sind einverstanden damit, daß die Regimierung eingeführt wird, daß bei der Einteilung der Wähler nur ein gewisser Höchstbetrag der Steuer zur Anrechnung kommt, und daß die Nichtveranlagten statt mit 3 künftig mit 4 oder 5 M. angelegt werden. Der Entwurf hat den Versuch gemacht, durch Einführung der sogenannten Kulturträger diesem Mangel abzuhelfen. Nun gebe ich zu, es ist unendlich schwerer, die Verhältnisse, die den einen mehr oder minder geeignet machen, in eine höhere Klasse einzurücken, in bestimmte Paragrafen zu fassen. Die bisherigen Versuche sind beklagenswert. Der Versuch der Regierung hat den Weisfall des Abgeordnetenhauses nicht gefunden, aber das, was das Abgeordnetenhaus beschloß, findet unseren Beifall auch nicht. Daß bloß die Abiturienten geeignet sein sollen, in eine höhere Klasse aufzurücken, das ist doch nur ein kleines bißchen von der Aufgabe, die hier gelöst werden soll. Dann läte man schon besser, die Sache überhaupt fallen zu lassen. (Sehr richtig.) Es wird die Aufgabe unserer Kommission sein, bessere Vorschläge zu machen; es ist mir aber zweifelhaft, ob es möglich sein wird; ich selbst bin außerstande, sie zu nennen. Eine weitere Frage ist die Drittteilung. 1908 habe ich in Gemeinschaft mit dem Fürsten Bulow und zwei anderen

Ministern von ansehnlichem Vermögen in der dritten Klasse gewählt, während in anderen Bezirken ein ganz kleines Vermögen genügt, um in die erste Klasse zu kommen. Ich würde am liebsten die Drittteilung nach Gemeinden vornehmen, oder in solchen Gemeinden, wo mehrere Wahlbezirke bestehen, nach letzteren. Aber wenn sich Schwierigkeiten dagegen erheben, könnte wir wohl auch den Mittelweg gehen, daß nur in kleineren Gemeinden die Drittteilung nach dem Gemeindebezirk erfolgt, und daß in großen Bezirken Abgrenzungen nach der Einwohnerzahl vorgenommen werden. Ich finde in der Beibehaltung der indirekten Wahl durch das Abgeordnetenhaus eine Verbesserung. Es liegt kein genügender Grund vor, die indirekte Wahl zu verlassen. Ich zweifle gar nicht, daß die direkte Wahl die Wahlbeteiligung steigert, aber das scheint mir gar nicht erwünscht zu sein, daß eine so lebhafteste Wahlbeteiligung stattfindet. Wir sehen ja, wie dadurch bei den Reichstagswahlen das ganze Land aufgewühlt wird. Weshalb sollten wir dann dieselbe Agitation auch noch in Preußen einführen? Sehr schwere Bedenken haben wir aber gegen die Ersetzung der bisherigen öffentlichen Wahl durch die geheime. Deshalb ist ein Teil meiner Freunde von der schädlichen Wirkung der geheimen Wahl so fest überzeugt, daß er entschlossen ist, unter keinen Umständen einem Gesetze zuzustimmen, das sie enthält. Ein anderer Teil verschließt sich trotz seiner ebenfalls lebhaften Bedenken nicht dem Wunsche, etwas zustande zu bringen.

Graf Mirbach:

Die Genesis des Gedankens der Wahlrechtsreform verbanden wir dem früheren Reichskanzler, sie folgte der Preis an die Liberalen für ihre Mitarbeit an der Reichsfinanzreform. Darüber besteht kein Zweifel. Mit welchem Erfolge es gesehehen ist, haben wir alle gesehen. Bei der Delegierten-Versammlung der konservativen Partei im Dezember haben wir Stellung genommen zu dem Wahlrechtsreformgedanken. Frhr. v. Mantuffel und ich sprachen sich damals gegen jede Reform entschieden aus, am entschiedensten natürlich gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts. Gegen einen einzigen übrigens unbedeutenden Widerspruch nahm die Versammlung diese Stellung ein, und ich muß bekennen, daß die konservativen Partei des Abgeordnetenhauses jetzt in ihrem Entgegenkommen doch nicht unerheblich von diesem Standpunkt abgerückt ist. Daß nach dem Vorsehen der Thronrede eine Reform erfolgen soll, sagen auch wir im Herrenhaus, aber das Entgegenkommen der Konservativen im anderen Hause ist doch sehr weitgehend. Trotzdem würden wir heute noch darauf Wert legen, daß wir zu einer Verständigung mit den Rechtsliberalen kommen. Da das Herrenhaus zwei Floskelkonditionen an der Vorlage vornehmen wird, es haben ja die Liberalen Zeit und Muße genug, sich zu überlegen, ob es tatsächlich richtiger und zweckmäßiger ist, ein

verständiges Kompromiß

abzuschließen oder einfach beiseite zu stehen, wie bei der Reichsfinanzreform. Die Nationalliberalen fordern kategorisch das geheime und direkte Wahlrecht. Ein solches Verlangen ist keine politische Aktion. Was die Einführung des geheimen Wahlrechts anlangt, so muß ich etwas bestimmter, wie der Herr von Wedel-Viehdorf erklären, daß für mich und eine Anzahl meiner Fraktionsgenossen die Vorlage mit einem geheimen Wahlrecht, wenn auch nur in den Unwahlbezirken, unannehmbar ist, so, wie sie heute vorliegt, und demnach das ganze Gesetz. Wenn Sie hier das Prinzip durchbrechen, so liegt die Gefahr vor, daß für alle unsere Kommunalwahlen dann das geheime Wahlrecht und ausgetriert wird. Also, wie gesagt, die Vorlage ist so, wie sie heute vorliegt, für uns nicht annehmbar. Nur auf dem festen Fundament eines starken monarchischen Preussens konnte das Deutsche Reich errichtet werden, und nur, wenn dieses Fundament fest und intakt gehalten wird, wird das Deutsche Reich bestehen. Wenn dieses Fundament morsch wird, so geht es einfach in Trümmer und zwar unaufhaltsam. Das Herrenhaus steht vor einer sehr ernsten Aufgabe. Es wird mit voller Hingebung an die Lösung dieser überaus schwierigen Aufgabe herzutreten. Öffentlich kommen wir zu einer Verständigung auch auf diesem Gebiete. (Beifall.)

Minister des Innern v. Nolke:

Große politische Stimmungen im preussischen Volke verlangen die Beseitigung des geltenden Landtagswahlrechts und seine Ersetzung durch das Reichstagswahlrecht. Heute ist in diesem Hause der entgegengelegte Standpunkt vertreten worden, es empfehle sich nicht, an dem geltenden Wahlrecht überhaupt zu rühren, da es sich in jeder Beziehung bewährt habe. Von anderer Seite wiederum ist bestritten worden, daß die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses eine Verbesserung des bestehenden rechtlichen Zustandes bedeutet. Graf Mirbach hat jedoch erklärt, daß für ihn die Vorlage durch die Befreiung mit einer teilweise geheimen Wahl unannehmbar sei. Die königliche Staatsregierung ist sich über den Wert des preussischen Wahlrechts, wie es jetzt besteht, in seinem Punkt im Zweifel. Ich kann mich auch der Anerkennung, die von anderer Seite den Ergebnissen dieses Wahlrechts ausgesprochen worden ist, nur vollkommen und von Herzen anschließen. (Beifall.) Daß es sich bewährt hat, kann man also durchaus anerkennen und doch der Meinung sein, daß es dringender geboten ist, das Bestehende gegenüber dem Ansturm auf seine bewährten Grundlagen für die Zukunft dadurch zu festigen, daß man seine Schwächen offen erkennt und zu beseitigen sich bemüht. Das ist der Standpunkt, von dem die königliche Staatsregierung bei der Vorlage ausgegangen ist. Etwas anderes als eine zeitgemäße Fortentwicklung bedeutet auch die gegenwärtige Vorlage nicht. Veranlassung, an eine Wahlreform heranzugehen, war für die Regierung zunächst die scharfe Beteiligung der Wahlberechtigten in der Ausübung des höchsten politischen Rechtes. Nur durchsichtliches und Prozedur der Wähler haben sich an der Wahl beteiligt. Veranlassung bot ferner die ungünstige und das Gleichgewicht störende Einwirkung höchster, stark privilegierter Steuerleistungen und anderer, die natürliche Scheidung in Klassen störende Erscheinungen. Diese Erscheinungen müssen beseitigt werden, denn gerade sie werden benutzt zu Angriffen auf die bewährten Grundlagen des Systems. Die Staatsregierung hofft, daß aus Ihren Beratungen diejenigen Verbesserungen hervorgehen möchten, die eine befriedigende Lösung der Wahlreform ermöglichen und den Wahlrechtskampf zur Ruhe bringen. Die Regierungsvorlage hatte ursprünglich bei vorgezeichneter direkter Wahl an der Drittteilung der Steuern und an der Abteilungsabteilung innerhalb der Stimmbezirke neben der in Aussicht genommenen Regimierung festgehalten und auf eine Rückkehr zur Drittteilung in den Gemeinden verzichtet, dafür aber die Stimm- und Abteilungsbezirke doppelt so groß vorgesehen, als sie jetzt nach den Beschläßen des Abgeordnetenhauses sind. Daß die Staatsregierung dem Gedanken einer Erweiterung der Wahlbezirke an und für sich zugänglich ist, hat sie bereits ausgesprochen. Gegenüber der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen geheimen Abstimmung und der Erhöhung des fingierten Steuerfußes auf 4 M. können Vorgrünisse über unerwünschte plutokratische Wirkungen ernstlich nicht mehr Bloß greifen. Sicher ist, daß mit der Beibehaltung der kleinen Stimmbezirke es nicht gelingen wird, die vielfachen Ungleichmäßigkeiten und Unbilligkeiten in der Zuweisung der Wähler zu den

Abteilungen auszugleichen, ein Umstand, der schon jetzt schwer empfunden wird und Angriffsflächen bietet. Es handelt sich hierbei nicht bloß um Neupflichten oder um eine Erleichterung, sondern um den reinen Zusatz abhängiger Nebenpflichten und Ungleichheiten in der Abtufung des Stimmrechts. Dadurch werden viele Wähler erbittert und bleiben der Wahl fern. Eine Erweiterung der Drittelswahl über die Grenze des Stimmbezirks hinaus, wird, das ist die Auffassung der künftigen Staatsregierung, nicht zu vermeiden sein. Weiter hätte die Regierung neben dem Besitz, der an sich ja unabhängig ist von politischer Befähigung, gewisse Merkmale politischer Einsicht und Betätigung zum Gradmesser des abgestuften Stimmrechts gemacht. Die Ihnen jetzt vorliegende Fassung verläumert diesen Gedanken, obwohl alle Parteien im Grunde mit ihm einverstanden waren. Sie fanden nur nicht die richtige Form dafür. Ich hoffe, daß der Versuch dieses Hauses, hier eine Lösung zu finden, von Erfolg gekrönt sein möge.

Professor Voening-Halle:

Es ist unrichtig, daß die nationalliberale Partei erst seit dem für sie ungünstigen Ausfall der letzten Landtagswahlen für eine Wahlreform eintritt. Ich habe vielmehr schon vor vier Jahren in diesem Hause auf die Notwendigkeit einer Wahlreform hingewiesen und damit den Anwillen eines Teiles dieses Hauses erregt. Der Entwurf, wie er aus dem Abgeordnetenhaus gekommen ist, ist ein

Wahlschlag

und für mich unannehmbar. Auch ich bin gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber deshalb braucht doch nicht alles so zu bleiben, wie es 1849 verordnet wurde. In der gegenwärtigen Drittelswahl kann eine Abschwächung des plutokratischen Charakters liegen, aber auch eine Verstärkung. Das ist ein reines Würfelspiel, nur daß die Würfel immer zu Gunsten des Zentrums fallen. Es muß unter den Wählern Bitterkeit hervorrufen, wenn

17 Prozent über die Wahl entscheiden und 83 Prozent einfach ausgeschlossen werden können.

Wir können natürlich nur für ein Kompromiß sein, das uns auf dem Wege zu unserem Ziel einen Schritt vorwärts bringt. Einen Rückschritt wird man und doch nicht zumuten können. Auf eine Zufriedenstellung der Sozialdemokraten können wir nicht rechnen, selbst wenn wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht einführen würden. Diesen Gedanken, die Sozialdemokratie zu beschreiben, müssen wir von vornherein außer acht lassen. Aber etwas anderes ist es, wenn große Massen des Bürgertums in Stadt und Land berechnigte Beschwerden haben. Sorgen wir dafür, daß diese berechtigten Beschwerden des Bürgertums adgeföhrt werden, damit bei der nächsten Reichstagswahl nicht so viele aus dem Bürgertum zur Sozialdemokratie übergehen. Das kann geschehen, wenn zur rechten Zeit notwendige Reformen gemacht werden. (Beifall.)

Fürst Lichnowsky:

Im großen und ganzen können wir uns wohl auf die Grundzüge der Vorlage stellen, wie sie an uns gelangt ist, obwohl das geheime Wahlrecht für unsere Ostmarken eine starke Einbuße des nationalen Einflusses bedeutet. Aber ein Zugeständnis in demokratischer Richtung mußte gemacht werden. Wenn ich mich auch im wesentlichen auf die Basis der Vorlage stellen kann, so bedürfen doch noch Einzelheiten der Abänderung. Ich denke hier daran, die Drittelswahl für die Gemeinden einzuführen. Es wird zwar dann ein fürchterlicher Sturm gegen das Herrenhaus losbrechen. Davor fürchte ich mich aber nicht. Die Drittelswahl in dieser Weise halte ich für eine notwendige Voraussetzung, für eine gesunde Entwicklung unseres Wahlrechts, namentlich auch in bezug auf unsere Ostmarken, wo sonst der deutsche Einfluß noch mehr zurückgehen würde, wie es schon durch die geheime Wahl geschehen wird. Ich würde es geradezu für ein nationales Unheil halten, wenn eine Vorlage zum Gesetz erhoben würde, die lediglich die Paterschaft des schwarz-blauen Blodes hat. Die Vorlage mag sein, wie sie will, wenn die Mittelparteien des Abgeordnetenhauses sich ablehnend verhalten und lediglich der schwarz-blaue Bloß dazu seinen Segen gibt, so ist die Vorlage, ganz gleichgültig, welchen Inhalt sie auch hat, für mich unannehmbar wegen der Wirkungen, die sie nach außen hin haben muß. (Beifall.) Das Herrenhaus hat darum die Aufgabe, wie schon der freikonservative Führer Freiherr v. Jodlitz sagte, die Brücke zu schaffen zu einer Verständigung mit den Mittelparteien, die bei allen nationalen Angelegenheiten stets eine konservative Gesinnung an den Tag gelegt haben. Im übrigen brauchen wir uns nicht einschüchtern zu lassen durch die Befürchtung, daß das Zentrum nicht zustimmen wird. Ich hoffe, daß das Zentrum so viel Sinn für Staatsnotwendigkeiten hat, daß es die Vorlage nicht scheitern lassen wird. Rame die Vorlage nicht zustande, würde eine große Beunruhigung weiterhin unser Volk beherrschen. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Vorlage in einer Form zur Verabschiedung zu bringen, die die Mitwirkung der Mittelparteien im Abgeordnetenhaus ermöglicht. (Lebh. Beifall.)

Professor Ollebrand-Dreslau:

Ein großer Teil meiner Freunde hält es nicht für notwendig, einem Gesetze zuzustimmen, mit dem ein großer Teil des anderen Hauses nicht einverstanden ist. Ich vermute, daß die Kämpfe dann noch viel schlimmer werden als jetzt. Wenn man der roten Flut Konzessionen macht, so wird sie dadurch nicht zurückgedämmt, sondern es werden nur neue Forderungen erhoben. Wenn wir die Vorlage rundweg ablehnen, und wenn an den Rauten dieses Hauses die Agitation scheitert, so würde ich darin keinen Schaden sehen. Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß die Vorlage ein Ergebnis der Blockpolitik ist, daß sie eine Bewegung auf das Reichstagswahlrecht zu darstellt. Da muß es bei uns heißen: principis obsta! Das Reichstagswahlrecht ist nicht abzuändern, es ist etwas historisch Gewordenes, gleiche indirekte Steuern bedingen auch gleiche Rechte. Man könnte höchstens an eine Änderung in dem Sinne denken, daß

eine zweite Kurie

angegliedert wird, die auf repräsentativer Grundlage beruht. Der vorliegende Entwurf enthält Schönheitsfehler genug. Das Abiturientenexamen zum alleinigen Maßstab für das Ausrücken zu machen, halte ich für keinen glücklichen Ausweg; mancher einfache Mann hat ein sichereres Urteil, als dieser oder jener Abiturient. (Sehr richtig!) Wir sind gewillt, über den Entwurf in ernste Erwägungen einzutreten, aber einen Sprung ins Dunkle machen wir nicht mit. Wir werden nichts annehmen, wozu wir glauben, daß es die Eigenart Preußens schädigt. (Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Gamm:

Führen wir hier das Reichstagswahlrecht ein, so werden wir bald nur noch entweder Zentrumskräfte oder Sozialdemokraten haben, und beides wäre für uns unerträglich. Sie kennen die Zentrumswirtschaft nicht. Die größte Gefahr ist doch der Riß, der durch die ganze Bevölkerung vom Zentrum aus gezogen wird mit der Verquickung von Religion und Politik. Ich, für meine Person, würde das direkte Wahlrecht von der Regierung nehmen und das geheime von der Konservativen. Der Terrorismus des Zentrums ist noch viel gefährlicher als der der Sozialdemokratie, und nun gehen konservative und Zentrum zusammen. Und mit einer solchen Partei wollen die konservativen nun zum zweiten Male ein Bündnis schließen. Auf diese Weise kann keine Politik getrieben werden; wenn die Konservativen das nicht einsehen, dann hoffe ich, wird die Regierung es noch einsehen. Weil jetzt das Zentrum den Riß auf neue Vergrübeln sucht, darum sage ich: keine Politik auf Grund eines Bündnisses mit dem Zentrum! (Beifall und Händelatschen.)

Oberbürgermeister Kirchner:

Es sind verschiedene Strömungen vorhanden in bezug auf das Maß dessen, was bei der Abänderung des bestehenden Wahl-

rechts in Betracht kommt. Die einen wollen Verbesserungen nur mit kleinen Mitteln und wollen an den Fundamenten des Wahlgesetzes nichts geändert wissen. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß in unseren Kreisen eine erhebliche Zahl von Herren vorhanden ist, die sich mit diesen kleinen Mitteln der sogenannten Mäßigung des plutokratischen Charakters und der Teilnahme der intelligenten Kreise nicht begnügen, sondern die als Voraussetzung für ihre Zustimmung zu der Vorlage Änderungen auch an den Fundamenten des Wahlgesetzes verlangen, in erster Reihe die Einführung des geheimen Wahlrechts. Es sind nun einmal zur Wahl berufen weite Kreise, die eine nicht sichere wirtschaftliche Existenz haben, und man muß mit ihnen fühlen, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, mit ihrem Arbeitgeber zu brechen oder das Wahlrecht nicht auszuüben. Es ist eine Unwahrscheinlichkeit, wenn man diese Leute nicht in die Situation versetzt, nach ihrer Ueberzeugung zu wählen. Ich erinnere auch daran, daß die Wahlen in vier Berliner Wahlkreisen laßiert werden mußten wegen des Terrorismus, der von der Sozialdemokratie ausgeht worden war. Die Führer der Sozialdemokratie machen gar kein Hehl daraus, daß systematischer Terrorismus getrieben wird, und daß das auch in ihren Augen eine Unsitlichkeit ist. Aber sie sagen, solange ein solches formales Recht besteht, welches meinen Segner in die Situation versetzt, mit solchen Waffen gegen mich zu arbeiten, wäre ich doch ein Tor, wenn ich nicht dieselbe Waffe benützte. Sie treten kehrt dafür ein, daß das öffentliche Wahlrecht beseitigt werden muß, aber sie sagen, solange es formell besteht, begehen wir die gleichen Unsitlichkeiten wie unsere Segner. Gehen Sie darüber nicht leicht hinweg. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist dies System zum erstenmal umfassend bei der letzten Wahl ausgeübt worden, es hat sich ausgebreitet bewährt, und wenn die Sozialdemokratie dies nunmehr bewährte System im ganzen Lande billigt und zur Anwendung bringt, — meine Herren, ich spreche vor den Konsequenzen zurück. Denn die Organisation, der Einfluß, der von Mund zu Mund in der Fabrik ausgeht, ist so eminent, daß ich glaube, aller Mißbrauch, der von anderen Parteien je betrieben worden ist mit Beeinflussungen der öffentlichen Wahl, wird außerordentlich klein sein in seinen Wirkungen gegenüber den Wirkungen, die eintreten werden, wenn die Sozialdemokratie diesen Einfluß systematisch anwendet. (Sehr wahr! bei den Oberbürgermeistern.) Ich lege also auf die geheime Wahl das größte Gewicht. Und doch muß ich sagen, daß eine geheime Wahl bei Beibehaltung der indirekten Wahl überhaupt nicht durchführbar ist, ja daß man dann von einer geheimen Wahl überhaupt nicht mehr reden kann. (Sehr richtig!) Man hat es so hingestellt, als ob lediglich die Erfüllung eines Versprechens in der Thronrede die Veranlassung zu einer Reform des preussischen Wahlrechts wäre. Auch wenn das nicht in der Thronrede gestanden hätte, hätte man sich der Wahlreform nicht entziehen können. (Sehr richtig!) Wir leben nun einmal nicht mehr im Jahre 1849, und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sind andere geworden. Der Agrarstaat Preußens hat sich in den letzten 60 Jahren zu einem ganz anderen Gebilde entwickelt.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage geht an eine Kommission von 20 Mitgliedern. Als Mitglieder dieser Kommission werden auf Vorschlag des Freiherrn Lucius v. Wallhausen gewählt: Graf v. Behr-Bechenhoff, v. Sydow, v. Buch-Carnsow, Graf Dönhofs-Friedrichstein, Graf Botho zu Eulenburg, Professor Hillebrand, Freiherr v. Landsberg-Steinfurt, Freiherr v. Richthofen-Damsdorf, Freiherr v. Schorlemer, v. Wedel-Piesdorf, Graf v. Wedel-Gödens, Graf Hopt v. Wartenberg, Prinz zu Schönau-Carolath, Graf Hutten-Czapki, Fürst Lichnowsky, Fürst Saphel, Professor Dr. Köning, und die Oberbürgermeister Holte, Kirchner und Wallraf.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom Freitag, den 15. April, vormittags 11 Uhr.

Der Hausrechtsparagraf.

Eine lange Geschäftsordnungsdebatte.

Präsident v. Kröner erteilt das Wort zur Geschäftsordnung dem

Abg. Winkler (L.): Ich muß im Auftrage meiner politischen Freunde auf die Vorgänge der gestrigen Sitzung zurückkommen.

Wir können es nicht stillschweigend hingehen lassen, wenn von Mitgliedern des Hauses dem Minister des Königs und dem Präsidenten des Hauses in der Weise begegnet wird, wie es gestern seitens einiger sozialdemokratischer Abgeordneter geschehen ist, und noch weniger, wenn der Eid der Treue, den wir alle dem Könige geleistet haben, so wie es gestern geschehen ist, zum Gegenstande des Spottes gemacht wird. Wir richten zunächst an die Präsidenten die Bitte, daß er abweichend von der zuletzt befolgten Übung fortan veranlassen wolle, daß derartige Zwischenrufe im Stenogramm und im Protokoll vermerkt werden, auch wenn sie ohne Wortmeldung im Wege des Zwischenrufs erfolgten. Des weiteren geben wir uns der Hoffnung hin, daß es uns im Verein mit den anderen Fraktionen bald gelingen möge, die gestern von dem Präsidenten beflagten Läden in unserer Geschäftsordnung der veränderten Zusammensetzung des Hauses entsprechend auszufüllen (Beifall rechts), damit den dieses hohe Haus beschämenden Zuständen ein Ende gemacht wird (Lebhafter Beifall rechts), daß derartige Dinge ungenändert bleiben, weil die mit weiteren Folgen nicht verknüpften Ordnungsdrufe bei den sozialdemokratischen Mitgliedern dieses Hauses in ihrer erzieherischen Wirkung erfahrungsgemäß versagen. (Anhaltender Beifall rechts.)

Präf. v. Kröner: Ich habe seinerzeit einer Anregung des Seniorensenats folgend die Ausnahme von Zwischenrufen in das Stenogramm abgelehnt. Ich habe aus den gestrigen Vorgängen schon Veranlassung genommen, diese Verfügung wieder aufzuheben und angeordnet, daß die gestrigen Zwischenrufe und in Zukunft alle Zwischenrufe, welche die Stenographen vernehmen, wieder aufgenommen werden.

Abg. Graf Wolke (R.): Der Beschluß, den die konservative Partei eben durch ihren Vorträger hat anbringen lassen, ist erst vor ganz kurzem gefaßt und dadurch zur Kenntnis meiner politischen Freunde gekommen, daß die konservative Partei mir ihren Beschluß mitgeteilt hat mit der Bitte, ihn den Mitgliedern meiner Partei zur Kenntnis zu bringen. Einen Beschluß konnten meine Freunde noch nicht fassen. Ich darf aber nach der ganzen Haltung, die meine Freunde in der Sachlage bisher eingenommen haben, die sichere Erwartung aussprechen, daß wir uns den Anregungen der konservativen Partei in vollem Umfange anschließen. (Lebh. Beifall rechts.) Wenn Recht als einziger Abgeordneter und meine Pflicht als Mitglied einer staats-erhaltenden Partei gebietet mir, aus diesem immer wiederholten Ereignissen diejenige Folgerungen zu ziehen, die mir mein Ehrgefühl und Gewissen vorschreiben als einem Manne, der sich durch eine dem ganzen preussischen Parlament angetane Beschimpfung mit verletzt fühlt, und sich für etwaige Wiederholungen nicht mitverantwortlich machen lassen will. Ich erkläre hiernach, daß, wenn das hohe Haus bis zum Abschluß der Wahlrechtsverhandlungen nicht dazu übergegangen sein sollte, Bestimmungen der Geschäftsordnung zu treffen, welche geeignet sind, seine Würde wirksam zu wahren, solche Ausrichtungen zu verhindern, die Ordnung des Hauses gegen Uebergriffe einzelner zu sichern und dem amtierenden Präsidenten eine genügende Stütze für die erfolgreiche Geschäftsführung zu bieten — wenn dies alles nicht der Fall ist, so lege ich mein Mandat in die Hände meiner Wähler zurück. (Lebhafter Beifall rechts. Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wird niemand bebauern.)

Abg. Wellstein (Z.): Ich habe namens der Zentrumsfraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die Zentrumsfraktion verurteilt auf das schärfste die Gesetze, deren sich am Schluß der gestrigen Sitzung Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion schuldig gemacht haben,

und bedauert, daß die bestehende Geschäftsordnung dem Herrn Präsidenten nicht die Möglichkeit gewährt, solche groben Verstöße gegen die parlamentarische Sitte und Ordnung wirksam zurückzuweisen. Die Zentrumsfraktion ist bereit, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie in dieser Richtung die Präsidialgewalt verfaßt werden kann. (Lebhafter Beifall rechts.) Die parlamentarischen Rechte einer Minderheit dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Gaarmann-Altona (natl.): Die gestrigen Vorgänge haben meine Freunde, soweit sie in der gestrigen Sitzung anwesend waren, aufs höchste indigniert, und ich kann auch sagen, daß meine übrigen Freunde, nachdem sie von dem Vorgefallenen Kenntnis genommen haben, daselbe Empfinden gehabt haben über diese Vorgänge, die gipfelten in einer Verhöhnung des Herrn Eisenbahnministers und unseres verehrten Herrn Präsidenten. Meine Herren, auch wir sind der Meinung, daß zunächst, wie der Herr Präsident bereits angeordnet hat, die Zwischenrufe wieder in das Protokoll und in den stenographischen Bericht aufgenommen werden müssen. Die Zwischenrufe müssen festgenagelt werden, damit von derartigen Vorgängen wir eine feste Basis haben, von der aus wir gegen derartige Dinge operieren können. Wenn ich sage, daß uns die Zwischenrufe gestern indigniert haben, so ist diese Indignation auch dadurch nicht geringer geworden, daß einer der Herren, der Abgeordnete Hoffmann, den wir wieder unter uns zu sehen das Vergnügen haben (Heiterkeit. Zuruf rechts: Weiber!), auf den Wänden Platz genommen hatte, die für uns reserviert sind. Diese Herren haben das Recht nicht eben in erfreulicher Weise ausgenutzt. (Heiterkeit.) Ich bin von meinen Freunden beauftragt zu erklären, daß wir uns trotz aller dieser Dinge hüten wollen, ab irato vorzugehen und aus dem Augenblick heraus zu handeln. (Sehr richtig! rechts.) Aber daß etwas geschehen muß, darüber sind auch wir mit Ihnen allen einig. Wir wollen abwarten, welchen Bericht die Geschäftsordnungs-Kommission erstatten wird, und bei unseren Entschlüssen über diesen Bericht auch die gestrigen Vorgänge nach Gebühr berücksichtigen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich muß zunächst meinem großen Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß hier von Fraktionen Erklärungen abgegeben werden in einer Sache, die dem größten Teil der Anwesenden vollständig unbekannt sein muß. Ich bin erstaunt, wie man über eine Sache urteilen kann, ohne darüber die geringsten Informationen erhalten zu haben. (Lachen rechts.) Das Stenogramm liegt Ihnen ja noch nicht vor, und darin sind ja auch die Zwischenrufe nicht einmal enthalten. Die Vertreter der Presse haben den Vorgang auch nur unvollkommen mit angehört können, die Wiedergabe in der Presse ist daher mit Ausnahme einiger weniger Blätter vollständig unrichtig. (Lachen rechts; Zuruf: „Vormwärts!“) Wenn ich die Unrichtigkeit bemerke, daß Sie alle den „Vorwärts“ gelesen haben, bevor Sie in den Fraktionen Stellung nahmen, würde ich allerdings sagen: Sie sind gut informiert. (Lachen rechts.) Ob es der Würde des Hauses entspricht, die zu wahren Sie vorgeben, wenn man so ohne genügende Unterlagen urteilt, überlasse ich dem Urteil aller Denker außerhalb des Hauses. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.)

Es ist berichtet worden, der Minister wäre von der sozialdemokratischen Partei verhöhnt worden. Das ist absolut unwahr!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von einer Verhöhnung des Ministers kann gar keine Rede sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hatte, wie das die Art schlechter Winkelblätter ist, eine „Blütenlese“ aus den Ausführungen meines Parteifreundes gegeben.

Präsident v. Kröner: Dieser Ausdruck geht zu weit, Sie dürfen dem Minister nicht vorwerfen, in der Art schlechter Winkelblätter gesprochen zu haben.

Abg. Ströbel (fortfahrend):

Der Minister hatte, anstatt die substantiierten Ausführungen Leinerts zu widerlegen, einfach eine Anzahl von Ausdrücken, die jedesmal ganze Absätze abschlossen, herausgezogen und hat dann gesagt, Herr Leinert hätte Phrasen gemacht. Der Ausdruck „Phrasen“ fiel also zum ersten Male aus dem Munde des Herrn Eisenbahnministers.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns darüber nicht aufgeregt, wir sind nicht so empfindlich. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Als noch keine Sozialdemokraten hier im Hause waren, sind aus den Reihen der bürgerlichen Parteien Ausdrücke gefallen, wie Gemeinheit, Lüge usw. (Dort! dort! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben es ja selber erlebt, daß einem Sozialdemokraten das Wort „Vengel“ zugerufen wurde. Gerade weil Sie nicht wollten, daß solche der Würde des Hauses nach konservativer Anschauung entsprechenden Worte in das stenographische Protokoll hineinkämen und der Nachwelt überliefert würden, ist ja die jetzt von Ihnen beflagte Anordnung getroffen worden, daß die Zwischenrufe nicht mehr in das Stenogramm hineinkommen. Wir hätten uns sehr darüber gefreut, wenn der Nachwelt solche

konservative Kulturdokumente

überliefert worden wären. Daß das nicht geschehen ist, daran tragen nicht wir die Schuld, sondern Sie. Wenn Sie das nun wieder anders haben wollen, so können wir uns nur darüber freuen. Wenn der stenographische Bericht das festgehalten hätte, was sich gestern hier abgepielt hat, würde eine solche Entschuldigungsrede sich heute nicht haben abspielen können. Also, ich betone nochmals, das Wort „Phrasen“ war von dem Herrn Eisenbahnminister zuerst und gegenüber gefallen. Als der Herr Minister nachher auf eine Rechtsfrage eingehen sollte, die in ausführlicher Weise von Leinert erörtert worden war, tat er das nicht, sondern erklärte einfach: Wir gewahren den Arbeitern nicht das freie Koalitionsrecht aus Gründen, die mit der Rechtsfrage gar nichts zu tun hatten. Da erlaubte ich mir, und meiner Auffassung nach durchaus mit Recht, zu sagen: das sind auch Phrasen, gab also dem Herrn Eisenbahnminister nur das zurück, was er vorher Herr Leinert hatte zuteil werden lassen. Und derselbe Herr Präsident, der das erste Mal den Vorwurf der Phrasen glatt hatte durchgehen

lassen einem Abgeordneten gegenüber, deren Ehre er doch auch zu wahren hat gegenüber dem Vertreter der Ministerien — wir verlangen nicht, daß der Präsident deshalb gegen den Eisenbahnminister eingeschritten wäre, das ist uns viel zu kleinlich, darauf kommt es uns gar nicht an — jedenfalls hat denn aber der Präsident auch nicht das Recht, einzugreifen gegen einen Abgeordneten, wenn er sich nur genau desselben Ausdrucks bedient gegenüber dem Herrn Eisenbahnminister. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröner: Darüber, was der Präsident für recht hält oder nicht, hat er allein zu urteilen.

Abg. Ströbel (fortfahrend):

Wenn mir hier vorgeworfen wird, ich hätte den Herrn Eisenbahnminister verhöhnt, so muß ich doch unbedingt das Recht haben, derzulegen, aus welcher Veranlassung ich meine Worte gebraucht habe. Wenn Sie urteilen wollen, ohne die Sachlage zu kennen, dann treten wir zurück, dann sagen wir gar nichts mehr. Also, ich halte etwas getan, was der Herr Eisenbahnminister auch getan hatte, und wurde zur Ordnung gerufen. Daß ich das nicht der Ordnung entsprechend fand, werden Sie mir nicht verdenken können. Ich sagte dann vor mich hin...

Präf. v. Kröner: Sie dürfen dem Präsidenten nicht den Vorwurf machen, daß er etwas getan hat, was nicht der Ordnung entspricht. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Wahr! rechts.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Wenn es darauf hinauslaufen soll, mir un möglich zu machen, die Situation zu schildern, wie sie

sich abgepielt hat, und was ich dabei gefühlt und empfunden, aus welchen Motiven ich gehandelt und gesprochen habe, dann schneiden Sie mir jede Möglichkeit der Verteidigung und der objektiven Klarstellung der Sache ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Krüger: Es wird Ihnen gar nichts abgeschnitten! (Heiterkeit rechts.) Sie können hier die Sachlage darlegen, ich verlange bloß, daß Sie es in einer der Ordnung des Hauses entsprechenden Weise tun. (Bravo! rechts.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Ich habe gesagt, ich hätte die Empfindung gehabt, daß das der Ordnung nicht entspricht. Das ist doch Tatsache, ich habe diese Empfindung gehabt, und ich glaube, daß jeder andere in meiner Situation dieselbe Empfindung gehabt haben würde.

Präsident v. Krüger: Dafür habe ich Sie zur Ordnung gerufen, weil das der Ordnung nicht entspricht. Ich ersuche Sie also, wenn Sie Redefreiheit haben wollen, Ihre Rede so zu fassen, daß sie der Ordnung des Hauses entspricht.

Abg. Ströbel (Soz.):

Es soll mir also nicht gestattet sein, darzulegen, was ich dabei empfunden habe! Doch ich fahre fort. Ich sagte darauf vor mich hin: „Na, der Herr Präsident weiß mit der Ordnung ja auch nicht so Bescheid“. Das mag vielleicht nicht ganz richtig gewesen sein, aber nach dem, was zwei Tage vorher sich hier abgespielt hatte, hatte ich eben das Empfinden. Ich habe die Worte nicht in provozierender Weise gesagt, der Herr Präsident hat sie, meiner Uebersetzung nach, nicht einmal selbst gehört, trotzdem ich dicht vor ihm saß. Der Abgeordnete Schulze-Weikum teilte meine Worte dem Präsidenten mit, worauf er erklärte, daß wir uns so benehmen sollten, wie es unter künftigen Männern Sitte sei. Ich hatte wiederum das Empfinden, daß die Frage, was sich für künftige Männer scheidet, in diesem Augenblick mit der ganzen Sache gar nichts zu tun habe. Man braucht kein künftiger Mann zu sein und kann deshalb doch den parlamentarischen Anstand wahren, und ich glaube, daß wir bisher den parlamentarischen Anstand gewahrt haben. (Gelächter rechts.) Wenn man mal ein Wort gebraucht, was man hinterher auch lieber nicht gebraucht hätte, so ist das lange nicht so schlimm, als wenn man sich Handlungen zuschulden kommen läßt, durch die

die Würde vergewaltigt wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade dadurch wird die Würde des Hauses in der denkbar schlimmsten Weise verletzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagte der Herr Präsident: „Sie sind ja auch ein künftiger Mann!“ Das gehörte meiner Ansicht nach nicht zur Sache, und zweitens war dieser Ausdruck schon einmal gefallen in einer Weise, die auch das

ganze Haus als guten Wit betrachtet

hatte. Ich habe das Stenogramm nicht hier, da ich nicht annahm, daß diese Sache heute wieder vorgebracht wird, aber Sie werden im Stenogramm finden, daß diese Worte des Präsidenten damals auf allen Seiten des Hauses die größte Heiterkeit hervorgerufen hatten und als guter Wit empfunden worden waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir selbst haben darüber mitgelacht. Wir wären ja armfelige Philister, wenn wir uns nicht darüber freuen wollten, wenn einmal ein Gegner einen guten Wit macht. Western nun wurde dieselbe Sache mit denselben Worten vorgebracht, darum sagte ich: „Den Wit haben Sie schon einmal gemacht.“ Darüber dann diese loslose Empörung über einen an sich durchaus harmlosen Vorgang. Wenn daraufhin eine solche Entschuldigungsverfälschung ausgesprochen wird, wie wir sie soeben erlebt haben, so können wir uns des Gefühls nicht erwehren, daß die ganze Sache nichts als

bestellte Arbeit

gewesen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man will damit der Vergewaltigung, die man gegenüber der Würde plant, indem man in rigoroser Weise die Geschäftsordnung ändern will, ein schönes Mantelchen nach außen umhängen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden dafür sorgen, daß diese Komödie durchschaut wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Zuruf rechts: Komödie?)

Abg. Borgmann (Soz.):

Mein Parteigenosse Ströbel hat schon darauf hingewiesen, daß wir durchaus damit einverstanden sind, wenn Zwischenrufe, die im Hause gemacht werden, in das Stenogramm aufgenommen werden. Ich habe die feste Überzeugung, daß dann auch alle Zwischenrufe auf der rechten Seite genau protokolliert werden, und ich bin sehr überzeugt, daß das Arsenal solcher Zwischenrufe aus sehr kurzer Zeit eine wesentliche Verhäufung erfahren wird aus Ihren eigenen Reihen (nach rechts). Ich habe erst vor kurzem bemerkt, daß hervorragende Mitglieder dieses Hauses sich beteiligt haben an „Hui-Mufen, an Mufen wie „Unverschäm!““ usw. die und ganz besonders schwer angekreidet werden. Sehr richtig hat mein Kollege Ströbel darauf hingewiesen, daß nicht wir die Veranlassung dazu gegeben haben, daß diese Äußerungen aus dem Stenogramm wegzblieben, sondern daß der Anlaß ein Zwischenruf eines Mitgliedes dieses Hauses war, das ganz besonderen Wert darauf legt, den guten Ton aufrecht zu erhalten, und das seinen Zwischenruf nicht in das Stenogramm aufgenommen wissen wollte. Nach den Darlegungen Ströbels ist der ganze Vorgang so gewesen, daß man nicht recht verstehen kann, wieso aus dieser Sache ein so großes Wesen gemacht worden ist, wenn man nicht ein

ganz bestimmtes Ziel

dabei im Auge hat. Offenbar wollte man für die Beschlüsse, die die Geschäftsordnungskommission am Mittwoch gefaßt hat, eine feste Basis haben. Was die Berechtigung der Frage, daß jedes Mitglied dieses Hauses auf Grund der Verfassung dem König den Eid zu leisten hat, in dieser Sache angeht, so muß ich

an Ihre Berechtigungsgefühle appellieren,

ob es wirklich der Bedeutung dieser Sache angemessen erscheint, in dieser Weise sie in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Also die Vorwürfe gegen meine Freunde waren durchaus deplaciert. Es sollen häufig Äußerungen, von denen der Redner selbst nachher wünscht, daß sie nicht gefallen wären. Verschiedene Herren haben Äußerungen, die sie gemacht haben, die ich sehr beleidigend für uns empfunden sind, nachher aus dem Stenogramm herausgestrichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nicht etwa sagen aus Feigheit, sondern aus einem gewissen Anstandsgefühl heraus, indem sie sich sagten, das hätte ich auch einem Gegner gegenüber nicht sagen dürfen. Also man sollte aus solchen Äußerungen, die im Streit der Parteien leicht fallen, nicht

ein solches Brimborium

machen und nicht noch auch den Anschein zu erwecken suchen, als wenn wir hier Räuber und Mörder wären. Ich muß Sie dringend bitten, nicht bei jeder Gelegenheit Anordnungsversuche gegenüber der Würde vorzunehmen. Das führt zu keinem Ziel, wird die Situation nur noch mehr verhäufeln, die Verhandlungen des Hauses noch mehr erschweren. Das kann nicht im Interesse des Parlamentes und auch nicht in Ihrem Interesse liegen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (Sp.): Meine politischen Freunde lassen es dahin gestellt, ob ein solcher Anlaß wie der gestrige, sofort eine Änderung der Geschäftsordnung hervorgerufen kann. Sollte das der Fall sein, so beholten wir uns unsere Stellungnahme vor. Wir betrachten es aber als selbstverständlich, daß die Rechte der Würde bei einer derartigen Änderung der Geschäftsordnung gewahrt werden müssen. Auch wir sind damit einverstanden, daß die Zwischenrufe ins Protokoll aufgenommen werden, weil das zur Klärung der Situation dient. Ich bin autorisiert, auszusprechen, daß wir ebenfalls die Vorgänge von gestern mihellig finden müssen, daß wir einerlei von welcher Seite, einen derartigen Ton nicht in die Debatte getragen wissen wollen. Es gibt auch noch ungeschriebene Paragraphen

der Geschäftsordnung, und diese liegen auf dem Gebiete des Taktes und der Selbstdisziplin. (Sehr richtig! links.) Wir bedauern die gestrigen Vorgänge umso mehr, weil die betreffenden Herren damit die gemeinsame Zusammenarbeit aufs äußerste erschweren.

Abg. Dr. Forst (Z.): Es ist vom Abg. Ströbel so dargestellt worden, als ob der Seniorenkongress seinerzeit die Ausschließung der Zwischenrufe nur deshalb angetagt und beschlossen hätte, weil es einzelnen Parteien unangenehm war, die Zwischenrufe ihrer Mitglieder in dem stenographischen Bericht dauernd festgehalten zu sehen. Diese Auffassung ist nicht richtig. Ich war selbst damals im Seniorenkongress und stelle fest, daß diese Anregungen und dieser Beschluß nur ergangen sind mit Rücksicht darauf, daß der Präsident nicht alle Jurufe hören kann und daß es nachher einen unerfreulichen Eindruck macht, wenn derartige Zwischenrufe, die eine Kränze verdienen, vom Präsidenten nicht gerügt worden sind. (Sehr richtig! rechts.) Es ist auf den Juruf „Vengel“ hingewiesen worden, der einem sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber gefallen ist. Diesen Juruf hatte der Präsident — ich glaube, ich präzipierte damals selbst — nicht gehört. Ich hätte ihn sonst gerügt. Der Redner verliert aus dem Stenogramm der betreffenden Sitzung eine Äußerung von ihm, in der er auf den in einigen Sitzungen vorher gefallenen Ausdruck „Vengel“ zurückkommt und erklärt wiederholt, daß er den Ausdruck, wenn er ihn gehört hätte, gerügt hätte. Der zweite Grund dafür, der den Seniorenkongress zu seinem Vorgehen bestimmt hatte, war, daß aus den Kreisen der Sozialdemokratie gegen ein Mitglied der Linken persönlich beleidigende Äußerungen gefallen waren, die in den stenographischen Bericht wirklich nicht aufgenommen werden können. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Dr. Forst hat bestätigt, wie sich die Sache abgespielt hat. Aber gleich nachdem Herr v. Pappenheim das Wort „so'n Vengel“ gebraucht hatte, war der Zwischenruf aus dem stenographischen Bericht herausgeblieben, so daß wir alle Ursache hatten, anzunehmen, daß die Worte herausgeblieben sind, weil es Ihnen sehr unangenehm war, als Leinert dem Präsidenten mitteilte, welcher Zwischenruf gefallen war. Doch wir feinerzeit auf von einem Mitglied dieses Hauses gebrauchte Ausdrücke wie Wegelagerer und Strohe geantworwort haben, können Sie uns nicht verdenken. Wie es in den Wald hineinrückt, schallt es wieder heraus. — Ich hätte nicht das Wort genommen, wenn nicht der Abg. Haarmann so liebenswürdig gewesen wäre, mich heute dem Hause vorzustellen. Ich habe mich auch darüber gefreut, daß Haarmann meinte, Sie hätten nunmehr wieder die Freunde, mich wieder hier zu sehen. Ich hoffe, daß diese Freunde recht lange und andauernd ist. Wenn ich aber mit der gestrigen Sache in Verbindung gebracht bin, so muß ich gestehen, daß ich zufällig an den Zwischenrufen diesmal unschuldig bin (Heiterkeit), weil mein Freund Ströbel mir das Wort aus dem Munde genommen hat. In der Sache selbst bin ich mit ihm ganz einverstanden. Noch eins: Als die Erregung, die ich mir mit Rücksicht auf die jetzt geplante Verschärfung der Geschäftsordnung ja erklären kann, hier

künstlich inszeniert

wurde, schrien die Herren und nicht einer, sondern mehrere

Raus mit den Kerlen!

da sagte allerdings mein Freund Ströbel: Warte, bedauern Sie sich! und ich sagte noch: Kommen Sie nur her! Sie werden doch nicht glauben, daß wir uns vor Ihnen fürchten. Wir werden hier so lange die Rechte des Volkes vertreten, ohne Ihr Geschrei und ohne Ihre Gewaltthätigkeit, die Sie hier ausüben wollen, mehr zu berücksichtigen, als wir es für erforderlich halten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruß (Z.): Gegenüber dem Abg. Ströbel, der erklärt hat, wie selten nicht informiert gewesen, habe ich namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir vollständig informiert waren. Ich habe selbst meine Freunde über die Vorgänge informiert. Wir hatten das Empfinden, daß das Vorgehen der Sozialdemokraten ungebührlich sei. Und als uns von den Konserwativen Mitteilungen von ihren Entschlüssen gemacht wurden, haben wir unsererseits unseren Entschluß gefaßt. Wir haben also nicht gehandelt, ohne informiert zu sein. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Ströbel (Soz.): Meine Darstellung war vollständig korrekt, und wenn Herr Bruß sagt, er habe seinen Freunden seinerseits eine Darstellung der Vorgänge gegeben, so hat diese Darstellung hoffentlich mit meiner übereinstimmt, sonst hätte er ja meine Darstellung hier bestreiten müssen! Wenn das aber der Fall ist, so begreife ich die Beschlusfassung des Zentrums vollends nicht. (Ohl! im Zentrum; Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruß (Z.): Ich muß der Darstellung des Herrn Ströbel widersprechen. Ich erkläre, daß seine Darstellung nicht vollständig zutrifft, und wenn er auf den „Vorwärts“ als Information für uns hinweist, erkläre ich, daß wir die Informationen des „Vorwärts“ nicht notwendig haben, dessen Mitarbeiter alle Veranlassung haben, derartige Szenen anders darzustellen, als sie wirklich vorgekommen sind. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Szene so darzustellen, wie sie wirklich war, habe ich nicht notwendig. (Rachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Julda (Z.): Ich möchte der geschickten Darstellung Ströbels entgegenreden, als ob er den Hinweis des Präsidenten auf die Unrichtigkeit des Wits hätte aufpassen können. Der Präsident hat diesen Hinweis mit solcher Energie und Entrüstung gegeben, daß diese Auffassung undenkbar ist.

Abg. Fischel (fortfahrend): Der Abg. Borgmann hat, indem er auf einen früheren Vorfall zurückkam, behauptet, es habe hier ein Abgeordneter von Ströbeln und Wegelagerern gesprochen. In diesem Zusammenhang muß es scheinen, als ob der betreffende Abgeordnete, der ich bin, diesen Ausdruck Strohe und Wegelagerer etwa auf Mitglieder dieses Hauses angewendet hat. Diese Auffassung ist auch in der Presse vertreten worden. Dem gegenüber stelle ich fest, daß mir niemals eingefallen ist, solche Ausdrücke gegen Mitglieder des Hauses anzuwenden. Es handelte sich damals um den bekannten Artikel des „Vorwärts“, der überschrieben war: „Schurkenstreiche usw.“, und ich habe damals davon gesprochen, daß die Methode dieser Presse ähnlich sei der Methode von Strokeln und Wegelagerern. (Beifall bei der Fortschritt. Volkspartei.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Der Abg. Bruß hat keinen Punkt anzugeben vermocht, wo meine Darstellung nicht vollkommen korrekt war. Ich bin auch eine impulsive Natur und gebrauche gelegentlich Ausdrücke, die ich später nicht getan haben möchte. In diesem Falle habe ich aber nichts getan, was ich mir irgendwie vorzuwerfen hätte. Wenn der Abg. Müller-Julda meinte, ich hätte gar keine Veranlassung, die Äußerung des Präsidenten als Witz anzusehen, so ist es ja

noch viel schlimmer,

wenn der Präsident im Ernst gesagt hat: Auch Sie sind ein künftiger Mann. Denn damit behauptet er: Sie sind ein künftiger Mann und geben vor, Sozialdemokrat zu sein. Damit hätte er mir den Vorwurf der Heuchelei gemacht. Man hat kein Recht, einem Sozialdemokraten zu sagen, er sei ein künftiger Mann, weil er hier den Eid geleistet hat. Es ist verfassungsmäßig zulässig, daß Parteien existieren, die als einen ihrer Endzwecke die republikanische Verfassung erstreben. Solche Parteien dürfen sich bilden, dürfen agieren und dürfen auch im Parlament vertreten sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man diesen Parteien erklärt: Was Ihr erstrebt, ist nicht richtig, Ihr seid ja selbst künftige, so ist das eine Verletzung unserer heiligsten Gebote. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.) Ich habe die Äußerungen des Herrn Präsidenten nicht so aufgefaßt, sonst wäre ich ihm viel schärfer entgegengetreten, sondern ich habe mit einem Spottwort, einem Wit parieren zu dürfen geglaubt, wie ja auch der Herr Präsident häufig in humorvoller Weise einer Bemerkung von uns die Spitze abbrechen sucht. Darüber entrüsten wir uns gar nicht. Aber auf der anderen Seite haben auch Sie

nicht das allergeringste Recht, aus einem solchen Anlaß in Entrüstung zu stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Rolke (H.): Wenn meine Partei der Darstellung des sozialdemokratischen Redners bisher nicht entgegengetreten ist, so darf man daraus nicht schließen, daß meine politischen Freunde etwa den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners zustimmen. Wenn wir das nicht tun, so geschieht es deshalb, weil jeder einzelne von uns sich genau vorstellen kann, wie die Dinge sich gestern hier abgespielt haben, und weil ja der stenographische Bericht darüber uns eine genaue und richtige Darstellung geben wird. (Zustimmung rechts.)

Abg. Bruß (Z.): Ich habe, wie gesagt, keinen Anlaß, auf die Vorgänge einzugehen, um die Debatte nicht in die Länge zu ziehen. Wir können ja doch sagen, was wir wollen, die Herren Sozialdemokraten werden niemals eine andere Meinung als die ihre als zutreffend anerkennen. Sie werden immer wieder auf die Darstellung des „Vorwärts“ verweisen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: We weisen Sie doch und reden Sie nicht drum herum.) Ich habe keine Veranlassung, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Krüger: Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen. Ich schlage Ihnen vor, die stenographischen Berichte über die gestrige und heutige Sitzung der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Damit ist das Haus einverstanden.

Abg. v. Arnim-Jäsechom (L.) (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht darauf, daß am Tage vor den gestrigen Vorgängen die Geschäftsordnungskommission eine

erhebliche Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen

beflossen hat, eine Verschärfung, die durch die gestrigen Vorgänge

Präsident v. Krüger: Auf die gestrigen Vorgänge dürfen Sie nicht mehr zurückkommen, die Debatte darüber ist geschlossen.

Abg. v. Arnim-Jäsechom (L., fortfahrend): ... bitte ich den Herrn Präsidenten, den Antrag der Geschäftsordnungskommission auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen, sobald die Beschlüsse des Hauses dieses irgendwie zulässig erscheinen lassen. (Zustimmung rechts.)

Präsident v. Krüger: Wenn ich den Bericht der Geschäftsordnungskommission bekommen haben werde, werde ich so verfahren, wie die Beschlüsse des Hauses es gebieten. (Heiterkeit.)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Die zweite Lesung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt.

Abg. Hoff (fortfahrend) betont die Notwendigkeit einer generellen Lohnerhöhung der Eisenbahnarbeiter, und den gesundheitsrechtlichen und sittlichen Wert der Urlauberteilung.

Abg. Beyer-Dortmund (Z.) protestiert gegen die Äußerung des Abg. Veinert, daß die Eisenbahnarbeiter auf tiefer Kulturstufe ständen. Abg. Veinert fordert eine 20prozentige Lohnerhöhung und Gleichstellung zwischen Osten und Westen. Aber die sozialdemokratischen Gewerkschaften fordern auch im Osten bei Tarifverträgen nicht dieselben Löhne wie in Berlin. (Abg. Veinert: Ketter Arbeiter.)

Minister v. Breitenbach macht Mitteilung davon, daß der Witz der Eisenbahnverwaltung eine Mehreinnahme von 14 1/2 Millionen gebracht hat. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Nach längerer unwesentlicher Spezialdebatte verläßt das Haus die Weiterberatung auf abends 7 1/2 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kaligeseh-Kommission.

In der am Freitagvormittag fortgesetzten Generaldiskussion führte Genosse Emmel aus: Der Standpunkt des Abgeordneten Gothein sei von diesem vor sechzehn Jahren im Preussischen Abgeordnetenhaus ähnlich mit dem Erfolg vertreten worden, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen abgelehnt und sich die heutigen Verhältnisse daraus entwickelt hätten. Dieser Erfolg der freien Konkurrenz sei nicht ermutigend. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß sich ein gesetzliches Eingreifen empfiehlt. Die Regierungsvorlage wagt nur die Interessen der Kalimillionäre. Unserem Verstaatlichungsantrag wird nun entgegengehalten, daß es für ihn zu spät sei, heute sei dies zu teuer. Wir stehen nie auf dem Standpunkte, daß der Kurpreis der Aktien oder Aktien zu zahlen sei, sondern nur das bar angelegte Kapital. Das würde auch, besonders für die wirtschaftlich Schwachen, nicht so empfindlich sein, wie der von den Abgeordneten Heim und Gothein gewünschte Reinigungsprozeß mit der Vernichtung dieser Schwachen. Sollte die Kommission der Verstaatlichung aber nicht zustimmen, dann sei als Uebergangsstadium das Reichshandelsmonopol von uns beantragt. Wenn dabei vom Reiche den jetzigen Produzenten die Herstellungskosten nebst einer mäßigen Verzinsung des Anlagekapitals gewährleistet werden, so könne das Reich den Inlandkonsumenten das Kali zu wesentlich billigeren Preisen als bisher liefern. Erhöhe man dann den Auslandspreis etwas, so erhalte das Reich aus dieser Erhöhung die Mittel zur langsamen Ablösung aller Kaligerechtsame und so käme man sehr billig zur Verstaatlichung des Kalibergbaues und einer Einnahmequelle des Reiches, die eine Erleichterung der Steuerlast ermöglicht. Der Vorschlag der Regierung, eine Zwangsvertriebsgemeinschaft zu schaffen, müße ganz entschieden bekämpft werden. Bei diesem Zustande werde ganz besonders Süddeutschland benachteiligt. Die Reichsbasis von Wienburg stelle ein gewaltige Benachteiligung dar, die unter allen Umständen im Interesse der süddeutschen Landwirtschaft beseitigt werden müsse. Eine Kontingentierung der Kalimillionäre müsse ja eingeführt werden, aber mit ihr auch weitere Maßnahmen im Interesse der Konsumenten, der beteiligten Gemeinden und der bei der Kaligewinnung beschäftigten Arbeiter.

Abg. Eraberger ist mit diesem einverstanden, was der Vordrucker gesagt, fürchtet nur, daß ein Handelsmonopol keine Mehrheit im Hause finde und hält für diesen Fall eine Kontingentierung durch den Bundesrat für ein Hilfsmittel.

Abg. Dr. Koeslitz schlägt sich Eraberger an. Nachdem Gothein seinen Standpunkt nochmals verteidigt, stellt der Vorsitzende folgenden Änderungsantrag Müller-Julda, der von 21 Mitgliedern der Kommission unterzeichnet ist, zur Diskussion:

Die Kommission wolle beschließen:

§ 1 wie folgt zu fassen:

§ 1. Kalifalze dürfen von Kalimillionären nur nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes abgesetzt werden.

Abg. Müller betont, daß er den Antrag stelle, um die Vereinfachung zum gesetzlichen Eingreifen festzusetzen und die Vertriebsgemeinschaft der Regierungsvorlage zu beseitigen.

Dem schließt sich Due namens der Sozialdemokratie an. Gothein und Hegter (fortfahrend) bekämpfen den Antrag. Derselbe wird dann gegen die drei freistimmigen Stimmen angenommen.

Am Dienstag um 9 Uhr soll eine interfraktionelle Besprechung stattfinden und am Mittwoch um 9 Uhr die nächste Fraktionssitzung sein.

Geheimratsgesetz-Kommission.

Am Donnerstag beschloß die Kommission mit Anträgen auf Einsetzung von Lohnkommissionen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Gewerbegerichte als solche Lohnkommissionen zu fungieren haben; wo keine bestanden, sollten besondere Kommissionen, die zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern bestehen, und denen ein Vertreter der Gewerbeinspektion vorsteht, geschaffen werden. Die Körperchaften sollen auf Antrag von Hausarbeitern die Festsetzung von Lohnsätzen vornehmen müssen, die dann nach ihrer Veröffentlichung rechtsverbindlich sind.

„Belohnte“ Rücksicht.

Der Buchbinder Aufschera beschäftigt seit ungefähr 1 1/2 Jahre die Arbeiterin A., ohne sie bei der Krankenkasse der Buchbinder gemeldet zu haben. Am 21. März erkrankte nun Fräulein A. Da sie bei dem ihr gezahlten außerordentlich niedrigen Lohn von 11 M. pro Woche mittellos geblieben war, ließ sie sich in der Universitätsklinik unentgeltlich behandeln. Zudem hatte sie ihre Arbeitgeber inständig gebeten, ihm nur keine Scherereien mit der Kasse zu machen. Er werde sie sofort bei der Krankenkasse melden. In etwa vierzehn Tagen solle sie sich das Mitgliedsbuch abholen und, wenn noch erforderlich, die Kasse in Anspruch nehmen. Als sie am 30. März um das Mitgliedsbuch vorsprach, erhielt sie dasselbe nicht, dafür gab ihr Aufschera die anderen Papiere, mit dem Bemerkten, er hätte sie gar nicht nötig zu melden, weil er ihre keine Beiträge für die Krankenkasse abzugeben habe. Um etwaigen Einwendungen der Klägerin vorzubeugen, herrschte er sie an: „Machen Sie, daß Sie raus kommen.“

Fräulein A. klagte nun beim Gewerbeamt. Sie forderte für die Zeit ihrer Krankheit 16 M. Lohn sowie eine Lohnentschädigung von 22 M. für die zweimonatliche Kündigungsfrist. Auf Befragen der Arbeitgeberseite gab der Beklagte an, er beschäftige noch zwei Leute, die ebenfalls nicht bei der Kasse gemeldet sind.

Entsprechend der Vorschrift des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verurteilte das Gericht den Beklagten zur Zahlung der 16 M. für die Krankheitszeit bis zur Entlassung. Da die Klägerin von der Krankenkasse nichts bezogen hat und auch kaum etwas bekommen wird, da sich der Beginn der Erwerbsunfähigkeit durch eine nachträgliche ärztliche Untersuchung nicht feststellen lassen wird, habe ihr für diese Zeit der Lohn in der vollen Höhe zugesprochen werden müssen. Der Entschädigungsanspruch für die Kündigungsfrist wurde abgewiesen, da die Klägerin zurzeit noch krank ist und eine Krankheit von erheblicher Dauer nach § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung zur freistellen Entlassung berechtigt.

Die Klägerin ist auch jetzt berechtigt, von der Krankenkasse ärztliche Hilfe und Krankengeld zu beziehen. Sie ist trotz der fehlenden Anmeldung durch den Eintritt in ihre Beschäftigung Mitglied der Kasse geworden. Die Kasse ist berechtigt, vom dem Arbeitgeber nicht nur die rückständigen Beiträge, sondern außerdem Ersatz aller für die Erkrankte gemachten Auslagen zu verlangen.

Der ungültige Lehrvertrag.

Vor der 8. Kammer des Gewerbeamtes klagte am Mittwoch der Bureaubelehrte D. für seinen minderjährigen Sohn gegen den Zahntechniker Bruns Lazarus auf Lösung des seit dem 1. Oktober 1900 laufenden, auf 3 1/2 Jahre abgeschlossenen Lehrvertrages und Ausstellung eines Zeugnisses. Der Lehrling ist anfangs März aus Anlaß einer ihm widerfahrenen brutalen Mißhandlung durch einen Gehilfen, die eine mehrtägige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte, bereits durch den Kläger aus der Lehre genommen worden. Der Beklagte bestritt eine Belegung des Lehrvertrages, da er nicht nur den Gehilfen jede ungebührliche Behandlung des Lehrlings unterlag, sondern auch gegenüber jenem Gehilfen von seinem Kündigungsrecht sofortigen Gebrauch gemacht habe. Das Gericht gab dem Klageantrag mit Recht statt, weil der Lehrvertrag nicht rechtsverbindlich war, da er die nach § 120b der Gewerbeordnung erforderliche Angabe der gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen nicht enthielt, unter denen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist.

Aus dem Innungsschiedsgericht.

1. Am Mittwoch hatte sich wieder einmal vor dem Innungsschiedsgericht die Firma Wenger, Altengemeinschaft für Goldschmied, Tresorbau und Eisenindustrie, Badstraße 69, eingefunden. Sie hatte dem Schlosser B. für eine angeblich nicht brauchbare Arbeit, die dieser auswärts im Zeitlohn ausgeführt und auch den Lohn dafür längst bezahlt bekommen hat, 21 M. bei einer späteren Lohnrate abgezogen; sie wurde deshalb von dem Arbeiter verklagt. Das Gericht verurteilte die Beklagte, den einbehaltenen Lohn herauszugeben, da dem Kläger die fragliche Arbeit nicht nach ihrem Werte, sondern nach der für die Arbeit aufgewendeten Zeit bezahlt worden ist, und außerdem der § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der vorgenommenen Aufrechnung entgegensteht.

2. Der Schuhmacher G. war beim Schuhmachermeister Rossmayer gegen einen Tagelohn von 2 M. beschäftigt. Bei diesem horrenden Lohne leistete sich G. noch den Luxus, am dritten Osterfeiertag der Arbeit fern zu bleiben. Er wurde deshalb am nächsten Morgen entlassen. Er forderte eine Entschädigung von 22 M. wegen unrechtmäßiger Entlassung. Da die Parteien am zweiten Feiertage vereinbart hatten, daß am dritten gearbeitet wird, sah das Schiedsgericht in dem Fernbleiben des Klägers von der Arbeit ein unbefugtes, das einer beherrschlichen Arbeitsverweigerung gleich zu erachten sei, und zur freistellen Entlassung des Klägers berechtigt. Es wies den Klageanspruch ab.

Eingegangene Druckschriften.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Kupfer- und Eisenhandwerk. Statistische Aufnahme vom Jahre 1900. 108 Seiten. J. Saupé, Berlin, Gartenstr. 101.

Advertisement for Kraft-Rolwain (Kraft-Rolwain, Deszent Wein für Glukarne, Feurig-süß, Sekt) and Bruch-Pollmann (empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstätte. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen. Berlin N., jetzt Lothringers Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.)

Advertisement for J. Neumann Cigarettes (Sparame Raucher, rauchen Fehlfarben der 7 1/2 Pf.-Cigarre No. 100 10 Stück 60 Pf., 6 Pf. Cigarre No. 46 10 Stück 50 Pf., J. Neumann Cigarren-Fabriken, Berlin O. & Begründet 1850. In 170 Niederlagen gleiche Qualitäten unter gleichen Nummern zu gleichen Preisen ::)

Das Zentrum dagegen will die Errichtung von Wohnämtern — mit deren Aufgaben auch Gewerbeämter oder Arbeitsämtern betraut werden können — dem Reichsminister, den Landeszentralbehörden anheimstellen; die Ämter sollen zunächst minimalmäßig festsetzen, die erst dann rechtsverbindlich werden, wenn sie die Zustimmung der Behörde gefunden haben, die das Wohnamt eingeführt hat.

Die Genossen Wollenbuhr und Albrecht begründen den Antrag damit, daß den Hausarbeitern nur Hilfe gebracht werden kann, wenn die Minimallöhne für bestimmte Bezirke festgesetzt werden. Diese Lohnregulierung würde der Einführung eines Zwangstarifs gleichkommen, eine Einrichtung, die bereits in Australien besteht und jetzt in England eingeführt wird.

Abgeordneter Raumann (Fortf. Sp.) erklärte sich für unseren Antrag, und in der weiteren Folge für den Zentrumsantrag. Einen anderen Standpunkt nimmt sein Fraktionskollege Rang ein, der sich sehr entschieden gegen die Anträge wendet. Die Konkurrenz würde der Industrie mit diesen festgesetzten Löhnen erschwert, die Industrie könnte vernichtet werden. In die gleiche Herbe ziehen die Abgeordneten Ender, Graf Carmer (L.) und Schmidt-Altenburg (ft.). Der letzte Redner führte aus, daß die niedrigen Löhne für einige Distrikte überhaupt erst die Möglichkeit zur Einführung der Heimarbeit geben. Auch die Regierungsbereiter wiederholten den schon in der Begründung der Vorlage enthaltenen ablehnenden Standpunkt. Von den Sozialdemokraten wurde den Herren entgegengehalten, daß alle die Uebelwirkungen über die Wirkung der Lohnkommission auch bei anderen Arbeiterschutzeschriften erhoben wurden, und doch zeigt sich, daß die Industrie unter den sozialpolitischen Maßnahmen sehr gut fortkommen ist und ihre Konkurrenz nicht gelitten hat.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die sozialdemokratischen Stimmen und die des Abgeordneten Raumann abgelehnt. Der Antrag des Zentrums wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum, der Vertreter der Polen und der Abgeordnete Raumann.

Sobald wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, wonach auf Antrag eines Gewerbeamtes usw. oder beteiligter Organisationen von Hausarbeitern oder Unternehmern der Reichsminister die Landeszentralbehörde bestimmen kann, daß Tarifverträge, die für große Gruppen von Hausarbeitern gelten, auch auf die sonstigen Hausarbeiter desselben Gewerbes rechtsverbindliche Anwendung finden sollen.

Arbeitskammerkommission.

In ihrer Freitagssitzung hat die Kommission in der Frage der Einbeziehung der Betriebsbeamten und Handlungsgehilfen dahin entschieden, für diese Kategorien im Rahmen des Gesetzes eine besondere Abteilung für Angestellte zu schaffen. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag zum § 10, der die Bildung von Zweigkammern verhindern will und als Mindestzahl der Mitglieder einer Arbeitskammer 20 festsetzt. Bezüglich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit wurden trotz der Erklärung des Regierungsbereiters, daß eine Herabsetzung der Altersgrenze und die Wählbarkeit der Organisationssekretäre das Zustandekommen des Gesetzes in Frage stelle, die Beschlüsse der vorjährigen Kommission wiederhergestellt. Danach ist die Altersgrenze für die Wahlberechtigung auf 21, für die Wählbarkeit auf 25 Jahre festgesetzt, ebenso ist die Wählbarkeit der Organisationsangestellten unter einigen allerdings erheblichen Einschränkungen zugestanden. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge, auch denjenigen die Wahlberechtigung zu verleihe, die im Bezirk der Arbeitskammer ihren Wohnsitz haben, und die Armenunterstützungsempfänger nicht von der Wählbarkeit auszuschließen, fanden keine Zustimmung. Auch ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, das Pluralwahlrecht der Großunternehmer einzuschränken, wurde abgelehnt, nachdem ein Regierungsvertreter eine entgegenkommende Erklärung zu Protokoll zu geben sich bereit erklärt hatte. Der § 14 wurde in der Fassung der früheren Kommission angenommen, die weiteren §§ 15—25 nach dem Wortlaut der Regierungsvorlage. Zum § 26 beantragten die Sozialdemokraten die Einsetzung eines Verwaltungsausschusses, fanden bei den bürgerlichen Parteien jedoch keine Unterstützung. Zum § 31 wurde der Wortlaut der früheren Kommission wiederhergestellt, der die Sitzungen der Arbeitskammer im Prinzip als öffentliche bezeichnet. Beim § 37 ersuchte Genosse Severing die Regierungsbereiter um eine Erklärung darüber, ob Ausschüsse oder Delegierte der Arbeitskammern berechtigt sein sollen, zur Erörterung bestimmter Fragen innerhalb ihres Wirkungsbereichs in Verbindung zu treten und gemeinschaftliche Tagungen zu besuchen. Die Regierungsbereiter vertraten die Auffassung, daß ein derartiges Inverbindlichkeitstreten nicht gestattet sei, während mehrere Kommissionsmitglieder sich entschieden dafür aussprachen.

Die Debatte darüber wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

25 Jahre Lithographen- und Steindruckerorganisation.

Sonnabend und Sonntag begehen die Berliner Lithographen und Steindrucker ihre fünfundsingzigjährige Jubelfeier. Als die Hochzeit der Gründerjahre und die darauf folgende Zeit des Regenjammers vorüber war und das wirtschaftliche Leben zu neuer ungeahnter Blüte emporwuchs, da entwickelte sich auch das lithographische Gewerbe auf immer breiterer Basis. Die Gewinne wurden, wie damals überall, wo die Arbeiter noch nichts von Solidarität wußten, in allererster Linie durch die rücksichtsloseste Ausbeutung des Einzelnen erzielt. Das Frühjahr 1885 war keine günstige Zeit, um die unerträglich gewordenen Arbeitsverhältnisse in der Berliner Lithographie und seinem Schwestergerwerbe, der Steindruckerei, zu lindern zu versuchen. Es war politisch schlecht Wetter in Deutschland für die Arbeiter, Bismarck regierte mit dem Sozialistengesetz! Und trotzdem fanden sich in Berlin 11 Kollegen zusammen, die sich in vorbereitenden Sitzungen mit der Gründung eines Fachvereins der Lithographen und Steindrucker für Berlin beschäftigten. In diesen Tagen wurde die Organisation geboren: An ihrer Wiege stand die Berliner Polizei. Keine der offiziellen Sitzungen blieb ohne polizeiliche Ueberwachung; Besprechungen und Statutenberatung, alles geschah unter dem „hohen Protektorate“ der heiligen Germanen. Zum 15. August wurde dann, nachdem die wichtigste Gründungsarbeit schon geschehen, in einer Versammlung der Schritt durch die Kollegen sanktioniert. Damals wurde schon der Steindrucker Otto Sillier zum Schriftführer erwählt; er feiert mit dem 25. Geburtsfest der Berliner Organisation sein 25jähriges Jubiläum. Heute ist er seit langen Jahren der erste Vorsitzende der Organisation. Mit ihm haben sich heute noch 13 Jubilare, die noch nicht von Freund Heinz oder anderen Freunden weggeholt worden sind, zur Organisationsfeier angefundet.

Die Gründung geschah unter dem Jubel der einstigen Kollegen; bei der Gründung und danach meldeten sich eine

große Anzahl. In der Oktoberversammlung 1885 konnten über rund 350 Steindrucker und 50 Lithographen gemustert werden. Die Lithographen waren noch nicht so stark vertreten, weil sie — abgesehen von numerischer Ueberlegenheit der Steindrucker — sich mit ihren „sozialistischen“ Arbeitskollegen damals noch nicht so recht vertragen konnten. Sie waren zumeist weniger aus Arbeiterfamilien als die Steindrucker, Künstlerstolz, antisemitischer Einschlag und verschiedenes andere kamen als Behinderungsmomente noch mit hinzu. Diese Gegensätze haben in der Verbandsgeschichte noch zu verschiedenen Malen zu schweren Kämpfen und scharfen Gegenlagen geführt.

Die erste Begeisterung verslog auch hier wie Strohsfeuer, als die so leicht und schnell erwarteten Erfolge nicht eintreten wollten. Die Streiks, die bei einigen Firmen geführt wurden, endigten mit Mißerfolg; der Zuzug von außerhalb sicherte den Sieg der Unternehmer. Unterstützungen konnten auch nicht in großem Maße gewährt werden. Es mußten für jeden der in Not geratenen Kollegen, für jeden kleinen Streik erst besondere Sammlungen erfolgen, um die finanzielle Grundlage zu schaffen. Die Mitgliederziffer blieb schwankend. Mit dem Falle des Sozialistengesetzes konnte die notwendige Zentralorganisation entstehen, in sie schwenkte der Berliner Fachverein der Lithographen und Steindrucker und der neben ihm entstandene Fachverein der Lithographen mit 437 Steindruckern und 167 Lithographen ein. Die Zentralorganisation brachte es noch im Gründungsjahre in Berlin auf fast 1100 Mitglieder. Die Verhältnisse waren im Verufe unerträglich geblieben, die freiere Luft der nachsozialistischen Politik begünstigte die Entwicklung. Damit wurde aber immer noch keine Besserung durch Kämpfe, die immer und immer wieder geführt wurden, erreicht. Erst mußte das Kampffeld gründlich beackert sein, dann konnte mit den Möglichkeiten von Siegen, von Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse gerechnet werden.

Nach 1890 begann der Siegeszug der lithographierten Postkarte. Es war jene Zeit, von der erzählt wird, daß sie den Lithographen goldene Berge eingebracht habe. So manche Firma schuf damals die Grundlage zu ihrer heutigen Größe oder zum heutigen — Niedergang, wo der veränderte Geschmack und die deutsche Postpolitik gründlich wider die Postkartenproduktion gewirkt haben. Die Schmutzkonzurrenz tat das ihrige. Von 1896 bis 1899 trat ein völliger Stillstand in der Bewegung ein. Die Bagemühen waren besiegt, und doch blieben sie nicht ruhig. Um die Jahrhundertwende und später kam es immer und immer wieder zu neuen Kämpfen. Die Organisation baute ihre Unterstühtungsrichtungen aus. Reiseunterstützung gab es seit 1894, Gemahrgeltemunterstützung kam 1895 dazu, Rechtsschutz 1897, dann Umzugskostenentschädigung 1899. Auch die Arbeitslosenunterstützung wurde in jenem Jahre eingeführt. In dem letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts kam es auch in Berlin bei den Lithographen und Steindruckern zu jenen prinzipiellen Auseinandersetzungen über die „Neutralität und die Gewerkschaften“. Es war Tischendörfer, der als Lithograph schon in jener denkwürdigen Versammlung der großen Bewegung von 1890 im Böhmischen Brauhaus, wo die Lithographen in Streifbegeisterung zusammengekommen waren, gegen einen Streit sprach. Die Wirkung der Rede und das Verhandeln mit den Unternehmern hinter dem Rücken der Kollegen durch den Lithograph Tischendörfer war niedererschlagend. Seine Berufskollegen liehen ihren Mut sinken, das Streikkomitee löste sich dann auf, die Bewegung war in ihren Anfängen erstickt. Einige Jahre später trat er wieder an die Öffentlichkeit, als Vorstandsmitglied der Berliner Lithographen propagierte er die Neutralitätsidee. Bebel hielt dann in einer Versammlung der Organisation seinen später auch gedruckten Vortrag über die Neutralität und die Gewerkschaften. Tischendörfer verlor sich bald aus den Reihen der freiorganisierten Arbeiter. Die Arbeiter kämpften immer weiter, und erst 1904, also nachdem rund 20 Jahre gesät und geädert worden war, konnte die Organisation den ersten Erfolg in der Reichshauptstadt erringen. Es war der Streik in der Firma Priester u. Cie.

Diesem reihte sich dann Sieg um Sieg an. 1905 wurde die Feiertagsbezahlung erkämpft, das große Ringen des Jahres 1906, die einvierteljahrrelange Aussperrung schloß ebenfalls mit einem Erfolge der Arbeiter. Von den Einzelkämpfen der Zwischenjahre ging es bis zu diesem Frühjahr 1910, wo die koalitierten Unternehmer, der Schutzbund deutscher Steindruckereibesitzer, seine angebrohte Aussperrung trotz der wirtschaftlich ungünstigen Zeit mit samt seinem Plan einer Zuchtshausarbeitsordnung wieder aufgeben mußte. Die organisierten Arbeiter haben ihre 1885 gesteckten Ziele erreicht.

Im Ausbau ist man auch nicht müßig gewesen. Es kam die Verschmelzung mit dem Senefelder Bunde, der Unterstützungsorganisation im graphischen Gewerbe, das zwischen die Trennung von den graphischen Hilfsarbeitern, die einen eigenen Verband gründeten. Krankenunterstützung, Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung wurden eingeführt — dies ergab sich durch die schwer erfochtene Verschmelzung mit dem Senefelder Bunde. Später kam es dann auch noch zu der Verschmelzung mit der 1900 wieder neuerstandenen Nurlithographenorganisation. Sie hatte in Berlin nie Einfluß, ihre Hauptstützpunkte lagen in Nürnberg und Leipzig. 1909, in der wirtschaftlich schlechtesten Zeit, konnte die Organisation noch eine Extrunterstützung für die ausgesteuerten Kollegen einrichten. In Berlin leistete sie allein in einem Jahre 34 960 M. an Unterstützungen. Dazu kamen auf finanziellem Gebiete noch der Ausbau der lokalen Kassen, die Zuschüsse zu den Verbandsunterstützungen gewährten.

Und die ziffernmäßigen Erfolge der 25jährigen Organisationsarbeit? 1888 nahm der Fachverein eine Statistik auf, 1908 geschah dasselbe für das ganze Deutsche Reich durch die Zentralorganisation. Für Berlin lauten die Ziffern: Durchschnittslöhne von 27 und 28 M. im Jahre 1888 für Lithographen und Steindrucker und solche von 32 M. im Jahre 1908! Die Feiertage werden heute in allen Berliner Betrieben laut Abmachung mit den Unternehmerorganisationen gezahlt. Für Lithographen ist die achtstündige, für die Steindrucker die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. Viele der letzteren arbeiten heute nur noch 8 1/2 Stunden. Die Lehrlingszählerei, die 1888 auf einen Gehilfen sogar 40 Lehrlinge möglich gemacht hatte, ist beseitigt.

Alles in allem, die Erfolge der Organisation, die alle erst seit 1904 erzielt worden sind, beweisen, daß die Arbeiter auf dem rechten Wege, nach dem richtigen Ziel gestrebt haben. Heute sind sie auch in Berlin die entscheidende Macht, die sich die auswählen kann, die sie noch in ihre Reihen aufnehmen will.

Reichstag.

84. Sitzung, Freitag, den 15. April, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth, v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines Zuwachssteuergesetzes.

Präsident Graf Schwerin bittet, bei der Diskussion allgemeine Erörterungen über die Finanzreform zu vermeiden. (Widerspruch links.)

Abg. Cuno (Fortf. Sp.) (zur Geschäftsordnung): Der Entwurf ist eine Erweiterung der Finanzreform, deshalb wird ein Zurückgreifen auf diese nicht vermeiden lassen.

Abg. Fischer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Wir werden uns die Redefreiheit nicht beschränken lassen. (Zustimmung links.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte auch nur, allgemeine Erörterungen über die schon erledigte Finanzreform möglich zu vermeiden.

Reichssekretär Wermuth: Seit dem Sommer vorigen Jahres hat die Wertzuwachssteuer erhebliche Fortschritte gemacht, so daß ein gesetzgebendes Vorgehen des Reiches jetzt gerechtfertigt erscheint. Gegenstand der Steuerpflicht ist der Wertzuwachs, die Differenz zwischen Erwerbs- und Veräußerungspreis, wobei von letzterem die durch besondere Maßnahmen geschaffenen Wertserhöhungen abgezogen werden; Träger der Steuerpflicht ist der Veräußerer; die Höhe der Steuer bestimmt sich in aufsteigender Scala nach der prozentualen Höhe des Zuwachses, von 5 bis 12 Prozent bei einem Zuwachs von mehr als 400 Prozent, wobei für jedes Jahr einer längeren als 50jährigen Besitzdauer die Steuer sich um 7 Prozent des Steuerbetrages erhöht. Nötig ist auch eine zeitliche Begrenzung für den Rückgriff auf Erwerbsvorgänge, wobei den Gemeinden gestattet werden soll, diese Grenze weiter zu stellen. Die Schätzung über den Ertrag der Steuer ist ganz ungewiß. Bei der Ausführung des Reichsstempelgesetzes beweist das Reich eine Selbstlosigkeit, die mir schon manchen Seufzer entlockt hat. (Heiterkeit.) Aber so weit kann unsere altkräftige Bestimmung nicht gehen, daß wir etwas ganz Unsicheres für den Stempel eintauschen.

Abg. Graf v. Westarp (L.): Wir begrüßen den Entwurf und werden alles tun, ihn noch in der gegenwärtigen Tagung zu verabschieden; die Prüfung im einzelnen behalten wir uns für die Kommission vor, betonen möchte ich aber, daß die Zuwachssteuer vor der Erbschaftsteuer den unbedingten Vorrang verdient, da sie gerechter und leichter zu tragen ist. Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Diese Vorlage ist ein integrierender Bestandteil der vom schwarz-blauen Block durchgedrückten Finanzreform, die von einem national-liberalen Mitglied des Hauses mit Recht ein Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes genannt wurde. Der populäre Gedanke der Wertzuwachssteuer sollte den Unwillen des Volkes über diesen Raubzug besänftigen. Die Wertzuwachssteuer liegt auch in der Richtung der agrarischen Politik, da sie im wesentlichen von den Städten getragen wird. Sollte diese Steuer in den Städten zu einer Verteuerung des Bodens und zu einer Erschwerung der Bautätigkeit führen, so haben der Staat und die Gemeinden ein so mehr Veranlassung, die Versorgung der armen Bevölkerung mit Wohnungen selbst in die Hand zu nehmen. Im Prinzip ist auch der Gedanke der Wertzuwachssteuer sympathisch, und wir haben sie schon 1902 beantragt. An der gegenwärtigen Vorlage ist das Beste, daß die Wertzuwachssteuer auch in Gemeinden eingeführt wird, die von selbst niemals daran denken würden. Aber über das Schicksal des Aufkommens aus einer solchen Steuer wollen wir uns keiner Illusion hingeben; das Beste Gesetz kann keine gute Wirkung ausüben, wenn wir solche Verwaltungszustände haben wie in Preußen, wo die Verwaltung der Gemeinden in den Händen einer Clique liegt. (Unruhe rechts; Zustimmung links.) Der unbediente Wertzuwachs muß auch bei Erbschaften zur Steuer herangezogen werden; statt dessen sieht der Entwurf weitgehende Freilassungen vor und will nicht einmal den gebundenen Besitz, die Fideikommission, heranziehen. Seine Heranziehung ist um so notwendiger, als in Preußen infolge einer phantastischen mittelalterlichen Politik die Fideikommission immer mehr zunehmen. Auch für die Steuerbefreiung der Landesfürsten und -fürstinnen ist kein Anlaß vorhanden; die Fürsten sollten selbst auf dieses oböse Vorrecht verzichten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial-

demokraten.) Auch das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden sollen frei von der Wertzuwachssteuer sein; das klingt plausibel, ist aber auch nicht zu billigen, da ja das Reich nur einen Teil der Steuer bekommen soll. Auch die staatlichen Verläufe des preussischen Landwirtschaftsministeriums, welche die Großstädte ihrer Lungen berauben — diese unglaublichen Schädigungen der Volksgesundheit —, mühten der Zuwachssteuer unterworfen werden, damit die Gemeinden zum Teil wenigstens den ungeheuren, ihnen zugesagten Schaden wieder gut machen könnten. Bedenken haben wir auch gegen die vorgeschlagene Teilung der Steuer, 50 Proz. dem Reich, 10 Proz. dem Staat und 40 Proz. der Gemeinde. Wir verlangen für die Gemeinde den größten Teil. Auch die vorgeschlagene Scala wird in der Kommission noch ausgebaut werden müssen. Weiter versucht das Reichschakamt, diese Gelegenheit zu einer allgemeinen Steuererhöhung auszunutzen, indem die zugelegte Ermäßigung des Umsatzstempels nicht eintreten soll. Wir haben im vorigen Jahre eine Wertzuwachssteuer verlangt, deren Erträge zur Erleichterung der indirekten Steuern dienen soll, und an dieser Forderung werden wir festhalten, so sympathisch uns der Gedanke der Wertzuwachssteuer ist, weil dadurch zum Ausdruck kommt, daß das Privatigentum am Grund und Boden einen sittlichen Wert nicht hat, können wir ihr doch nur zustimmen, wenn ihre Erträge zur Ermäßigung der indirekten Steuern benutzt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Finanzminister v. Rheinbaben: Der Abgeordnete Südekum sagte, im preussischen Landwirtschaftsministerium sähren sehr gereizte Grundstücksbesitzer. (Zurufe: Das hat er nicht gesagt.) Aber etwas Rehnliches, und dagegen lege ich entschiedenen Verwahrung ein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dem Wunsche, daß den Großstädten ihre Lungen erhalten bleiben, stimme ich zu; die Befürchtungen, daß das bei Berlin nicht geschieht, sind unbegründet. Bei den staatlichen Verläufen von Wald, bebauten wird ein Teil des Landes seinem gesunden natürlichen Zustand erhalten bleiben. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und der andere Teil?) — Daß die Staaten sich mit 10 Proz. dieser Steuer begnügen, ist sehr bescheiden, und ich bitte, daran nicht zu rühren. (Bravo! rechts.)

Abg. Cuno (Fortf. Sp.): Der Schatzsekretär sagte, der Umsatzstempel wird 50 Millionen Mark bringen, und deshalb will er den hohen Stempel bis zum Jahre 1914 beibehalten, und trotzdem die Wertzuwachssteuer einführen — eine außerordentlich harte Belastung für die Grundbesitzer und eine Plusmacherei, die wir nicht mitmachen werden. Wir sind bereit, den 500 des Reichsstempelgesetzes auszuführen, der eine Wertzuwachssteuer mit einem Ertrage von 20 Millionen Mark vorsieht, und den Umsatzstempel dafür ermäßigen will. Aber darüber hinaus werden wir nicht gehen. Ueberhaupt stehen wir der Wertzuwachssteuer sehr skeptisch gegenüber; sozialpolitisch ist ihr Wert sehr zweifelhaft; sie kann zu einer erheblichen Beschränkung der Bautätigkeit und Baunöglichkeit in den Gemeinden führen. Troß all unserer schweren Bedenken können wir der Reichswertzuwachssteuer zustimmen, wenn den Gemeinden ein angemessener Anteil an den Erträgen gesichert wird.

Schatzsekretär Wermuth bestreitet, daß fiskalische Plusmacherei die Vorlage diktiert habe. Die Vorlage sei auch keineswegs nach dem Diktat der Reichsparteien bei der Reichsfinanzreform gemacht worden.

Abg. Dr. Weber (nall.) bestreitet, daß von national-liberaler Seite die ganze vorjährige Reichsfinanzreform als „Raubzug“ bezeichnet worden sei und erklärt, daß seine Partei dem Gedanken der Reichswertzuwachssteuer sympathisch gegenüberstehe. Auch sei der vorliegende Entwurf gut ausgearbeitet. Eine Kommission von 21 Mitgliedern dürfe genügen. Sie muß nach der Meinung meiner politischen Freunde für eine differentielle Behandlung von Stadt und Land sorgen (Sehr richtig! bei den National-liberalen), die durchaus verschieden zu behandeln sind; auch werden in dem Entwurf die Kommunen zu rigoros behandelt. Daß sie einen Zuschlag zur Wertzuwachssteuer erheben können, trifft nur theoretisch zu, in der Praxis wird es den meisten unmöglich sein. — Die Einnahmen der Wertzuwachssteuer sind nur vorübergehend, und deshalb können wir nicht, wie der Kollege Dr. Südekum wünschte, irgendwelche indirekte Steuer bei ihrer Einführung ausgeben. (Zustimmung bei den National-liberalen.)

Abg. Dr. Spahn (Z., auf der Tribüne schwer verständlich) spricht sich für eine Kommission von 28 Mitgliedern aus, in der die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs, dem seine Freunde im allgemeinen sympathisch gegenüberstehen, näher zu prüfen seien.

Abg. Dr. Krenth (Rp.): Gemäß ihrer Stellung bei der Finanz-

reform werden meine politischen Freunde sich auf den Boden der Vorlage stellen, die wir in einzelnen Punkten in der Kommission zu verbessern suchen werden. (Bravo! rechts.) Wir müssen darauf bestehen, daß eine Hälfte des Umsatzstempels, die bei der Finanzreform den Ertrag der Wertzuwachssteuer bedeutete, bei ihrem Erlaß aufgehoben wird. Auch sollten wir berücken, die kleinen Wertsteigerungen ganz steuerfrei zu lassen. Der Abg. Südekum sagte, die Sozialdemokraten würden dem Gesetz nur zustimmen, wenn entsprechend indirekte Steuern ermäßigt werden; solche Maßnahmen mögen auf die große Masse wirken, im Reichstage macht man sich damit nur lächerlich.

Reichssekretär Wermuth bittet nochmals, das Gesetz, damit es wirksam sei, schnell zu erledigen.

Abg. Raab (Wirtsch. Gg.) behauptet, daß die Steuer nicht schon seit Jahren eingeführt ist. Es ist erfreulich, daß sie jetzt wenigstens schnell gekommen ist, und wir werden uns bemühen, sie auch schnell zu erledigen.

Abg. Bleich (Soz.):

Wir schließen uns dem Wunsche der National-liberalen auf eine Aktive Kommission an; denn an einer Ueberreilung der Steuer liegt uns nichts, um so weniger, als sie ja rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1910 bekommen soll. Die Eile läßt nur erkennen, daß es der Regierung schon wieder sehr an Geld mangelt. — Die Regierung ist in ihrer allgemeinen Zusammenfassung noch die der Finanzreform, daher ist es nicht verständlich, daß sie hier die Erbschaften freilassen will. Sie wagt offensichtlich nicht mehr an irgend eine Erbschaftsteuer auch nur zu denken, nachdem sie über den Tod, den ihr der blau-schwarze Block vorgehalten, gesprungen ist. — Von Südekum ist schon auf das oböse Privileg der Bundesfürsten hingewiesen. Von selbst verzichten diese Herren nicht, in einem kleinen Bundesstaat sind die bürgerlichen Abgeordneten an den Fürsten mit einer solchen Bitte heranzutreten, aber er sagte — dem Sinne nach — er pfeife darauf. — Der preussische Finanzminister kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der preussische Fiskus große Wälderte um Berlin der Privatkapulation überlassen hat. Wenn er sagt, erhebliche Teile bleiben als Wald erhalten, so erinnert das an den Mann, der einem anderen die Ohren abschneidet und ihm dann sagt: „Du kannst zufrieden sein, weil du ja noch die Nase behältst.“ (Heiterkeit.) In bezug auf die Scala verdient die Berliner Scala vor der vorgeschlagenen den Vorrang, weil sie den absoluten Wertzuwachs besteuert und weil sie gleichmäßiger ist. Lieber wäre und ferner statt der vorgeschlagenen indirekten Wertzuwachssteuer eine direkte, die auch den in festen Händen befindlichen Grundbesitz trifft. Will man das nicht, so sollte man mindestens vom Grundbesitz der Aktiengesellschaften eine direkte Wertzuwachssteuer nach dem gemeinen Wert erheben. — Im April 1908 sagte der Geheimrat Dr. Freund auf einer Bundesversammlung der Bodentaxerformer auseinander, daß Reich, Staat und Gemeinde sich eine Steuer nicht teilen können, ohne daß die Selbständigkeit der Gemeinden, dieser Grundpfeiler des Reiches, gefährdet wird; die Wertzuwachssteuer gehört den Gemeinden. Denselben Standpunkt nimmt die Denkschrift des Reichschatzamtens vom vorigen Jahre ein. Der jetzige Schatzsekretär sagt freilich: Die Denkschrift ist jetzt schon überlebt. Tatsächlich hat sich nichts geändert, als daß Sie im vorigen Jahre noch hofften, auf andere Weise Geld zu bekommen, während Sie jetzt schon wieder im Geldmangel und Dalles sind. Dazu kommt, daß Sie im Vorjahre geglaubt haben, die Steuer werde im ganzen nur 22 Millionen Mark bringen; nachdem aber die Städte vielfach die Steuer mit Erfolg eingeführt haben, sehen Sie, daß hier etwas zu holen ist, und nun wollen Sie den Gemeinden, denen beständig neue Aufgaben aufgebürdet werden — ich erinnere nur an die Arbeitslosenversicherung — die Mittel, die sie so notwendig brauchen, wieder nehmen. Herr Krenth deutete an, daß der Ertrag der Steuern zur Ermäßigung der Stempelgebühren dienen soll, und meinte, mit unserem Vorschlag, indirekte Steuern zu ermäßigen, machen wir uns nur lächerlich. Und ist es viel zu ernst damit, dem Volke einen Teil der indirekten Steuern abzunehmen, als daß wir uns damit einen faulen Witz machen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Gerade Herr Krenth sollte einen solchen Vorschlag nicht erheben; ist er es doch gewesen, der so oft den ganzen Reichstag ernstlich lächerlich gemacht hat. (Unruhe rechts.) Wir werden also abwarten, ob in der Kommission Änderungen durchgesetzt werden, ehe wir endgültig zu der Vorlage Stellung nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das schließt die Debatte. Das Gesetz geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Reichssteuergesetz und Fernsprechtarifenordnung.)

Kleines Feuilleton.

Idee und Verwirklichung. Die eigentümliche Kraft und die weite Kunst des Menschen liegt nicht im Geden an Ideen, sondern in ihrer Verwirklichung. Das Phantasieren der Vernunft ist ein müßiges Spiel, eine Art genialer Faulheit. Erst im Verwirklichen berührt sich Denken und Wollen. Das gilt von allen Gebieten des Menschlichen. In der Politik ist die kleinste Reform, die man durchführt, für die Entwicklung der Gesellschaft bedeutungsvoller, als die größte Revolution, von der man nur redet. Und umgekehrt ereignet sich eine wirkliche Revolution die stillen Reformdiskussionen eines Jahrausends. In der Kunst zeigt sich das Genie bei der Verarbeitung der Idee, nicht im gestaltlosen Ideenzeugen; das führt nur in den Zigarettenqualm des Café Crochewohn oder in den Eprituden des Café Faullier. In der Pädagogik ist nicht der Meister, der alle Erziehungssysteme im Kopfe hat und noch ein paar zu den vorhandenen dazu erfindet, sondern wer die Lehre an den Seelen der Schüler zu bewahren versteht. Für die Technik hat Professor R. Minsel kürzlich in einem (von den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlichten) Vortrag über „Wirtschaftliche Entwicklung im Lichte der Technik“ gesagt:

„Es ist eine weitverbreitete Anschauung, daß das Wirkungsprinzip der Maschinen das Bedeutsamste daran sei. Das trifft nur selten zu. Meist ist das Prinzip einfach, für jeden Laien klar zutage liegend und läßt sich mit wenigen Worten erläutern. Deshalb werden auch gerade von Laien so viele Vorschläge und Erfindungen gemacht. Erst wenn es sich um die konstruktive Durchbildung und die Ausführung handelt, treten dann die Materialfragen, die Genauigkeit in der Verwirklichung der theoretischen Forderungen, die Beherrschung der Temperaturen und der Kräfte mit allen ihren Schwierigkeiten hervor. Deshalb ist es so schwer, Erfindungen scheinbar einfacher Art zu verwirklichen und deshalb dauert es meist solange, bis sie sich zur praktischen Verwertung durchdringen.“

Das mag auch eine Warnung sein für die zahlreichen Menschen fern, die ihre Kraft und Zeit in Erfindungsphantasien vergeuden, von denen sie sich Ruhm und Geld versprechen, während sie in Wirklichkeit niemals aus der Idee in die körperliche Tat reifen. Auch lehrt das Beispiel, daß alle Fortschritte der Menschheit nur in dem stetigen Gang der kulturellen Gesamtarbeit der Zeiten und Völker wurzeln.

Kometensorgen. „Dieses Volk lebt in beständiger Sorge und erkrant sich in keinem Augenblick der Ruhe seines Gemüts. Seine Beunruhigung stammt aber aus Ursachen, die die übrigen Sterblichen wenig berühren. Seine Besorgnisse rühren nämlich daher, daß sie gewisse gefährliche Veränderungen in der Welt der Himmelskörper befürchten: zum Beispiel daß die Erde bei ihrer regelmäßigen Annäherung an die Sonne im Laufe der Zeit absofibriert oder aufgeschluckt werden könnte, daß die Oberfläche der Sonne nach und nach von ihren eigenen Ausstrahlungen über-

krustet, der Welt kein Licht mehr geben werde, daß die Erde nur ganz knapp dem Schicksal entging, vom Schweiß des letzten Menschen getreift zu werden, der sie unfehlbar in Asche verwandelt haben würde, und daß der nächste, der nach ihrer Verödung in 31 Jahren erscheinen soll, uns höchstwahrscheinlich vernichten wird. Denn wenn er sich in seinem Perihel der Sonne in einem bestimmten Winkel nähern sollte (was zu befürchten sie nach ihren Berechnungen allen Grund haben), wird er einen Stiegrag annehmen, der zehntausendmal höher sein wird als Rotglühbirne, und wenn er dann bei seiner Entfernung von der Sonne eine Million und vierzehn Meilen langen brennenden Schweif mit sich schleppt, durch den die Erde in einer Distanz von hunderttausend Meilen vom Ruffeus passieren muß, wird er sie bei ihrem Durchgang in Feuer setzen und zu Asche verwandeln.

Die Raputier sind durch diese ihre Schredvorstellungen in so beständige Angst versetzt, daß sie kaum noch ruhig in ihren Betten schlafen können. Ihr erste Frage des Morgens ist nach der Gesundheit der Sonne und ob es noch eine Hoffnung gebe, den Zusammenstoß mit dem nahenden Kometen zu vermeiden. — So zu lesen in des alten Swift „Gulliver“. Dieses höchst theoretisch durchgebildete Volk der Raputier, von dem die Schrift erzählt, ist übrigens durchaus nicht ausgestorben.

Das Ende des Harzer Silberbergbaues. Die ehemalige ergiebige Einnahmequelle sächsischer Fürsten und reicher Handelsherren, der Harzer Silberbergbau, ist am 1. April für immer geschlossen worden. Das tiefste und berühmteste Werk war der Samsonschacht bei St. Andreasberg, der auf ein vielhundert-jähriges Bestehen zurückblicken konnte; er war zugleich das tiefste Silberwerk in Europa. Der Beginn des Harzer Silberbaues fällt um das Jahr 1520, als durch einen Zufall die Silberminen entdeckt worden waren. Als man zu schürfen anfang, gewahrte man, daß die Minen außerordentlich reich an Silber seien, und bald waren über 100 Gruben angelegt, die reiche Ausbeute lieferten. Doch die Erträge sanken im Laufe des nächsten Jahrhunderts, und es wurde damals schon der Betrieb in der Mehrzahl der Schächte eingestellt, immerhin bezifferte sich die Ausbeute in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts noch auf 20 000 Taler jährlich. In den letzten Jahren wurde die Aufrechterhaltung des Betriebes nur noch durch staatliche Zuschüsse ermöglicht, und dieses geschah nur, um die ansehnlichen Vergelte nicht zu schädigen. Jetzt hat die Regierung einen Teil der letzteren pensioniert und die übrigen nach anderen Silbergruben verpflanzt. So hat hiermit eine alte Kulturstätte ihr Ende gefunden.

Die Bedeutung des Stegs für die Geige. Die Entstehung der Musikinstrumente reicht mit ihren Wurzeln in eine frühe Zeit hinein. Dazu kommt, daß ihre Entwicklung im wesentlichen durch glückliche Erfindungen und durch Versuche, nicht aber durch theoretisch wissenschaftliche Arbeit erfolgt ist. So ist es zu erklären, daß manche Musikinstrumente noch heute gewisse Rätsel stellen, die für die Forschung zum Teil recht schwer zu lösen sind. Namentlich die Streichinstrumente, die ihren Hauptwert in

der Geige haben, gehören zu den geheimnisvollen Bestandteilen im Arsenal der Musik. Für sie haben sich im Laufe der Jahrhunderte bestimmte Formen ergeben, von denen niemand abzuweichen magt, ohne daß man im einzelnen immer sagen könnte, weshalb sie so sein müssen und nicht anders. Helmholtz, dem die Tonkunst so manche wissenschaftliche Unterlage verdankt, hat sich auch mit der Geige ganz besonders eingehend beschäftigt, ohne daß seine Arbeiten über ihre Eigenart zu einem vollkommen befriedigendem Abschluß gelangt sind. Es handelt sich dabei namentlich um eine Erklärung der Bedeutung, die der Steg, durch den die Saiten von dem Körper der Geige getrennt sind, für den Klang besitzt. Zwei holländische Gelehrte Giltay und de Haas haben jetzt der Akademie der Wissenschaften eine neue Untersuchung eingereicht, die sich auf die Bewegungen des Stegs der Violine bezieht. Diese Bewegungen vollziehen sich danach in zwei Richtungen, nämlich in der eigenen Ebene des Stegs senkrecht zu den Saiten und ferner rechtwinklig dazu, das heißt in derselben Richtung wie die Saiten. Der Klang der Geige wird auf drei Ursachen zurückgeführt: einmal auf eine Erztitterung, die der Luft durch die Saite erteilt wird; zweitens auf eine Erztitterung, die von den parallelen Schwingungen des Stegs auf die Decke der Geige übertragen wird, und drittens auf eine Erztitterung, die durch die Querschwingungen im Steg auf den Körper des Instruments übergeht. Gerade die erste dieser Bewegungen, der man vielleicht eine erhebliche Rolle zuschreiben möchte, ist sehr gering, und sowohl die Tonstärke wie die Klangfarbe ist ganz wesentlich durch die Schwingungen des Stegs bedingt.

Humor und Satire.

Die neue Geschäftsordnung.

Der gute Ton in allen Lebenslagen wird jetzt in Permanenz erklärt; ein Sozi darf nicht Hipp mehr sagen, weil das den Anstand sehr zerstört.

Schmeißt ein Minister uns mit Pferde-Dimen, so ist das hohe Haus ergründ; und zieh die Sozia aus nur frau die Stinken, sogleich der Schulze-Pellum pegt.

Nur noch in Grad und Lad und weitem Handschuß darf man ein Klammern streun sozial; der Präses schwingt den königstreuen Rantschu, und rechterseits joßt man feudal.

Die Menschenrechte stehn auf dem Papiere, mit dem das Haus sich sonstwo putzt; die Lebendämmer mit der sauren Niere sind noch mit Volkstum unbeschmutzt.

Daher die neue Gangart der Geschäfte: Ein Schloß vorn Mund dem roten Flepp! Ihn wählten nicht Wessy und Ordnungskräfte, ihn fürte bloß der simple Plebs 13

Schuhmachergehilfe nach Kopenhagen. Tüchtiger Arbeiter für Handverarbeiten wird per sofort gesucht. Lyndwall, Schuhwarenfabrik, Et. Rongensgade 60, Kopenhagen K.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nahe Mariannen-Straße 2.

H. Weltmann Nachf.
Stefan Esders
Königl. Wilhelmstr. 51/52
Eck: Schulauerstr. 13
Größtes Bekleidungs Spezialhaus

Anzüge haltbarste Qualität
beste Verarbeitung
von M. 13.50 an.
kein Spezial-Anzug aus pa. Geraer Kammgarn
„Beste Strapazierware“ **25.- 32.- 38.- Mk.**

Teurer Kaffee!
Kennen Sie den schönen Kaffee, wie er in Wien und den böhmischen Ländern so gern getrunken wird?
Nur durch eine kleine Beimischung von dem
Wiener-Kaffe-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek
erhalten Sie den und sparen bedeutend an Kaffee.
Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzes sind Feigen, welche ihm einen kräftigen und doch milden Geschmack geben.
Päckchen à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.
Gratisproben überall erhältlich.

Jeder Herr, welcher schön!
und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vollen beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kapitänen nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, fabelhaft billig. Außerdem Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 W. | Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 W.
Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 W. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 W.
Hoch-Anzüge . . . 12 16 18 20 W. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.
J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Schansee Str. 89. 27700
III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 16. April
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Von Juan König. Schauspielhaus. Handel. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Die Braut von Messina. Kammerstücke. Gaiwin. (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Hochzeit der Sobeide. Wie er ihren Mann belang.
Komische Oper. Befehl und Melancholie.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Das Konzert. Kleines. Lützowzug. Berliner. Laifun.
Neues. Die goldene Ritterzeit. Deutsches. Die geschiedene Frau. Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Thodora u. Cie. Residenz. Das Nachlicht. Thalia. Die Dorfkomödie. Geddel. Das Reithäuschen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Goldene Herzen.
Schiller Charlottenburg. Katakomben.
Nachm. 8 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Mi-Gebrüder.
Gastspiel. Mit Dudelsack. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volksooper. Undine. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Der Pfarrer von Kirchfeld. Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Hallo!!! - Die große Revue.
Folies Caprice. Herr Wasserkröpf. Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Cafino. Berlin bei Nacht. Gebr. Herrnsfeld. Keine-Delne. Lohrer. Die Original-Adriana-partie.
König. Die Blinde von Paris. Boigt. Die Wallkönigin. Apollo. In den Vulkanhöhlen von San Francisco. Spezialitäten. Wägnere. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Kaiser. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Bughenbogen. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Urania. Laubentstraße 48/49. Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Der Halleysche Komet.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert. Sonntag, 8 Uhr: Das Konzert. Montag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: Laifun.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 16. April, abends 8 Uhr: Anf.-Gastsp. d. Neuen Schauspielhauses
Alt-Heidelberg
mit Karl Heinz . . . Harry Walden. Morgen und folgende Tage: **Alt-Heidelberg.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Ein Walgertraum.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachlicht.
(Le Gigolo.)
Schwan in 3 Akten v. M. Hamatoff.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Volksooper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Undine.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Flapperstorch der Königin.
Satirische Komödie in 3 Akten von Karl Bötker.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das Gott zusammenfügt. Abends 8 Uhr: Das Geleß des Herzogs.
Montag: Das Geleß des Herzogs.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittag 3 Uhr
Schüler-Vorstellung:
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Bei aufgehobenem Abonnement:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Preziosa.
Abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Gastspiel-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Miss Dudelsack.
Morgen zum letzten Male: **Miss Dudelsack.**
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Läncke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. Sonntag 8 Uhr: Drei Paar Schuhe.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Vollstüdt in 4 Akten v. C. Karlowitz.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Montag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn
Großes historisches Sittenschauspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
Ende 8 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
J. I. Nale: **Die Katakomben.**
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Davis.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinelbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Montag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Castan's Panopticum
Friedrichstr. 163, Paschoppel.
Ali Ben Mohamed
orientalischer Gaukler.
Francois Hugos, Illusionist.
Indische Witwen-Verbrennung.
Urania.
Wissenschaftliches Theater
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Direktor Dr. P. Schwahn:
Der Halleysche Komet
Apollo Theater
Ab. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm.
60 erstklassige Kritiken!
9 Uhr: **Moran und Wiser,** Sensation. Jongleur mit Fäden.
10 Uhr: **Dalcyd Juveniles,**
20 englische Bakfische 20
Jung-England in Berlin.
Einzig existier. Ensemble dieser Art.
WINTERGARTEN
Cleo de Merode.
Siegwart Gentes
in seinem Sketch:
„Eine Operaprobe“.
Rosina Casselli
mit ihrem Miniatur-Wunderhündchen.
Paul Conchas
der Armee-Herkules in seiner Szene: „Im Feldlager“ und das buntwechsellnde
April-Programm!
Folies Caprice
Heute und folgende Tage:
Der Luftturner.
Vener duster Teil.
Herr Wasserkropf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Zirkus Colombo
Magazinstr. 6/7, am Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
14 Attraktions-Nummern.
Fontane u. Gerard,
renommierte Reitskünstler.
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, 17. April 1910:
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
W. Noacks Theater
Stammstr. 16, am Rosenhäger Tor.
Große Extra-Vorstellung.
Die Blinde von Paris.
Schauspiel in 5 Akten v. Hermann Koch. 3. Vorst.: Familien-Tanzkränzen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Kean.**
Abends 7 1/2 Uhr: **Robert und Bertram.**
Königstadt-Kasino.
Polzmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-vorst. Um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Ländl. Singpiel v. M. Hohenfels.
Reu! The 3 Albertos, phänomen. Kraftroboten x Meir. Ottokar, Trapez volants x Erich Castelli.
Franz Sobanski usw.
Walhalla
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.
Spezialitäten-Programm.
Tunzel: Die allergrößt. Kanone
Theaterbesucher freien Eintritt.
Casino-Theater
Reifinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Berlin
bei
Nacht.
Voffe in 3 Akten von G. Schöller.
Vocassini.
Sonnt. 4 U.: Ein deutsch. Frauenherz.
Trionon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Burgtheater-Kinematograph
vom. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 P. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 P. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 P. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberjahl:
Künstler-Konzert.
Entree 15 P. Garderobe 10 P.
N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Zirkus Busch.
Heute, Sonnabend, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Dompteur Henricksens wilde Tiger
(völlig unerreichte konkurrenzlose Dressur).
Die ber. Max Grix-Grigory-Truppe. Geschw. Fills in ihren Produktionen d. hohen Schule. Hr. E. Schumann, Meisterdress Zwerge von Francoise, Kunst. 9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr:
Die russ. Sensations-Pantomime **Marja!**
Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzen.
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.
Morgen Sonntag:
Große Elite-Soiree
Neues hochakt. Programm.
3. Schluß: Tanzkränzen.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meynel, Critton, Schrader usw.)
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Artushof
Perleberger Straße 26.
Jeden Sonntag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anf. Konz. 8 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz.
Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderbare April-Programm.
Liliputaner-Truppe
prolongiert.
Moabiter Gesellschaftshaus
Wiesestr. 24.
Jeden Donnerstag:
Kabarett-Abend,
veranstaltet v. d. Eichterschen Sängergesellschaft. Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Herrnsfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. u. 4, 5083.
Anfang 8 Uhr.
5. und letzte Serie:
Einakter-Abend.
Ein Uebergangs-Ghe.
Endlich allein.
Die letzte Ehre.
Sonntag nachmittags: Vorstellung. (Halbe Preise.)
In Vorbereitung: Die Katakomben
Wenn zwei dasselbe tun.
Eine Konkurrenz-Romödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Ein starkes Stück.
Schwan von J. Dorf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charit str. 3. Hof III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 17. April,
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,

findet die
Wahl der drei Revisoren

unserer Ortsverwaltung als wie auch die
Wahlen von 6 Delegierten

zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress
in folgenden Lokalen statt:

- Wernickes Restaurant, Ackerstr. 123.
- Brunnen-Theater, Badstr. 53.
- H nischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglios Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Schulz' Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Restaurant Südost, Waldemarstr. 75.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
- Heitmanns Festsäle, Sch neinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Lifins Festsäle, Hemeler Str. 67.
- B kers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen.
- Rixdorf, Hoppes Fests le, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Eibestr. 8.
- do. R ckheims Restaurant, Lahnstr. 1.
- Tempelhof, M llers Restaurant, Berliner Str. 40/41
- Charlottenburg, Volkshaus, Rostnestr. 3.
- K penick, Restaurant J gerheim, Kaiser-Wilhelmstr. 29.
- Steglitz, Clements Restaurant, D ffelstr. 7.
- Ober-Sch newelde, Wernickes Restaurant, Wilhelmshof-Str. 18.
- Weifensee, Peukeris Restaurant, König-Chaussee 38.
- Pankow, Rozyekis Restaurant, Kreuzstr. 2/4.
- Spandau, Huths Restaurant, Lindenufer 17.
- Tegel, Halfers Restaurant, Brunowstr. 23.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Heute Sonnabend von 6 Uhr abends ab in den
Bezirks-Zahlstellen:

Urabstimmung

 ber die Erhöhung d. Verbandsbeitrages von 50 auf 60 Pf.
Die Stimmzettel sind in der „Holzarbeiter-Zeitung“ abzu-
trennen, anzufüllen und abzugeben.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

„Bellevue“ Woltersdorfer Schleuse

am Hakensee gelegen.
Großer Parkettfußboden-Saal. Vereins- und Gesellschafts-Lokal.



1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
lieferen elegante, fertige
Herren - Garderoben

Erst- und Ersatz für Mass
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung

Jullus Fabian, Schneider-
meister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.

Ordentliche General-Versammlung

der
Ortskrankenkasse der Messer-
schmiede, Schwertfeger und
Verfertiger chirurgischer In-
strumente zu Berlin
am Sonnabend, den 23. April 1910,
abends 8 1/2 Uhr, bei Hummel,
Coppstr. 5.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Abnahme der
Jahresrechnung 1909. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht Der Vorstand.
Die Herren Arbeitgeber sind
hierzu eingeladen. 273/13

Orts-Krankenkasse

der
Handschuhmacher
und verw. Gewerbe zu Berlin.
Sonnabend, den 23. April, abends
8 1/2 Uhr, bei Sella, Brunnenstr. 41:

Ordentl. Generalversammlung

der Delegierten.
Tagesordnung:
1. Bericht des Revidenten.
2. Bericht der Revisoren und Er-
teilung der Decharge.
3. Statutenänderung.
4. Verschiedenes.
P nktliches und vollzähliges Er-
scheinen ist notwendig. 273/11
Berlin, den 16. April 1910.
Der Vorstand.
J. A.: H. Hing, Vorsitzender,
Fingerringstr. 83.

Orts-Krankenkasse f. das Gewerbe

der Verfertigung von Musik-
Instrumenten.
Am Sonnabend, den 23. April,
abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant
des Herrn Polzin, Gormann-
str. 14, die

General-Versammlung

f mmtlicher
Arbeitnehmervertreter
Natt. 273/10
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1909.
2. Bericht der Revisoren und Antrag
auf Entlastung des Revidenten.
3. Stellenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der
Buchbinder
und verwandten Gewerbe.
Dienstag, den 20. April, abends
8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
auer 15, Saal I:

Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Abnahme
der Jahresrechnung für 1909.
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes
(Nebelnehmer).
3. Antrag des Vorstandes: Erhöhung
des Krankengeldes.
a) Bezahlung der Sonntage event.
prozentuale Erhöhung des
Krankengeldes.
b) Antrag der Arbeitgeber: Herab-
setzung der Beiträge.
4. Regelung des Dienstalters der
Stellenbeamten.
5. Verschiedenes.
Der Vorstand. 273/14
Bernh. Hoff, Vorsitzender.
Karl Gottesmann, Schriftführer

Orts-Krankenkasse

der
Lackierer.
Sonntag, den 24. April 1910, vor-
mittags 10 Uhr, im Restaurant
Schuhmacher, Falter Str. 126:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1909.
2. Bericht der Revisoren.
3. Verschiedene Stellenangelegenheiten.
Der Vorstand: 16745
Robert Binder, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der
Kupferschmiede.
Sonntag, den 24. April, vormittags
10 Uhr, Rosenthalerstr. 11-12:
General-Versammlung. Tages-
ordnung siehe überlieferte Einladung
des Vorstandes. 16800

Orts-Krankenkasse

für das Goldschmiedegewerbe
zu Berlin.
Am Sonnabend, den 23. April 1910,
abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerk-
schaftshaus, Engelauer 15, Saal 3,
die

Ordentl. General-Versammlung

f mmtlicher Delegierten Natt.
Tagesordnung:
1. Berlesung des Protokolls.
2. Jahresbericht für das Jahr 1909.
3. Bericht der Revisoren.
4. Wahl eines Arbeitnehmers in
den Vorstand.
5. Verschiedenes. 174/1
Der Vorstand.
J. A.: Otto Almondinger, Vorsitzender.
Einladungskarte legitimiert.

Orts-Krankenkasse

Boxhagen-Rummelsburg.
Freitag, den 29. April, abends
8 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstr. 2:

Ordentl. Generalversammlung

der Vertreter der
Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Bericht der
Revisoren. 3. Änderung der §§ 28
Blt. 2 und 29 des Statutenbuchs.
4. Vergleichsvertrag. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand. 273/8
Kowalle, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der Schmiede.
Sonnabend, den 23. April 1910,
abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

bei Tabbert, Marfu str. 14,
Eing.: Grüner Weg.
Tagesordnung:
1. Vorlage der Jahresrechnung 1909.
2. Bericht der Revisoren und Antrag
auf Erteilung der Decharge.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
J. A.: Ad. Vilgrim.

Kranken-Unters tzungs- u. Be-

gr bnisverein für Bau- u. gewerbl.
Hilfsarbeiter Berlins u. Umgegend.
Morgen, Sonntag, 17. April,
vormittags 10 Uhr,
im Lokal Lungestrasse 65:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1910.
2. Abrechnung vom Vergangenen.
3. Vereinsangelegenheiten und
Verschiedenes.
Arbeiter jeden Berufs, welche das
16. Lebensjahr erreicht und das 50.
nicht überschritten haben, werden in
der Versammlung vom Revidenten,
Herrn Schulz, aufgenommen.
NB. Die Mitglieder werden er-
sucht zahlreich zu erscheinen.
37/3 Der Vorstand.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Auch Einzelverkauf

enorm
billig!

- Kostüme
- Kostüm - R cke
- Paletots
- Kimonos
- Golf - Jacketts
- Mädchen-
Paletots.

Robert Baumgarten

Hausvogelplatz II, I. Etg.
schräg über Untergrund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5 % Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.



M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station
Kottbuser Tor.
SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.

Fertig am Lager:
Frühjahrs-Paletots
Neueste Dessins in haltbaren
Qualitäten, eleg. Paß-
formen. M. 40.50, 38.50, M. 21.50
32.-, 29.50, 25.50 bis

Frühjahrs-Ulster
mod. Glockenform z. Durchkn pf.,
prakt. graue Streifen-
muster. M. 45.-, 42.50, M. 25.50
39.50, 35.-, 30.50, 27.50

Sommer-Paletots
Ersatz für Maß!
in reinwollenen Qualitäten mit
feinsten Zutaten, in
Verarbeitung. M. 68.-, M. 32.50
62.-, 48.50, 42.50, 38.-

Jackett-Anzüge 24.50-60 M.
Rock-Anzüge 29.50-70 M.
Gehrock-Anzüge 36.50-75 M.

Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten unter
meiner persönlichen Leitung.
Prima Sitz u. Verarbeitung

Warnung!

Trots wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit
Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in
Umlauf.

Der Kapitän-Kautabak ist nur
echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. gesch. 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kau-
tabaks ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzu-
weisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzutheilen, da-
mit ich dagegen einschreiten kann.

Karl R cker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Ein Geheimnis

für viele ist es, daß so manche ihrer Mitmenschen elegant,
modern und schick gekleidet gehen, obwohl ihr Einkommen
kein so hohes ist. Es ist begrifflichweise von großem
Interesse allerdings

Nur für Herren

folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionen,
Doktoren, Reissenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig
getragen, in den ersten Werkt tten Deutschlands und des
Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff
und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billig verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurter Straße 93.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Fiktalen am Plage.
Abteilung II Neue Garderoben.



ROSENTHAL

gibt auf allerbequemste Teilzahlung
Herren- u. Damen-Garderobe

Anzug 15 Mk., Anzahlung 3 Mk.	Damen-Paletot 12 Mk., Anzahlung 3 Mk.
Anzug 21 Mk., Anzahlung 4 Mk.	Damen-Paletot 24 Mk., Anzahlung 5 Mk.
Anzug 27 Mk., Anzahlung 5 Mk.	Damen-Kostüm 30 Mk., Anzahlung 6 Mk.
Anzug 34 Mk., Anzahlung 6 Mk.	Damen-R�cke 12 Mk., Anzahlung 3 Mk.
Anzug 42 Mk., Anzahlung 6 Mk.	Damen-Blusen in allen Preislagen.

Rosenthaler Strasse 54, I. Etage

Aus Industrie und Handel.

Scharfmacherei auf dem Handelstag.

Der deutsche Handelstag, der ein wenig bedeutendes Dasein führt, scheint nun mit dem Zentralverband der Industriellen auf dem Gebiete der Scharfmacherei in Konkurrenz treten zu wollen. An einer in diesen Tagen abgehaltene Vollversammlung nahm er auch Stellung zur Frage der Reform der Gewerbeordnung. Bemerkenswert für den hier herrschenden Geist war das zu diesem Punkte von dem Generalsekretär des Handelstages, Dr. Soetber, erstattete Referat und dessen Aufnahme bei den Hörern. Die Ausführungen bewegten sich in folgenden Gedanken-

gängen: Das Beitreten aller Parteien um die Gunst der Wähler erfolgt auf Kosten der Interessen von Handel und Gewerbe. Was einmal ausgesprochen werden muß, ist das, daß mit dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich Schwachen schon recht viel Anflug getrieben wird. Seitdem die Arbeiter in ungeheurem Umfange und mit Erfolg sich organisiert haben, treten sie dem Arbeitgeber nicht mehr als einzelne Arbeiter entgegen. Vielfach ist da der Arbeitgeber insofern der schwächere Teil, als er ganz andere Dinge zu verlieren hat wie der Arbeiter. Man sollte meinen, das müßten auch unsere Reichstagsabgeordneten wissen. Wenn trotzdem solche Anträge gestellt und solche Gesetzentwürfe beschlossen werden, dann geschieht es eben nicht mehr, um wirtschaftlich Schwache zu stützen, sondern um die Massen der Wähler für sich zu gewinnen. Früher schloß man hauptsächlich nur den gewerblichen Arbeiter in engem Sinne. Da ist viel geschehen, so daß heute nicht mehr viel zu tun übrig bleibt. Es geschieht auch deshalb nicht mehr so viel für die gewerblichen Arbeiter, weil (1) sie doch zum größten Teil der Sozialdemokratie verfallen sind und bei der Sozialdemokratie bleiben werden, trotz aller schönen Resolutionen. Wir sehen jetzt, daß nun auch noch ganz andere Kreise in diese Bestrebungen hineingezogen werden. Mit besonderer Vorliebe nimmt man sich der Bestrebungen der Handlungsgehilfen an, dann kommt das weite Gebiet der Privatangestellten, und daher kommt auch die Unterstützung, die man allen Wünschen der breiten Massen des Mittelstandes und des Handwerks angedeihen läßt. Man hält es heute z. B. für ganz selbstverständlich, daß bei Submissionen die Forderung erhoben wird, in erster Linie die Handwerker zu berücksichtigen. Die Industrie hat doch genau dasselbe Recht, bei Vergabe von Submissionen berücksichtigt zu werden wie das Handwerk. Wir sehen, daß die gesamten bürgerlichen Parteien und die gesamte bürgerliche Presse in allen Fällen eo ipso auf Seiten der geschworenen Feinde der Großindustrie und des Unternehmertums stehen. Das sage nicht ich, sondern das hat der Staatssekretär des Innern gesagt. Ich würde es nicht in diesem Umfange sagen, der Satz scheint mir auch ein wenig zu weit zu gehen. Aber daß ein Mann von dieser Stellung und mit der Kenntnis über all die in Betracht kommenden Verhältnisse einen solchen Satz aufstellen konnte, wirkt ein schlimmes Schlaglicht auf die Situation, in der wir uns befinden. Weil von allen

Seiten her dieser Saffurs für Bestrebungen kommt, die wir an sich nicht zurückweisen, deren Auswüchse wir aber bekämpfen, deshalb wehren wir uns gegen diese Menge von Bestimmungen, die ausschließlich zu Lasten des Unternehmertums gehen und die das Gewerbe in schlimmster Weise reglementieren. Die Gewerbeordnung enthält einen ganz hübschen Paragrafen, der lautet: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch Reichsgesetz gegründeten Beschränkungen Gegenstand freier Uebereinkunft.“ Was hat dieser Satz noch für eine Bedeutung? Diese reglementierenden Bestimmungen gehen darauf hinaus, ihn fast zur Farce zu machen. Gegenstand freier Uebereinkunft! In welchem Umfange sind jetzt schon die Bedingungen, unter denen Arbeiter beschäftigt werden, reglementiert! Ich denke nur an die Bestimmungen über die Betriebsbedingungen und über die Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist schon geregelt für jugendliche Arbeiter, für weibliche Arbeiter und zum Teil auch schon für männliche erwachsene Arbeiter. Die wichtigsten Grundlagen, unter denen gearbeitet wird, sind zum größten Teil schon der freien Uebereinkunft gänzlich entzogen. Nun bleibt noch der wichtige Punkt übrig: Was muß für die Arbeit bezahlt werden? Auch da wird schon gehöhrt. Man will Lohnämter schaffen und die Ausgestaltung der Tarifverträge wird das übrige bringen. Ich meine, daß in diesem Vorgehen der Reichstagsmehrheit eine große Gefahr liegt. Wenn es so weiter geht, muß es dazu kommen, daß die Arbeitgeber zurückgedrängt werden und ihre Tätigkeit für unsere Volkswirtschaft erschwert ist. Wenn es dahin kommen sollte, daß der Sohn eines Fabrikanten sich sagt: Was sollst du dich plagen, wie dein Vater sich geplagt hat, verlaufe die Fabrik und lebe von den Zinsen, so liegt darin eine eminente Gefahr! Unserer gesamten Volkswirtschaft wird ein erheblicher Schaden zugefügt. Woher kann nun Hilfe kommen? Es müssen Männer in unsere gesetzgebenden Körperschaften hineinkommen, die Verständnis für unsere Gesichtspunkte haben. Mit anderen Worten, es müssen mehr Männer aus Industrie und Handel in die Parlamente einziehen. Der Ausschuss hat darüber beraten, wie das wohl zu machen ist, und hat den Vorstand beauftragt, darüber nachzudenken. Man hat viel Hoffnung gesetzt auf die Gründung des Hansabundes. Nun hat der Zentralverband Deutscher Industrieller Geld gesammelt zu einem Wahlfonds. Dieses Geld soll bei den nächsten Reichstagswahlen zweckmäßig verwendet werden. Der Zentralverband drängt also den Hansabund von dieser Tätigkeit gewissermaßen ab. Es erscheint mir recht bedenklich, wenn der Hansabund in dieser Frage ausgeschaltet werden soll, wo es sich darum handelt, daß seine Forderungen nun auch durchgeführt werden; dann hat er eigentlich gar keinen Zweck mehr. Was Industrie und Handel wollen, wie sie die Gesetzesvorlagen beurteilen, welche Wünsche sie haben, darüber haben bisher der Deutsche Handelstag und andere Korporationen es niemals an der notwendigen Klarheit fehlen lassen. Trotzdem nun aber der Zentralverband Deutscher Industrieller seinerseits in Angriff genommen hat, einen solchen Wahlfonds zu sammeln, sehe ich nicht unter dem Eindruck, daß es bisher ein erheblicher Mangel an Geld war, der verhindert hat, daß Vertreter

unserer Bestrebungen im Parlament fehlten. Vielmehr können wir, nachdem schließlich das Vorgehen des Zentralverbandes einen solchen Erfolg gehabt hat, nur den Wunsch aussprechen, daß dieses Beitreiben auch einmal von Erfolg gekrönt sein möge! Der Deutsche Handelstag kann sich seiner Natur und seiner Zusammengehörigkeit nach auf diesen Weg nicht begeben. Wir können uns im wesentlichen nur darauf beschränken, die Wege weiter zu gehen, die wir bisher beschritten haben. Wir haben aber auch die Hoffnung, daß auch die Stelle, wo es auch notwendig ist, nämlich die Verbündeten Regierungen, nicht mehr bloß Rücksicht nimmt auf die Parteien, mit denen sie zusammenarbeiten müssen, sondern daß sie auch immer daran denken, welche Schäden durch etwaige Konzessionen an diese Parteien dem Handel und der Industrie erwachsen müssen. Das ist das, was nach unserer Ansicht einmal zum Ausdruck gebracht werden mußte, und wenn sie mit meinen Ausführungen einverstanden sind, so nehmen Sie den Antrag des Ausschusses einstimmig an.

Diesen, von Zustimmungskundgebungen oft unterbrochenen Ausführungen folgte am Schluß langanhaltender, stürmischer Weifal und der Präsident des Handelstages, der freimüthige Abgeordnete Koempf, glaubte die Kundgebung noch unterstreichen zu müssen mit der ebenfalls stark applaudierten Erklärung, der Referent habe allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Diese Herzergießung wird die Arbeiterschaft dabei bewahren, sich illusionären Hoffnungen auf Unterstützung aus diesen Kreisen bei ihrem sozialpolitischen Streben hinzugeben. Scharf scheiden sich kapitalistische und Arbeiterinteressen.

Son „preussischen Geiste“.

Ueber die „schwierige Lage“ des Spiritusgewerbes bringt die Fuzelpresse alle Tage neue Nachrichten. Jetzt kommen interessante Mitteilungen über Verhandlungen zwischen der Spirituszentrale und dem Verbands deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten an die Öffentlichkeit. Der Vorschlag der Schnapszentrale geht dahin, alle Abnehmer im deutschen Spiritusgewerbe zusammenzuschließen. Diese sollen dann den preussischen „Geist“ pro Hektoliter mit 4 M. Rabatt billiger erhalten, als die nicht in die Organisation eingegliederten Abnehmer. Damit diese 4 Mark Rabatt auf den Grundpreis für die Mitglieder der Abnehmerorganisation, die Spirituszentrale, nicht zu sehr drücken, hat man sich auf eine „Ergänzung“ des Vorschlages geeinigt. Die Nichtmitglieder sollen 5 bis 6 Mark über den Grundpreis bezahlen. Die Zentralisierung des Schnapsgroßhandels hat natürlich als Hintergrund eine Preiserhöhung für die Abnehmer, und letzten Endes natürlich in schärfster Form für die Konsumenten. Der Zweck der Uebung ist ja, eine der Besteuerung entsprechende Erhöhung der Fabrikpreise eintreten zu lassen. Uns soll's recht sein. Wird der Fuzel noch teurer gemacht, dann hat hoffentlich der Woylott eine viel bessere Wirkung, als man jetzt konstatieren kann.

Schuhwarenhaus

CARL STILLER

Gegr. 1867

Gegr. 1867

Jerusalemmer Str. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2

Zentrale und Versand: Jerusalemmer Strasse 38-39

Taentzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Damen - Stiefel

Rationelle Kinder - Stiefel

Herren - Stiefel

- Boxcall- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt ... **8.75 M.**
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in modernen Fassons, mit hohen oder niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt **10.50 M.**
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schnitt, auch m. Lackkapp., in ganz neuen Fass., m. hohen oder niedrig. Absätzen, Goodyear Welt **12.50 M.**
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schnitt, auch m. Lackkapp., in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität u. Ausführung, Goodyear Welt **15.50 M.**

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcall oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt

25-27	28-30	31-33	34-36
5.50 M.	6.50 M.	7.50 M.	9.00 M.
- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, la Boxcall od. Chevreau auch mit Lackkappen, Goodyear-Welt

25-27	28-30	31-33	34-36
7.50 M.	8.50 M.	9.50 M.	11.50 M.
- Knaben-Schnürstiefel, Boxcall oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt

31-33	34-36
8.00 M.	9.50 M.

- Boxcall - Schnürstiefel, moderne breite Fasson ... **8.75 M.**
- Boxcall-Schnürstiefel in moderner Fasson, sehr haltbar, Rand gestuppt ... **10.50 M.**
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... **12.50 M.**
- Braun und schwarz Chevreau- und Boxcall-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... **15.50 M.**

Preiswerte Hausschuhe

- Melton in vielen Farben

Damen ... 1.50 M.	Herren ... 1.75 M.
--------------------------	---------------------------
- Chagrineder schwarz, bordeau, braun

Damen ... 2.90 M.	Herren ... 3.80 M.
--------------------------	---------------------------
- Chagrineder mit Absatzflock

Damen ... 3.80 M.	Herren ... 4.80 M.
--------------------------	---------------------------

Sport-Schuhwaren

Tennisschuhe □ Turnschuhe □ Sandalen
in vielen Preislagen und Ausführungen



Chevreau-, schwarz oder braun Damen-Schnürschuhe
8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.



Boxcall- oder Chevreau-Herren-Schnürstiefel
12.50 M. 15.50 M.

Photographie

J. Fuchs

Rixdorf

Berg-Straße 151—152
Passage-Neubau

Filialen:

Berlin

Friedrich-Straße 108
Friedrich-Straße 138
König-Straße 52
Rosenthaler Straße 72a

Schöneberg

Haupt-Straße 19

Eröffnung Sonntag den 17. April

Umsonst

gebe ich jedem von

Sonntag, den 17. April bis Sonntag, den 1. Mai inkl.

eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung, der sich in meiner „Rixdorfer Filiale“ eine Aufnahme bestellt

12 Visit glänzend	1.80	12 Visit matt	4.00
12 Kabinett „	4.80	12 Kabinett matt	8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig.

Fahrstuhl zum Atelier.

Geöffnet von 9—7 Uhr.

„Frühjahr 1910“

HERREN-KLEIDUNG.



Fertig am Lager:

Paletots und Ulster

aus neuesten Stoffen in modernen Paßformen und vorzüglicher Verarbeitung in eigenen Werkstätten hergestellt.

Peek & Cloppenburg

25, 26, 27

Gertraudenstraße

25, 26, 27.



Reederei Nobiling

Brandenburger Str. — IV, 1737.



Dieser sowie jeden Sonntag mit Musik
9 Uhr früh) nach der Berliner Schweiz (Hin u. zurück
2 1/2 „ mitt.) (Kinder 40 Pf.
Abfahrt: Jannowitzbrücke vor Rest. Schultheiß u. Spreepalast.
Dampfer und Motorboote billigst zu vermieten.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Belastung Jentzen.

Besitzer: W. Heinrich.

Für besorgenden Sommerurlaub halte ich mich werten Vereinen, Familien, Schulen usw. bei Ausdauer aufmerksamer Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boot- und Belustigungen aller Art.
W. Heinrich.

Möbel

Liefert auf **Teilzahlung** bequemste Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Daehne, F., Hl., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Falkmann Eisenbahnstr. 52, Gelegenheits-Käufe gebrauchter und neuer Möbel.
Goppert, Paul, a. Marheineckeplatz.
Gercke, Fritz, Müllerstr. 145.
Glazek, P., holländische Läden, No. 5, R. Alexanderstraße 42.
Gleiser, A., Landsbergerstraße 82, kein Laden, ev. Teils. Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Gebr. R. & C. Homann NW, Perlebergerstr. 22/24.
Hönnicke, Otto, Elsassersstraße 20.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
Harmack Stallschreiberstr. 57, Bar und Teilszahlung, Verkauf-Fabrikgebäude.
Horn, Heinrich, N., Badstr. 58a.
Jamitzkow, F., Turmstr. 45, Möbelfabrik.
König, A., Hl., Berlinerstr. 102.
Krause & Co., Frankf.-Allee 176.
Ernst Krämer Moabit, Waldstr. 7.
Küchenmöbel, Hl., Berlinerstr. 90.
Lachotzki, L., Hl., Hermannstr. 15.
Lazarus, L., Petersburgerstr. 62.
Lothringersstraße 35, Möbelgelegenheit.
Lüdecke, R., Hl., Bergstr. 4.
Misch Siegmund, Dresdenstr. 15, auch Teilszahlung.
Misch, Wilh., Gr. Frkf. Str. 43/46, auch Teilszahlung.
Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 106 a.
Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschaften aller Preislagen **Willy Hasemanns Möbel-Haus** Grunewaldstr. 27.
Möbel Kaufhaus Norden," Müllerstr. 121.
Möbel-Kaufh. „Süden," Kottb. Damm 22.
Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 40.
Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57.
Möbius, Rudolph, Ackorstr. 130.
Nagott, Hl., Richardplatz 8, Alt, Neu.
Neumann, M., Oranienstr. 202, Vorw.-Lesern.
J. Ostrowski jr., Gr. Frkf. Str. 1, am Frkf. Tor.
Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilzahlung.
Neukirch, Gebr., Langostr. 9, Stralauerstr. 32, Am Molkenmarkt.

Herm. Podehl N., Lycheener Str. 1 E. Dunsiger Str.
Prüssing, Ludw., Gartenstr. 32.
Rehfeld, A., Buttmanstr. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
C. Reiter Nachf., Veteranenstr. 21.
Rettig, Fr. M., Fennstr. 44.
Gustav Richter, Möbel-Fabrik Kastanien-Allee 26.
Köpenick, Grünauer Str. 9, O.-Schöneweide, Wühlminnenhofstr. 30.
Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 57.
Herm. Schulz Waldenser Str. 12.
Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21.
Siebeky W., Gneisenaustraße 19, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.
Stargard, O., Neue Königstr. 29, Geleg.-Käufe g. Bar- u. Teilzahl.
- C. F. A. Steffler & Co. - Potsdamer Str. 77, Goltzstr. 62.
Stoye, Bernh., N. 20, Fränzen-Allee 89.
Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 68.
Wendland, Ernst, Swinemünder Straße 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung.
Herm. Wendland Reinickendorfer Straße 114.
Werthers Möbelfabrik Gotzkowskystr. 27.
Wilh. Witt, N., Wilhelmshavenstr. 54.
Ziers, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47.
Molkereien
„Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch s. jed. Tagesszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Zirk 100 Verkaufswagen.
Musikinstrumente
Braun, Emil „Musikalien-Boxhag, Str. 5.
Grunow, A., Frankfurter Allee 150.
Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 99.
Schönike, Otto, Hl., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.
Schulz, Pieschmann & Co., Ernststr. 25.
Schweizer Musikhaus N. 58 Stargarder Str. 67.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26.
Göhr, R., Hl., Berlinerstr. 99 I.
Ed. Krude, Rosenthalerstr. 19.
Littauer, Vert. Wilke, Ri., Berlinerstr. 64.
Hermannstr. 99/100.
Pfaff-Nähmaschinen G. Wendt, Wiltsack Str. 35.
Phönix-Nähmaschinen die besten der Gegenwart kauft man - auch auf Abzahlung
W., Kronenstr. 57.
N., Danzigerstr. 79.
N., Swinemünderstr. 87.
N., Beliermannstr. 84.
O., Frankfurter Allee 144.
O., Tilsiterstr. 77.
O., Boxhagenerstr. 18/19.
SO., Reichenbergerstr. 134.
In Rixdorf: Berlinerstr. 22, Bergstr. 122.

Optiker
Dase, Paul, N., Müllerstr. 174.
Hochstim, O., Hl., Berlinerstr. 32.
Schubert, Carl, Hl., Bergstr. 149.
Werner, Herm., Fappel-Allee 2-4.
Papier- u. Schreibwaren
Seidler, Louis, Hl., Bergstr. 42.
Vogt, Wilh., Skalitzerstr. 75.
Putz- u. Modewaren
Bless, Paul Ri., Hermannstr. 161 am Bahnhof.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1.
Hannach, Geschw., Rixdorf, Bergstr. 22.
Hirsch, S., Brückenstr. 6b. Ver-kauf-Fabrikpreisen.
Klar, H., Reichenb. Str. 139. Spez. Pais.
Kaufhaus f. Damenputz
Adolf Cohn jr., Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.
Modehaus
Wilhelm Metzner Große Frankfurterstraße 92
Spezialhaus für Damenhüte.
Soback, F., Spandau, Potsdamerstr. 20.
Weiß, Emma, Rixdorf, Bergstr. 132.
Reuterhandlungen
Doltschal, H., Kolonnenstr. 150 a.
Neumann, G., Grenadierstr. 42.
Schreiber, Berth., Neue Königstr. 25.
Schirme u. Stöcke
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Niedner, Osk., Brunnenstr. 119.
Schlesinger, Reinickend. Str. 48. List- & Kassensysteme.
Scholz, Osw., Hl., Bergstr. 141.
Schuhwaren
Bartel, E., Adalbertstr. 19.
Beruch, S., Goltzstr. 41.
Behnke, Marienburgerstr. 11. Lf. Kons.
H. Bekkers, Mirbachstr. 64., Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
Bornschein, H., Rixdorf, Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.
Ed. Drechsler, Havelbergerstr. 51.
Fäse, B., Müllerstr. 153 a. Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
Fiebig, C., Goltzstr. 28, am Winterfeldplatz
Fier, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bhl.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Otto Gulard, Swinemünderstr. 26.
Hannes, Gast., Weddingpl. 1.
H. Hardtke, Tempelhof, Berlinerstr. 110.
Heinrich, Johann, Petersburgerstr. 35.
Hering, C., Petersburgerstr. 39.
O. Hofmann, Charl., Danckelmann-Str. 35.
Horleza, Grassestr. 3, Franckelstr. 14.

Heise, Heinr., Badstr. 17. Lieferant der Konsum-Genossenschaft.
Hübner, C., Rosenthalerstr. 13.
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herm. Jentsch, Charl., Rosinenstr. 2.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.
Kaufhaus f. Schuhwaren Fenn-Str. 60.
St. Klama, Charl., Danckelmannstr. 32.
Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.
G. Kramer, Wilh., Berlinerstr. 131.
J. Lewy, Schöneb., Hauptstr. 143.
Lucke, Herm., Waldemarstr. 63.
Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 120.
Masuch, Otto, Faltsstr. 14. 1/2, Babst
Nichling, A., Weidenweg 39.
Paul Mülls, Stromstr. 35.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Poddamstr. 46.
Maassenstr. 14.
Oderwax, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Grüner Weg 107.
Pfandliebe, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsemer, Gelegensheitskäufe Brunnenstr. 29.
Saalhelm, F., Hl., Hermannstr. 65.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 35.
Hermannstr. 52.
Schreter, J., Kottbuserdamm 40.
Rosenth.-Str. 55.
Schick Allee 126 a.
Rixdorf, Bergstr. 48.
Schuhh. Max Koh, Bellealliancestr. 98.
Schuhwarenhaus des Westens, York-Str. 8.
Schüler, Wilh., Schöneb. Allee 5.
Sommer, Wilh., N. Schöneb. Allee 82.
Tauscher, E., Weidens. Königstr. 61b.
Thewald, W., Mühlentw. 28. Lf. Kass.
Tomow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Hl., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marko Lesander, Brunnenstr. 137.
Schuhwarenhaus „Hanne“ Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Andreasstr.
Seifen
John, A., Memelerstr. 48 a, Ansenstr. 12.
Alle Haushaltungsartikel.
Hugo Joske Seifen eig. Erzeug. Salon-Petrol, Brennspirit, Putzw., Lsgf. Nass NW, Kalk-Asg-Allee 5, T. H. 946.
R. Somrau, Wrangelstr. 118, Fücklerstr. 26, Eisenbahnstr. 26.
Teppiche u. Gardinen
Frankenstädt & Co., Hl., Bergstr. 140.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goltzstr. 29, am Winterfeldplatz.
Art, Herm., Manteloffstr. 114.

J. Behrendt, Wrangelstr. 62.
Otto Brauer, Müllerstr. 154.
Briese, Ernst, Hl., Berlinerstr. 61.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 43.
Ebert, Otto, Huttenstraße Nr. 67.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46.
Fabian, Max, SO 36, Wienerstr. 25.
Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9.
Frise, Konrad, Müllerstr. 4.
J. Gebhardt Charlottenburg, Berlinstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Chr. Gagner, Kottb. Beckplatz.
Georcke, C., Pöcklerstr. 36.
Gromadski, P., Andreasstr. 29.
Ernst Henke, Brunnenstr. 88.
J. Herzig, Charl., Pestalozzi-Str. 31.
B. Hirschfeld, Rosenth.-Str. 25, Rep.
Beusselstr. 76.
Höppauf & Raempler, Kottb. Damm 38.
Martin Klein, Neue Hohestr. 25.
Kniebusch, W., Frankf. Chaussee 61.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Lewin, Adolf, Königsstr. 43/44.
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 88.
Lux, Carl, N., Chaussee 41.
Mildt, A., Charl., Krummenstr. 14.
Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91.
Osterloh, M., Gr. Frankfurter Str. 130.
Pfandliebe, Petersburgerstr. 37.
Quitlow, Joh., Müllerstr. 1a.
Rampmaier, F., Skalitzerstr. 22.
Rapp, Chr., Weißensee, Justizhofstr. 137.
Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 152.
Joh. Schallau, Schöneb. Allee a. Tor.
Schönemann, G., Hl., Berlinerstr. 73.
Frankf. Chaussee Nr. 8.
Schrader, Otto, Rixdorf, Turmstr. 32.
Rich. Schramm, Turmstr. 32.
Schroth, Emil, Kottbuserdamm 101.
P. Schuch, Charl., Knobelsdorffstr. 40.
Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 54.
T. Stolz, Chaussee 82.
Carl Stüb, Dresdenstr. 124.
Sturm, Erich, Tegel, Hermannstr. 11.
Paul Trunk, Charl., Spandauerstr. 2.
Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Trux, W., Frankf. Allee 188.
Veckermann, O., Landsbergerstr. 28.
Ullrich, Friedr., Brunnenstr. 62.
Otto Wartig, Triftstr. 3.
F. Wenig, Müllerstr. 38.
Wrangel-Allee Nr. 5-4.
Werner, Herm., Pappel-Allee.
Willer, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.
Winkler, W., Reinickendorferstr. 22.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Wolter, M. Hl., a. Bahnh., Hermannstr.
Wüstenev, O., Brunnenstr. 168.
Troskow-Str. 7.
Wutke, Karl, Invalidenstr. 16.
Warenhäuser
Bieber, Nl., Yorkstr. 37, am Bhl.
Brünn, Nachf., Allee 154.
Warenhause Max Codik SO., Wrangelstr. 20, Ecke Pöcklerstr.
Loewenberg & Co., Rigaer-Str. 107 am Ballenplatz.
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 24. J

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Weiss, H. & Co. Ranzelberg, Fieserpl. 1. 2.
A. Weiss & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11.
Weine u. Fruchtzäfte
Hugo Beling Weine · Liköre. Flaschenverk. zu Engrospreisen. 50 Filialen in Berlin u. Vororten.
Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Wieklof.
Denhardt & Schultze, Brunnenstr. 35.
Elle, M. Weyle, Likörfab., Gerichstr. 19.
Größl, „Zer Sonne“, Paul Freudenberg.
Krüger, Brunnenstr. 188, Kast. Allee 84.
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Reins Gr.-Deut. Schanz-Ecke Wilmersdorferstr.
Rieß, Fritz, Hl., Hermannsplatz 5.
Schulz, Otto Alb., Frankf. Allee 154.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Sello, Hermann, Fil. 1. allen Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Ignatz Sello auch Liköre u. Stad. Brunnenstr. 15 u. Filial. Einzelverk. z. Engrospr.
Weibe, W., Hermannstr. 160.
Wend, Herm., Elsassstr. 11.
Wermuth, Oswald, Kopenhagenerstr. 4.
Weiß, Wollw., Trikotagen Chaussee 67.
Boeldicke, Max, Strpf. u. Trikotagen.
Bredow, Otto, Hl., Hermannstr. 54.
Engel, R., Wienerstr. 53, Ecke Forsterstr.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Jonas, Hermann Kottb. Damm 22.
Juncker, H., Rixdorf, Hermannstr. 172.
Kaufhaus London, Hl., Bergstr. 47.
Klahr, H., Reichenberger Str. 139.
Kaufhaus Levy, F., Hl., Hermannstr. 25.
Flaume, Gebr., Friedrichstr. 208.
Raehmer, C., Andreasstr. 69.
Schram, Lina, Mirbachstr. 31.
Tichauer, S., Hl., Hermannstr. 51.
Weber & Heynacker Gr. Frankf. Str. 35, Frankf. Allee 134.
Wollhaus Lucas Rixdorf, Bergstr. 63.
Zahntafel u. Zahnkünstl. Rixdorf, Bergstr. 132.
Hollbruch, Herm., Frankstr. 5, geg. 1877.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1888.
Lübecke, Franz, Greifswaldstr. 21.

Vornehme Maßarbeit

Vornehme tadellose

Maßarbeit

aus nur guten, ausgetrobnen Stoffen und Zutaten liefert nur die für gut und reell bekannte Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Anzüge nach Maß | Paletots nach Maß
 von M. 36.00 an. | von M. 33.00 an.

Hosen nach Maß von M. 8.50 an.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgetrobnen Stoffe in allen Abteilungen enorme Auswahl in acht auf tadellose Verarbeitung und gute Sitz in werden stets das Neueste zum Verkauf bringen in verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen in haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf! Nachdruck verboten!

Um eine tadellose gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir des enorm großen Andrages wegen, uns Pflingstbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneheiten des In- und Auslandes ist unerreicht dastehend. Sämtliche Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt!

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Vornehme Maßarbeit

Kredit!

C. Wuchsmann & Co. Reinickendorferstr. 15 Ecke Ravenstraße neben der Feuerwache

gibt jedermann Kredit

Möbel

ganze Einrichtungen sowie einzelne Ersatzstücke

Polsterwaren □ Teppiche □ Gardinen
 Portièren □ Tischdecken □ Betten etc.

Herren- und Damen-Konfektion

in größter Auswahl zur Saison-Neuheiten

Schuhwaren
 Kinderwagen

Alles auf KREDIT.

Wöchentliche Abzahlung von 1 Mark an Kredit!

Geringe Anzahlung Kredit!

Responsible Editor Richard Barth, Berlin. Für den Infertenteil verantwortlich: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Samstag, den 17. April, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Notwendige Aussprache.

Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Kreises. Sonntag, den 17. April, abends 8 Uhr, bei Bernhard Naabe, Kolberger Straße 23: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Vindler-Ludwigshafen a. Rh.: „In Reich und Glied“. 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Ober-Schöneeweide. Sonntag, morgens 8 Uhr: Flugblattverbreitung aus Anlaß der Gemeindevahlen.

Nieder-Schöneeweide. Am Sonntagvormittag 8 1/2 Uhr treffen sich die Genossen in den Bezirkslokale zur „Vorwärts“-agitation. Der Vorstand.

Stralau. Am Sonntag, den 17. April, früh 8 Uhr, findet von allen Bezirken aus die Hausagitation für den „Vorwärts“ und Wahlverein statt. Am Mittwoch, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Steimler, Alt-Stralau Nr. 5: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Schmidt über: „Die Landarbeiter und der preussische Staat“. 2. Diskussion. 3. Bericht von Groß-Berlin und von der Kreis-Generalversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Senzig (Kr. T.). Am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Köhne statt. Sonntag früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung vom Lokal Kurz aus. Der Vorstand.

Lichtenrade. Heute Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Rudolf Deter, Bahnhofsstraße, die Wahlvereinsversammlung statt.

Reinickendorf. Die Mitgliederversammlung am Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, findet nicht im „Alten Dessauer“, sondern bei Karl Rurich, Petershagen, Dennicken-dorfer Straße, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stimmung. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Kreisfeier. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf-St. Morgen (Sonntag) früh findet von 8 Uhr ab von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt, der sich eine Hausagitation zur Gewinnung neuer Wahlvereinsmitglieder und „Vorwärts“-leser anschließt. Die Bezirksleitung.

Bezirk Waidmannslust. Heute, Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Hermsdorf (Fors-haus). Tagesordnung: 1. Kreisfeier. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr: Öffentliche Versammlung in Birkenwerder. Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen referiert über das Thema: „Der Kampf der Arbeiter um Freiheit und Recht“. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Vom Wogen der Kirche.

Wer noch immer glaubt, ohne die Kirche nicht existieren zu können, dem wird von Zeit zu Zeit zum Bewußtsein gebracht, daß die Kirche von ihren Mitgliedern auch materielle Opfer verlangt. Das geschieht alljährlich regelmäßig durch Erhebung der Kirchensteuern, unregelmäßig aber auch, wenn jemand die Kirche für besondere Zwecke glaubt in Anspruch nehmen zu müssen, wie bei Trauungen und bei Beerdigungen. Umsonst ist der Tod, sagen auch unsere geistlichen Würdenträger; von dem Gebet allein können auch sie nicht leben. Und so haben sie eine stattliche Liste aufgestellt, wenn es gilt, Gebühren zu erheben. Was die kirchliche Trauung anbetrifft, so geben sich noch viele der Tausende hin, und vor allem ist es der weibliche Teil, daß eine Ehe nur dann als korrekt geschlossen gilt, wenn sie kirchlich eingegnet ist. Das ist natürlich falsch. Vor dem Gesetz gilt nur die staatsamtliche Verbindung; die kirchliche ist nur Dekoration und hat keinerlei rechtliche Wirkung.

Daß aus den kirchlichen Trauungen erkleckliche Einnahmen für die Kirchenassen herausgeschlagen werden, ist bekannt. Und um die Einnahmen recht reichlich zu gestalten, hat die Kirche bestimmte Klassen eingerichtet, genau so, wie das bei Beerdigungen der Fall ist. Reich und arm wird auch in der Kirche streng geschieden. Je nach dem Geldbeutel richtet sich die Art der Trauung. Uns liegt eine Gebühren-aufstellung vor, die ein Pfarrer der katholischen Donatius-kirche in der Dorfstraße aufgestellt hat für eine Trauung 4. Klasse. Da werden erhoben für das Aufgebot 3,50 M., für Dispens 30 Pf., für Trauung 4. Klasse 3,25 M., für den Organisten 5,75 M., für Altarteppich mit Anlehnbank 3 M., für Leuchtläufer durch die Kirche 2 M., Leuchtläufer vor der Kirche 1,50 M., für 20 Stühle a 25 Pf. 5 M., insgesamt 24,30 M. In höheren Klassen kann man noch eine besondere Rede haben, auch die Mitwirkung des Kirchenchors, des Kirchenchors, Altardecken, Decken, Band- und Altar-bekleidung, Altardekoration usw., natürlich alles für entsprechende Opfer. Wichtig geschäftsmäßig wird hier verfahren. Uns ist bekannt, daß der Pfarrer der obengenannten Gemeinde, Herr Schlenke, bereits am Vormittage des Trau-tages — die Trauung fand nachmittags 5 Uhr statt — seine Rechnung in die Wohnung des Bräutigams schickte, und zwar wollte er seine Gebühren per Nachnahme einziehen lassen, obwohl noch gar nichts geleistet war, also pränumerando. Und weil niemand zu Hause war und die Rechnung infolge-dessen nicht abgenommen werden konnte, mußte sie wieder zurückgehen. Daraufhin mahnte denn der Herr Pfarrer in einem Schreiben, frug aber gleich „bescheiden“ an, ob er die Gebühren nicht bei dem Arbeitgeber des neugebackenen Ehe-mannes auf das Gehalt einnehmen könne. Daß der Mann sein Geld haben will, ist ihm natürlich nicht zu verdenken. Wer die Kirche in Anspruch nehmen will, kann auch bezahlen, obwohl fortgesetzt Steuern eingezogen werden. Wer das nicht will, mag auch formell mit der Kirche brechen.

Die Unterhaltungsbeilage unseres Blattes muß aus technischen Gründen heute ausfallen, wird dafür aber morgen beigegeben.

Zulassung ausländischer Arbeiter in der Konfektionsindustrie. In der geistlichen Sitzung der Berliner Handelskammer er-stattete Syndikus Dr. Ehlers das Referat über die Zulassung ausländischer Arbeiter in der Berliner Konfektion und Herren-schneiderei und legte gleichzeitig auch den Entwurf einer Eingabe an den Handelsminister vor, für den er die Annahme empfahl. Der Referent führte ausführlich aus, daß in der Berliner Herren-konfektion und Herrenschneiderei seit mehreren Jahren ein empfindlicher Arbeitermangel herrsche. Das Mißverhältnis zwischen

Angebot von Arbeitskräften und dem Bedarf für einm Teile mit dem Wachstum des in Rede stehenden Gewerbes zusammen. Die Berliner Konfektionsgeschäfte seien im Laufe der letzten 40 Jahre zu einer solchen Leistungsfähigkeit gediehen, daß sie an der gesamten deutschen Produktion in Herrenkleidern mit reichlich einem Viertel, in Knabenkleidern mit fast drei Vierteln beteiligt seien; zu diesen Konfektionsgeschäften treten die zahl-reichen Betriebe, die auf Bestellung nach Maß arbeiten. Es be-dürfe daher keiner weiteren Ausführung, daß mit dem zunehmenden Umfang der Erzeugung die Schwierigkeiten der Heranziehung ge-schulter Arbeitskräfte sich gehäuft haben. Diese Schwierigkeiten sind dadurch vermehrt worden, daß in dem Gewerbe seit längerer Zeit die Ausbildung von Lehrlingen nur in einer überaus be-grenzten Weise erfolgt. Da mit Sicherheit angenommen werden dürfe, daß der Arbeitsmarkt, soweit er auf einheimische Kräfte an-gewiesen sei, für absehbare Zeit keine Erleichterung aufweisen werde, so sei es erklärlich, daß in den betreffenden Kreisen immer bringendere Mahregeln gefordert werden, die geeignet seien, den Arbeitermangel zu mildern. Als die wichtigste unter solchen Mah-regeln stelle sich die erweiterte Zulassung ausländischer Arbeiter dar. Die heute geltenden Vorschriften über die Zulassung aus-ländischer Arbeiter seien in erster Linie von dem Interesse der Landwirtschaft diktiert. Der Referent trat für Zulassung pol-nischer Schneider ein. Es solle damit keine Lohnrückerlei beabsichtigt werden. Der Referent hielt es für geboten und be-rechtigt, den Minister zu bitten, der Zulassung polnischer Arbeiter keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

Schließlich wurde der Entwurf unter Vorbehalt kleiner re-daktioneller Veränderungen genehmigt und die Eingabe beschlossen. Die Begründung zu der Eingabe, ausländische Schneider nach Berlin zu holen, hat keine Berechtigung. Abgesehen von der Tat-sache, daß das Schneidergewerbe ein Saisongewerbe ist, ist das Verlangen, ausländische Schneider deshalb nach Berlin zu ziehen, weil Arbeitermangel vorhanden sei, durch nichts gestützt. In Wirk-lichkeit werden in der Berliner Konfektion geradezu hundsmisere-riable Löhne gezahlt; man braucht nur zu denken an die Berliner Heimarbeitersituation, die diese Behauptung weiten Kreisen klar be-wiesener hat. Wenn nun infolge der fortgesetzten Preisdrückerei der Konfektionsfirmen Konfektionsarbeiter sich mit der Zeit loh-nendere Arbeit suchen und deshalb Arbeiter aus dieser Branche hinausgetrieben werden, so liegt doch aber kein Anlaß vor, durch Heranziehung polnischer Schneider in der Konfektionsindustrie die Preisdrückerei noch weiter zu treiben und das Elend der Ber-liner Konfektionsarbeiter noch mehr zu vergrößern. Die Lebens-art, daß keine Preisdrückerei beabsichtigt sei, glaubt ernsthaft doch kein Mensch. Eine Industrie, die ihren Arbeitern einigermaßen auskömmliche Löhne zahlt, wird über Arbeitermangel nicht zu klagen haben.

Innere Umbau im königlichen Opernhaus. Ein Nachtragsetat ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen, der 854 500 M. fordert für den Umbau des Bühnenhauses des Opernhauses in Berlin. Es sollen geschaffen werden: ausreichende Ausgänge, Erhöhung des Bühnen-hauses zur Herstellung eines neuen Bühnenbodens, Erneuerung der elektrischen Anlage, neue Treppenhäuser im Bühnenraum, Herstellung einer Trennungswand zwischen Bühnenraum und Zuschauerraum. Die Kosten belaufen sich auf 907 000 M., wovon der Staat 854 500 M. übernimmt. Für die Bauausführung ist die Zeit vom 1. Mai bis 1. November 1910 in Aussicht genommen; die Arbeiten sollen tunlichst beschleunigt werden.

Im Schwitz-Krankenhaus erhängt hat sich gestern die 58 Jahre alte vor zwei Monaten wegen Nervenkrankheit eingelieferte Frau W. Koch. Die genannte Frau wurde im Badezimmer erhängt auf-gefunden. Es ist nicht recht verständlich, wie das hat geschehen können, wenn genügend Aufsicht vorhanden ist, und es wird Sache der Verwaltung des genannten Krankenhauses sein, der Öffentlich-keit gegenüber eine Klärung über die gelübte Aufsicht zu geben.

Kindesmord? Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde gestern von dem Bootsmann eines Rahnes aus dem Nord-bahnhof an der Selderbrücke gelandet. Sie war ganz nakt und hat schon längere Zeit im Wasser gelegen.

Morphiumsucht und Krankheit haben die 46 Jahre alte Krankenpflegerin Mathilde Manthei aus der Vorfigstr. 32 in den Tod getrieben. Sie war früher Privatpflegerin, lebte seit einem Jahr von ihren Ersparnissen und bewohnte seit 21 Jahren für sich allein eine Stube und Küche. Seit längerer Zeit nahm sie soviel Morphinum, daß sie öfter wirre Reden führte. Dazu kam noch ein körperliches Leiden. Eine Wasserfrau aus dem Hause, die sich öfter nach ihr umschau, fand die Kranke gestern tot auf dem Sofa liegend. Sie hatte sich durch einen Revolverkugeln in die rechte Seite getötet. Neben der Leiche lag die Waffe und auf dem Tisch ein Brief, aus dem hervorgeht, daß die Tote selbst Hand an sich gelegt hat.

Eine goldene Damenuhr fand gestern morgen eine Kriminal-patrouille auf der Köpenicker Brücke. Es ist eine ältere 14karätige Uhr mit schwarzen Ziffern. Wahrscheinlich hat jemand sie verloren. Die Eigentümerin kann sie im Zimmer 86 des Polizeipräsidiums wiederbekommen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hat in dieser Woche ihre neuen Kurse aufgenommen. Es können aber in den meisten Kursen noch weitere Teilnehmer zugelassen werden. Diese bekommen den Inhalt der dieswöchentlichen Stunde durch eine knappe Wiederholung des Lehrers nachträglich zu Gehör. Wir empfehlen also dringend, auch jetzt noch an die Teilnahme zu denken. Denn es werden auch in diesem Quartal wieder ausschließlich Gegenstände behandelt, die un-bedingte zu dem geistigen Nützigen des modernen Arbeiters und der modernen Arbeiterin gehören. Wir erinnern an die Kurse über Gesetzgebung (Kapfenstein) am Montag abend, wo diesmal das Verfassungsrecht behandelt wird; an die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus (Vorchardt), die am Mittwoch der kom-menden Woche überhaupt erst beginnt; wir erinnern weiter an die Rednerschule (Grunwald) am Donnerstag abend, an die Geschichte (Moll) am Sonnabend abend, an die theoretische Nationalökonomie (Grunwald) am Sonntag vormittag 10 Uhr. Alle diese Gegenstände ver-dienen das weitgehendste Interesse der politischen und gewerk-schaftlichen Organisationen, die ohne eine gründliche Bildung ihrer Mitglieder ihre großen Aufgaben nicht erfüllen können. Wir hoffen daher, daß es nur dieses erneuten Hinweises be-darf, um der Schule auch in diesen Tagen des Anfangs noch weitere Teilnehmer zuzuführen.

Der Jugendkurs für Anfänger hält die letzten Zusammenkünfte an diesem und dem nächsten Montag abends 8 1/2 Uhr im alten Lokale, S. 123, ab. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. An dem sich später anschließenden Museumsbesuch können auch andere Jugendliche teilnehmen.

Der Jugendkurs für Fortgeschrittene soll unter der Leitung des Genossen Grunwald auch in diesem Quartal weitergeführt werden. Es werden von jetzt ab im wesentlichen Vorträgen im Reden und in schriftlichen Arbeiten über besondere Themata ab-gehalten werden.

Neue Teilnehmer, die über eine gewisse Vorbildung ver-fügen, sind noch willkommen. Der Kursus beginnt am Sonntag, den 17. April (nicht, wie erst beabsichtigt war, am 10. April), vor-mittags 1/2 12 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Grenadier-

straße 37. Die späteren Zusammenkünfte sollen dann nach Ver-einbarung mit den Teilnehmern zu einer früheren Stunde beginnen.

Freie Volkshäuser. Die Mitglieder der ersten Abteilung werden besonders aufmerksam gemacht, daß ihre Erziehungsvorstellung für die vom Polizeipräsidium verbotene Vortragsausführung von „Hannele“ im Leisingtheater an diesem Sonntag, den 17. April, 8 Uhr, stattfindet. Eine Anzahl Eintrittskarten für Familien-angehörige der Mitglieder sind beim Obmann zu haben.

Die Erziehungsvorstellung für Karfreitag: „Dunburh“ im Neuen Schauspielhaus, ist am 16. Mai (2. Pfingsttag) 8 Uhr und haben ebenfalls die Familienangehörigen Zutritt.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 17. April, nachmittags 6 Uhr, Herr Dozent Jens Bögen über das Thema: „Ein Tag auf dem Monde“. Im Vortrag um 7 Uhr wird „Kometenjagd und Aberglauben“ behandelt; es wird besonders auf die früheren Erscheinungen und die jetzige Wiederkehr des Halleyschen Kometen hingewiesen. Am Montagabend 9 Uhr steht das Thema: „Sonne und Mond“ auf dem Programm. Mit dem großen Fern-rohr wird am Tage die Sonne, abends Mond und Jupiter be-obachtet; mit kleineren Fernrohren, die auf der Plattform aufgestellt sind, kann jedes beliebige Himmelsobjekt eingesehen werden.

Beugungsgesuch. Personen, die am Mittag des 18. März die Sistierung eines Arbeiters angesehen haben, der sich am Landsberger Platz auf eine Bank gesetzt hatte — der Arbeiter, der in der Lands-berger Allee arbeitete, hatte Polypentinnen an den Beinen — werden um Abgabe ihrer Adressen an W. Sperling, Friedenstr. 53, III, ge-beten.

Wer ist der Tote? Am 10. April vormittags gegen 6 Uhr hat im Treptower Park ein unbekannter, etwa 32 Jahre alter Mann Selbstmordversuch verübt; er wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht, wo er bald nach der Einlieferung verstarb. Der Unbekannte ist 1,65 Meter groß, schlaufröhig, hat rötlich-blonde Haare, spitze und Schnurbart, trägt schwarzen Leberzieher, braungraues Jackett, blaue Beinkleider, schwarze Schnürstiefel. Die Leiche be-findet sich im Leichenschauhause.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Freitagnach-mittag um 2 Uhr die vierte Kompanie nach der Friedrichstr. 94 gerufen. Dort gegenüber dem Zentral-Hotel befindet sich der be-kannte „Fischelsteiner Krug“ im Quergebäude. Dieses stand in Flammen. Als die Feuerwehr erschien, brannte der Dachstuhl in großer Ausdehnung. Ausgelommen war das Feuer in den Räumen der Ledermaschinenfabrik und Export von May u. Co. (Inhaber Oskar Krüger) angeblich durch elektrischen Kurzschluss. Die Feuer-wehr greift mit vier Schlauchleitungen von Dampftrifflern wirksam an. Durch kräftiges Wassergeben gelang es schließlich, ein weiteres Umfängereisen des Brandes zu verhüten. Der Dachstuhl war aber nicht mehr zu retten. Mit dem Dachstuhl sind u. a. etwa hundert Schreibmaschinen und andere wertvolle Einrichtungen vernichtet. Der Gesamtschaden ist voll versichert, auch soll der Betrieb der Leder-fabrik nicht gestört sein.

Vorort-Nachrichten.

Ober-Schöneeweide.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung erfolgte die Einführung der im März gewählten Vertreter, unter denen sich auch unsere Genossen Ruth und Imberg befinden. Vom Vor-sitzer wurde mitgeteilt, daß wegen der Bestimmung betreffs der Rückdatierung die Umzug- und Bezirkswachstener-ordnung vorläufig nur bis zum 30. Juni 1910 die Genehmigung gefunden habe. — Bei der Neuwahl der einzelnen Kommissionen wurden die Genossen Imberg in die Brandkommission, Ruth in die Verkehrskommission und Grunow in die Rechnungs- und Baukommission gewählt. — In der Angelegenheit der Neuregelung der Kanalisationsbeiträge wurde ein Beschluß nicht gefaßt, da die in Aussicht gestellte Vorlage noch nicht vorliegt. Zur Vorbereitung wurde eine Kommission von sechs Mit-gliedern gewählt, der auch der Genosse Imberg angehört. — Die gemeinnützige Gesellschaft für Rickauschank hat an die Gemeinde das Ersuchen gestellt, ihre Bestrebungen durch Uebernahme eines Anteils von 500 M. sowie kostenfreie Ueber-laffung eines Platzes zur Aufstellung eines Anschauungsausbaus zu unterstützen. In der ausgiebigen Debatte hierüber kam bei den Vertretern der Hausbesitzer so recht der einseitige Interessen-standpunkt zum Ausdruck, indem sie eine Konkurrenz der an-fässigen Milchhändler glaubten abzuwenden zu müssen; als ob ein Gemeindevertreter eine solche Angelegenheit nicht auch vom Standpunkte des Allgemeinwohls und der Volks-gesundheit betrachten dürfte. Unsere Genossen Ruth und Grunow befehlten denn auch die Herren über solche Pflichten eines Vertreters. Beschlossen wurde die Vergabe eines 14 Quadratmeter großen Platzes am Auslauf der Rathausstraße vor dem Rabelwerk Ober-spreew. Die Beteiligung mit einem Anteil wurde abgelehnt. — Den Lehren, welche länger als fünf Jahre im Fortbildungsschuldienst tätig sind, wurde das Stundenhonorar von 2,50 M. auf 2,75 M. erhöht, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April. — Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildete die Regelung von diversen Grundstücksfragen. — Die nächste Sitzung der Vertretung wird, da am 18. April noch drei Wahlen der dritten Klasse vor-genommen werden, die erste sein, welche bei voller Besetzung der Mandate, insgesamt mit Vorsteher und Schöffen 22 Vertreter, statt-findet. Der Prozeß, welcher von unseren Genossen gegen die Un-gültigkeitserklärung im Jahre 1908 angestrengt wurde, hat ganze zwei Jahre gewährt.

Gemeindevahlen. Am Montag, den 18. April, nach-mittags von 4 bis 8 Uhr, finden die Erziehungswahlen der dritten Klasse statt. Gewählt wird in zwei Bezirken. Der erste Wahlbezirk, umfassend alle Straßen westlich der Schiller-Promenade, wählt in der Turnhalle in der Waisstraße. Kandidaten für diesen Bezirk sind die Hausbesitzer Wilhelm Braune und Gustav Lehmann. Der zweite Wahlbezirk, umfassend alle Straßen östlich der Schiller-Promenade und die gesamte Wilhelmminnenhofstraße, wählt in der Turnhalle in der Freisenstraße. Kandidat für diesen Bezirk ist der Hausbesitzer Max Winkelmann. Versäume niemand sein Wahlrecht auszuüben.

Tempelhof.

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl unserer drei gewählten Gemeindevertreter durch die letzte Gemeindevertreterversammlung hat unter den Wählern große Empörung hervorgerufen. Welches sind eigentlich die Gründe, die die gern unter sich sein wollenden bürgerlichen Gemeindevertreter veranlaßten, die Ungültigkeitserklärung auszusprechen? Sowohl der Syndikus Wiessner wie auch der Gemeindevorsteher wiesen auch die zuerst dargelegten Protestgründe, die Wahlen wegen der Unzulänglichkeit der Räume, sowie wegen falscher Mitteilung der Wählerliste für ungültig zu erklären, zurück. Hierauf wurde betont, daß nach 8 Uhr ge-wählt worden sei. Der Gemeindevertreter Radbruch und der aus der dritten Klasse in die zweite Klasse geförderte Herr Treumet befürworteten auf Grund dieses Vorwandes die Ungültigkeitserklärung der Wahlen. Sie fanden natürlich bei ihren Kollegen Ge-folgenschaft. Den gesetzlichen Bestimmungen gegen ist, wie feststeht, das Wahllokal um 8 Uhr geschlossen worden, so daß das Bestreben, die Sozialdemokraten vom Dorparlament fernzuhalten, hoffentlich von nur kurzer Dauer sein wird.

Schöneberg.

Die hiesigen Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes beschloßen in einer von der Branchenleitung der Buchstiftung Berlin einberufenen Versammlung nach einem Referat des Genossen D. Schenk den Anschluß an die Schöneberger Gewerkschaftskommission. Als Delegierte wurden die Kollegen Gänther und Ulrich gewählt.

Hohen-Schönhausen.

Mit der Durchberatung des Etats hatte sich die vorletzte Sitzung der Gemeindevertretung zu befassen. Hierbei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und den Dorfeingewiesenen. Grund hierzu war, weil der Steueraussschuß, dem unser Genosse Thiele mit angehört, dem Kommunalsteuergesetz vom 175 auf 125 Proz. herabgesetzt und dafür die Grundsteuer von 3 auf 3 1/2 vom Tausend des gemeinen Wertes erhöht hatte. Von unseren Genossen wurde diese Verringerung begrüßt, wogegen etliche bürgerliche Vertreter die Erhöhung der Grundsteuer in der schädlichsten Weise bekämpften. Sie sangen wieder das Lied von der Notlage der Hausbesitzer. Herr Eisenmann betonte sogar, die Arbeiter sollten sich nicht soviel Kinder anschaffen, dann könnten am Schulgeld viele Tausend Mark gespart werden. Unser Genosse Thiele blieb dem Herrn die Antwort nicht schuldig. Hierauf stimmten vier der bürgerlichen Vertreter gegen den Gesamtetat, der mit 60981 Mark abschließt. Die letzte Sitzung beschloß sich mit dem Protest der Bürgerlichen gegen die Wahlen vom 14. und 15. März. Der Protest richtete sich hauptsächlich gegen die Wahl unseres Genossen Thiele. Genosse Grütt kennzeichnete die Protestgründe in gebührender Weise. Zutreffend bemerkte Redner, daß wenn bei der Wahl etwas Ungerechtes vorgekommen sein sollte, die Sozialdemokratie die ersten sein, die für die Ungültigkeit stimmen würden. Keiner von den vier Protestherberern konnte etwas vorbringen, was als ungeschehlich zu bezeichnen war. Alle Wahlen wurden gegen vier Stimmen für gültig erklärt und die Neuwahlen in ihr Amt eingeführt. Bei der hierauf vorgenommenen Neubeschreibung der Kommission wurde Genosse Thiele in den Steueraussschuß, sowie in die Haushalts- und Kanalisationskommission, Genosse Siebenwirth in die Friedhofs- und Baukommission und Genosse Grütt in die Armenkommission gewählt.

Weißensee.

Zur Nachwahl im alten Ortsteil hat der Grundbesitzerverein Stellung genommen. In einer stattgehabten Versammlung wurde weidlich auf den Wahlvorsteher, Schöffen Severin, geschimpft, durch dessen Unachtsamkeit die Wahl für ungültig erklärt worden sei. Auch der Kandidat der Grundbesitzer hielt eine „große Rede“; seine erste Sat, so betonte er, werde sein, gegen die Errichtung eines Lebzigenheims zu stimmen. Damit hat der Herr eine Probe seiner sozialen Rücksichtseligkeit abgelegt. Als Angehöriger der Ortskrankenkasse sollte der Herr von der Bedeutung eines Lebzigenheims eine andere Auffassung haben. Auch wollen die Herren Grundbesitzer eine umfangreiche Agitation unternehmen. 25 Führer, so wurde versichert, stehen zur Verfügung, um die säumigen Wähler heranzuholen. Ihr Schlußwort ist: Wir müssen siegen! Siegen wir diesmal nicht, dann sind wir auf immer verloren! Für unsere Genossen sind solche Kampfrufungen der Gegner ein Zeichen, daß sie auf den Posten sein müssen.

Zegel.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgang hat sich in der gestrigen Nacht in der Maschinenfabrik von A. Vorjag zugetragen. Kurz nach Mitternacht betrat der 37jährige Schlosser Hermann Jeverin aus der Wilhelmshovener Straße in Moabit, der in der Fabrik die Reparaturen an den Pumpen der hydraulischen Schmiedepresse auszuführen hatte, einen Fabrikraum, in dem die Drehpumpen stehen und setzte sich hier an der Riemenscheibe einer stillstehenden Drehpumpe zur Ruhe nieder. Obgleich er seinen Dienst erst abends 8 Uhr angetreten hatte, schlief er bald fest ein, so daß er das Signal zum Wiederantrieb der Maschinen nicht hörte. Der Maschinist konnte den Mann hinter dem Schutzgitter nicht sehen und setzte die Pumpe in Betrieb. Kaum hatte er die Maschine angelassen, als er einen dumpfen Fall hinter sich hörte, während die Pumpe mit einem Ruck wieder stehen blieb. Als sich der Maschinist umblückte, sah er, daß zwischen dem Riemen und der Riemenscheibe Jeverin fest eingeklemmt war. Der Kopf war ihm bereits völlig zertrümmert und der Tod war auf der Stelle eingetreten.

Rossen.

Der Gesangverein „Freie Sänger“ veranstaltet am Sonntag, abends 7 Uhr, im Lokale des Genossen Paul Nurnzer einen Unterhaltungabend. Da der Gesangverein bei Arbeitersfestlichkeiten stets mitgewirkt hat, werden die Parteigenossen ersucht, das Vergnügen durch Besuch zu unterstützen.

Nowawes.

Die diesjährige Steuer-Einschätzung hat im weltken Kreise unserer Einwohner, insbesondere bei Arbeitern, lebhaften Unwillen hervorgerufen. Es wird darüber Klage erhoben, daß die niederen Einkommen nicht nur bis zum letzten Pfennig zur Steuer veranlagt worden sind, man hat sogar trotz der eingereichten Lohnnachweisungskarten Arbeiter und Angestellte bis zu drei Stufen höher eingeschätzt, als es ihrem Einkommen entspricht. Gewiß haben die zu hoch eingeschätzten das Recht, dagegen zu reklamieren, aber derartige Reklamationen sind mit soviel Schreibern, amtlichen Verrechnungen usw. verknüpft, daß dadurch den Arbeitern nicht nur verschiedene Unannehmlichkeiten, sondern auch Verluste an Arbeitslohn erwachsen; zieht man ferner in Betracht, daß die zur Erledigung der Reklamation, die manchmal ziemlich lange auf sich warten läßt, auch die zu Unrecht festgesetzten Steuern bezahlt werden müssen, was bei den ohnehin so teuren Zeiten ein weiteres Opfer für den Steuerpflichtigen bedeutet, so wird man die nicht gerade schmeichelhaften Bemerkungen verstehen, die man jetzt über unsere Steuer-Voranschätzungskommission zu hören bekommt. Die Einwohnererschaft hat jedenfalls ein Recht zu verlangen, daß bei der Steuer-Einschätzung mit der nötigen Sorgfalt verfahren wird. Bei den massenhaften Reklamationen, die in diesem Jahre erhoben sind, wird sich übrigens auch ein empfindlicher Einnahme-Rückfall für die Gemeinde fühlbar machen, da die Steuer-Einschätzungen bei der Aufstellung des Etats zugrunde gelegt werden.

Spandau.

Eine scharfe Kritik wurde vor einigen Tagen in einer von Mitgliedern der Allgemeinen Krankenversicherungskasse zu Gemüth bringenden Versammlung an der Geschäftsführung der genannten Kasse geübt. Es wurden eine Reihe Fälle zur Sprache gebracht, wonach die Kasse ihren Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nicht nachgekommen war. Selbst Kerze weigerten sich, so wurde betont, die Krankenmitglieder zu behandeln, weil sie von der Kasse kein Honorar erhalten. Besonders wurde das Treiben der Agenten der Kasse scharf befeuert. Leute, die zu alt oder vorher schon krank waren, ließen sich durch die Versicherung des Agenten, daß das nicht in Betracht komme, bewegen, der Kasse beizutreten, mußten aber hinterher die Wahrnehmung machen, daß sie bei einer Erkrankung keine Unterstützung erhielten, da ihre Aufnahme nach dem Statut der Kasse nicht zulässig war. Die Agenten konnten dies Mandat um so eher ausführen, da sie bei der Aufnahme stets nur einen Auszug des Statuts vorlegten. Herr Ebel, der frühere Agent der Kasse, führte an der Hand reichhaltigen Materials mehrere traurige Fälle an, in denen die Kasse ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen war. Seine bezüglichen Vorhaltungen der Kasse gegenüber hatten keinen Erfolg. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, gemeinsam einen Rechtsanwalt zu nehmen und gegen die Kasse klagbar zu werden.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Heute abends 8 1/2 Uhr findet im „Alteiler“, Friedhofsstraße 97, eine öffentliche Jugendversammlung statt, in der Frau Mathilde Sturm das Referat übernimmt hat. Die Eltern sind gebeten, ihre der Schule entwachsenden Söhne und Töchter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Irren ist — polizeilich.

„Immer soll es ein Irrtum sein!“ wurde gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (137. Abteilung) einem Angeklagten gesagt, der am 6. März, dem Tage des Wahlsrechts-spazierganges, in der Schlesienschen Straße zwischen Cuhren- und Falkensteinstraße, abends etwa um 7 Uhr, eines Schutzmannes Aufforderung, weiterzugehen, nicht sofort befolgt und obendrein diesen Schutzmänn durch den Ruf „Bluthund!“ öffentlich beleidigt sowie ihn schließlich mit einem Fausthieb tätlich angegriffen haben sollte. Der Angeklagte, ein Arbeiter Penczynski, erklärte, daß er von alledem absolut nichts wisse. Er habe keine Aufforderung gehört, auch habe er weder gerufen noch geschlagen, wohl aber sei von Beamten, die ihn aus der Menge herausgerissen und verhafteten, er selber geschlagen worden, obgleich er ruhig mitging. Er müsse geradezu annehmen, daß er das Opfer eines Irrtums geworden sei. „Immer soll es ein Irrtum sein!“ antwortete ihm der Vorsitzende Amtsrichter a. d. Schulenburg, und er fügte hinzu: „Wenn Sie verhaftet worden sind, wird's doch kein anderer gewesen sein.“

In der Tat scheinen nicht nur Staatsanwälte, sondern auch viele Richter — und selbst solche, die sich sonst von Voreingenommenheit ziemlich freizuhalten wissen — von der Annahme ausgehen, daß irren zu den Schwächen eines Menschen, aber nicht eines Polizisten gehöre, der seine Wahrnehmungen macht, eine Akkretierung ausführt, Anzeige erstattet und dann vor Gericht als Zeuge auftritt. Diesmal aber erlebte man die Ueberraschung, daß der Schutzmann Schreiber, der den Angeklagten belästigen sollte, seine Bekundungen mit dem Geständnis begann, in der Anzeige sei ein Irrtum unterlaufen. Es handelte sich, schien er sagen zu wollen, bei einem Teil der Beschuldigungen um Dinge, die sich auf eine andere Person beziehen. Der Zeuge trug seine Aussage in so verwirrten Darlegungen und auch in so undeutlicher Aussprache vor, daß der Vorsitzende samt dem Verteidiger Räthe hatten, festzustellen, was er eigentlich bekundete. Er schilderte, wie in der Schlesienschen Straße die Schutzleute „mit Gewalt vorgegangen“ und die Menge weggetrieben worden sei. Penczynski sei stehen geblieben, so daß er ihn wiederholt habe auffordern müssen: „Bitte, gehen Sie weiter!“ Statt weiterzugehen, habe P. geschimpft, was er „geschimpft“ habe, wüßte Schreiber nicht recht zu sagen. P. habe dabei sein Gesicht gemacht, wie wenn er zu befehlen hätte. Als er schließlich am Kragen gepackt wurde, habe er ihn, den Zeugen Schreiber, an die Brust getroffen, wie wenn er sich wehren wollte. Ob das Absicht gewesen sei, wisse er nicht. Der Angeklagte bemerkte hierzu, er habe einen Schlag gegen das Auge bekommen, da habe er die Hände erhoben und vor das Gesicht gehalten. „Von wem wollen Sie denn geschlagen worden sein?“ fragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft. Als P. antwortete: „Von Beamten!“ erklärte Schr. das für unwahr. Demgegenüber bekundete eine Frau Schmidt, P. sei, als er nach Hause kam, „ganz verunstaltet“ gewesen. Auch ein Zeuge Burgander, der auf der Straße mit P. zusammen gewesen war, sagte aus, er habe gesehen, daß auf P. „losgehauen“ wurde.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Affessor Block, mußte selber bezüglich der „Beleidigung“ und des „Widerstandes“ die Anklage fallen lassen. Erwiesen sei aber die Nichtbefolgung, und sie solle mit 20 Mark Geldstrafe geahndet werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann beantragte völlige Freisprechung. P. habe offenbar keine Aufforderung gehört; Schr. habe ja sogar vor Gericht so undeutlich gesprochen, daß er kaum zu verstehen gewesen sei.

Das Urteil lautete: volle Freisprechung. Es sei zu glauben, daß P. keine Aufforderung gehört habe. Beleidigung sei nicht erwiesen, auch der vermeintliche Widerstand sei nur eine unwillkürliche Bewegung gewesen. Der Vorsitzende unterließ nicht, in der Urteilsbegründung auch das Verhalten auszudrücken, daß es überhaupt zur Erhebung einer Anklage in diesem Umfang gekommen sei. In einer an den Zeugen Schutzmänn Schreiber persönlich gerichteten Ansprache hob er hervor, Schr. sei im Vorverfahren dem Beschuldigten gegenübergestellt worden, schon da hätte er die Einschränkungen machen müssen, die er jetzt erst gemacht habe.

Man sollte mit diesem irrenden Polizisten nicht zu hart ins Gericht gehen. Er hat sich geradezu ein Verdienst um unsere Rechtspflege erworben insofern, als durch ihn einmal in schlagender Weise gezeigt worden ist, wie ein Polizist zu irren vermag.

Psul.

Der Arbeiter Witting hatte einen auf 3 Tage Haft lautenden Strafbefehl erhalten, weil er dadurch groben Unfug verübt haben soll, daß er am 15. März d. J. anlässlich eines Zusammenlaufs von circa 300 aus einer sozialdemokratischen Versammlung zurückkehrenden Personen hinter dem vor ihm gehenden Schutzmänn Käffe in der Mügener Straße mit lauter Stimme „Psul!“ geschrien habe. Wegen dieses Strafbefehls beantragte Witting richterliche Entscheidung. Der als Zeuge vernommene Kriminalwachtmeister Ahmann bekundete in dem von dem Schöffengericht Berlin am Donnerstag abgehaltenen Termin, der Angeklagte habe ihn oder psul gerufen. Genau habe er das Wort nicht verstanden, jedenfalls aber sei es eine höhnische Bemerkung gewesen. Daß der Angeklagte den Ruf in schreienden oder auch nur lauten Ton gerufen habe, konnte der Zeuge trotz Befragens nicht bestätigen. Der Amtsanwalt hielt die Tatbestandsmerkmale des groben Unfugs für vorliegend und beantragte mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Situation 3 Tage Haft. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Fehrmann, hob hervor, daß es jetzt bei dem durch das Polizeipräsidium vollzogenen Wechsel seiner Ansichten auf niemanden mehr einen Eindruck machen könne, wenn die Anklagebehörde immer wieder von Gefährlichkeit rede. Aber es bedürfe hierauf keines Eingehens, da das juristische Mädchen für alles, grober Unfug, hier nicht anwendbar sei; mag man die Vorschrift auch noch so maßlos ausdehnen, wie dies von unteren Gerichten vielfach geschehen sei. Der Verteidiger wies nach, daß in dem leise gesprochenen Wort des Angeklagten — welches dies gewesen sei, stehe ja nicht fest — auch nicht ein einziges Tatbestandsmerkmal dieses Paragraphen liege, besonders unter Berücksichtigung der neuesten Judikatur des Reichsgerichts. Der Vorsitzende, Amtsrichter Berlin, publizierte: Nach Ansicht des Gerichts liege grober Unfug vor. Gründe wurden nicht angegeben. Ein Tag Haft sei eine ausreichende Strafe.

Selbstverständlich ist gegen dies ganz unhaltbare Urteil Verurteilung eingelegt.

Schutz gegen Schussleute!

Am 2. Januar d. J. passierten in D. Laar am Niederrhein die Fabrikarbeiter Peter und Johann Kobieltz, Michael Kazina und Vincenz Woytasch laut singend die Rolandsstraße. Dafür wurden sie mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht, das sie auch zahlten. Jedoch ging die Feststellung der Personalien nicht ganz glatt vonstatten, indem Peter Kobieltz nur äßernnd seinen Namen nannte, was dem protokollierenden Polizeibeamten gewisse Veranlassung gab, den Benannten aufzufordern, mit zur Wache zu kommen. Aus Furcht vor den bekannten „Wachstubegeheimnissen“ weigerte sich K., dem Polizeibeamten zu folgen. Nun sagte der Polizist den Kobieltz, warf ihn zu Boden, zertrü ihm über die Straße und ließ den am Boden Liegenden mehrere Male mit dem

Säbel über den Kopf, so daß der Mann schwere Kopfverletzungen davon trug und ins Krankenhaus geschafft werden mußte, nachdem er unter Aufsicht eines zweiten Polizeibeamten zur Wache geschleppt, dort gereinigt und notdürftig verbunden war. Die Folge dieses Säbelangriffs war nun nicht etwa eine Anklage gegen den Polizeibeamten, sondern gegen den so jämmerlich Verwunden wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, wie die bekannte Farnel lautet und gegen die übrigen drei Arbeiter wegen Beihilfe! Am Dienstag hatte sich das Schöffengericht in Ruhrort mit der Sache zu befassen. Die drei Mitangeklagten mußten kostenlos freigesprochen werden, da sie absolut nichts weiter begangen hatten als gesungen; der so böß zugerichtete Kobieltz jedoch bekam noch 20 M. Geldstrafe dazu! Selbst das Gericht stellte fest, daß der Polizeibeamte weit über die ihm zustehende Befugnis der Gewaltanwendung hinausgegangen sei. Und trotzdem die Bestrafung! Daß die sich völlig passiv verhaltenden Mitangeklagten überhaupt unter Anklage gestellt wurden, konnte natürlich keine andere Wirkung hervorrufen, als daß sie als Zeugen gegen den Polizeibeamten ausschieden.

Das Totbeten

Ist das Neueste auf dem Gebiete des frommen Schwindels. In dem bayerischen Orte Breitenlohe ist eine Bäuerin, Mutter von 9 Kindern, die ihren Mann gerne los haben möchte, weil er zu großen Durst hat und sehr groß sein soll. Eine fromme Schwindlerin, Elise Meber, der sie ihre Not klagt, erbot sich, den Bauer totzubeten. Vier Jahre lang dauerte diese Totbetererei, und die Bäuerin mußte circa 1000 M. nach und nach dafür opfern, aber der Bauer machte nicht im geringsten Anstalten, aus dieser Welt zu scheiden, vielmehr schmedte ihm das Bier immer besser. Erst durch andere Leute wurde der Schwindel ruchbar; das Gericht nahm sich der Sache an und verurteilte die Totbeterin zu 6 Wochen Haft.

Vermischtes.

Ein losgerissener Ballon.

Wie aus Hildesheim gemeldet wird, schwebte gestern nachmittags in der fünften Stunde in geringer Höhe über der Feldmark von Söhlde bei Hoheneggen ein Ballon ohne Inzassen. Arbeiter zogen den Ballon herab. In dem Korbe befanden sich einige Flaschen Wein und einige Butterbrote, ferner mehrere Militärmützen vom 70. Infanterieregiment in Saarbrücken. Das Ankerort des Ballons fehlte, so daß anzunehmen ist, daß nach der Landung der Inzassen bei dem stürmischen Wetter der Ballon sich wieder losgerissen hat und weitergeflogen ist. Die Ballonhülle wurde vom Gemeindevorsteher in Verwahrung genommen. — Wie später festgestellt wurde, ist der aufgefundenen Ballon der Saarbrücker Ballon „Prinzess Viktoria“. Der Meßapparat registrierte 6000 Meter Höhe. Daß diese Höhe auch wirklich erreicht wurde, beweist die Tatsache, daß der Inhalt der in der Gondel aufgefundenen Mineralwasserflaschen gefroren war.

Eine Meldung aus Saarbrücken hierüber besagt: Der Ballon „Prinzess Viktoria“, der gestern morgen 9 1/2 Uhr im hiesigen Volksgarten aufgestiegen war, geriet hinter Warburg in eine vertikale Boe, die den Ballon heruntertrieb. Obgleich die Inzassen, Oberleutnant Heine (Führer) sowie die Herren Brauereidirektor Müller aus Geislaunern und Hauptmann Knoch aus Saarbrücken, den ganzen Ballast bis auf 2 1/2 Sandfäde auswarfen, stieß der Ballon auf den Boden, wobei Oberleutnant Heine und Brauereidirektor Müller herabgeschleudert wurden. Hauptmann Knoch wurde mit dem Ballon wieder in die Höhe gerissen. Später gelang es ihm, zu landen, der Ballon konnte aber nicht geborgen werden, sondern trieb führerlos weiter. Die Inzassen des zerunglückten Ballons, Oberleutnant Heine vom Infanterieregiment Nr. 70 als Führer sowie Brauereidirektor Müller-Geislaunern und Hauptmann Knoch blieben unverletzt.

Tödlicher Automobilunfall. Aus Lauterbach (Württ. Schwarzwalb) wird gemeldet: Als der Schultheiß Striegel gestern abend von Schramberg in Begleitung von Frau und Tochter im Automobil zurückfuhr, stürzte das Automobil in einen Graben und überstülpte sich. Alle drei Inzassen wurden schwer verletzt, die Frau ist ihren Verletzungen bereits erlegen.

Brandkatastrophe in Hamburg.

Auf dem Rehrwieder im Hamburger Freihafen entstand gestern vormittags 11 Uhr im Dachstuhl eines Speichers Feuer, das jedenfalls auf eine Explosion zurückzuführen ist. Das Feuer verbreitete sich ziemlich rasch auf die unteren Stockwerke, doch konnte es mit Hilfe von vier Sprigendampfern in einer Stunde gelöscht werden. Leider ist bei der Feuerbrunst der Verlust von Menschenleben zu beklagen. An der Brandstelle wurden die Leichen zweier Arbeiter aufgefunden.

Eine Eisenbahnkatastrophe wird aus Spokane (Washington) gemeldet: Auf der Northern Pacific-Wahn stürzte infolge eines Raddrucks ein Zug in einen Graben. Drei Leichen wurden geborgen. Man glaubt, daß sich viele tote unter den Trümmern befinden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. April, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Franziskaner Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. S. Müller: „Das Verbrechen. I. Seine Natur.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. H. 29, Hamburg). Zentrale Berlin 4. Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Kerkowetz, Andriastr. 26, Mitgliederversammlung.

Zentralverband der freien Händler, Kaufleute und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Ein Sten. Verwaltungsstelle Berlin. Heute abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Rixdorf. Montag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in Goppes Pflanzsälen, Hermannstr. 49: Öffentliche Frauenversammlung. Vortrag: „Die Frau im preussischen Wahlrechtskampfe.“ Referentin: Genossin Luise Sieg.

Witterungsübersicht vom 15. April 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	15. April			16. April		
	Barometer hohes Meer	Wind- richtung	Witterung	Barometer hohes Meer	Wind- richtung	Witterung
Stettin	749.5	4 bedekt	12	757.90	4 bedekt	6
Cöpenhagen	747.50	9 Regen	12	761.50	1 bedekt	4
Berlin	748.0	2 wolkt	12	739.50	4 wolkt	7
Frankfurt a. M.	749.50	4 bedekt	12	748.90	3 bedekt	7
München	752.50	2 Regen	9	745.50	2 wolkt	7
Wien	745.50	1 bedekt	13			

Weiterprognose für Sonnabend, den 16. April 1910. Gleitlich warm bei mäßigen südlichen Winden, veränderlicher Bewölkung, etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, mein lieber Gatte und Vater, der Restaurateur

Gotthelf Gräber
uns durch den Tod entrissen wurde. Dies gelte tiefbetrauert an
**Lina Gräber,
Willi Gräber.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 16766

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
3. Berl. Reichstagswahlkreises.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Sekretär

Gotthelf Graeber
Seidelstr. 22 (Bezirk 253) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
213/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel,
Bezirk 199.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Georg Voggenreiter
Köpenicker Str. 181
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
217/7 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Georg Voggenreiter
am 14. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Michaels-Kirchhofs am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
82/4 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands**
Zweigverein Berlin.
Am 13. April verstarb unser Mitglied

August Grawert
(Bezirk Roßbl.)

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Johannes-Kirchhofs in Plohnsee aus statt. 137/9
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 89.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

Walter Purrucker
Hedalesstraße 12 wohnhaft, am 10. April im Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für **Schöneberg.**
Bezirk 11.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser tätiges Mitglied, die Bezirksleiterin Genossin

Anna Schulz
am Donnerstag plötzlich im Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schönberger Friedhofes (Blante Höhe) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht
16/13 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden, Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 13. April, abends 11 1/2 Uhr, nach kurzen Leiden meine mir untergebliebene Frau, unsere bergensgute Mutter, Schwester und Schwägerin im Alter von 89 Jahren entschlief.

Ernst Rentner
Kinder und Geschwister.

Die Beerdigung findet am Sonntag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Tegeler Gemeinde-Friedhofes aus statt. 16865

Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. starb unser Kollege

Erich Friedrich
im Alter von 23 Jahren. 16926

Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Firma **Gebauer & May.**

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jerusalem-Kirchhofs, Hermannstr., aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kräftspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des Arbeiters

Richard Ackermann
sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Karl!
Haus ist schwer erkrankt, komme sofort!

Sommerpreise.

A. B. Koch
Kohlen-Brickengroßhandlung
Gegründet 1893.
Hauptkontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(Ecke Frankfurter Allee).
Telephon Nr. 7 Nr. 8040 u. 3096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen

I. O. 34. Ostb.-Güterbahnhof, Eing. Riederdorfer Str. 71, fr. Ostbahnpark.
II. O. 17. Ostb.-Güterbahnhof, Fruchtstr. 13.
III. N. 113. Schmitzstraße 28-34, Ecke Schildbeiner Straße.
Vorteil für nur 10 Marken ab Platz von 10 Ztr. an:

Pma. Galb. Ferdinand Str. 75 Pl.
Marienplatz Gal. Str. 77 Pl.
Gotthold Salon Str. 87 Pl.
In Diamant, geleht gesch.
(Str. 110-120 St.) Str. 95 Pl.
Alte Str. 95 Pl.
In Antiquar-Gade Str. 2, 20
Bruchbrückens guter Qual., rote Steinkohlen, Holz berechnen billigst.
Anlieferung frei Keller, bis 4 Ztr. je nach Quantum 10-20 Pl. dr. Ztr. mehr bei größeren Abhängen u. Entnahme v. Originaltagungs sowie bei Massenbestellungen verlangen Sie, ehe Sie Ihren Bedarf decken, meine Spezial-Offerte. — Versand nach allen Bahnhöfen hier und außerhalb.

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeits-Lotterie
Stücken-

Gesamtbetrag der Gew. Markw.
50000
aus 1027 Gew. von 2 bis 5000 Markw.
30000
u. ein Hauptgewinn Markw.
20000

Originallose a 2.— Mark.
Porto u. Liste 30 Pf. extra,
empfiehlt und versendet der
General-Debit

G. Dischelis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königsstr. 34-36.
Auch zu haben in sämtlichen
Lotteriel- und Zigarrengeschäften.

**Albessinier-
Pumpen**

zum Selbstlaufstellen für
Gartenbesitzer u. Landwirt-
schaften von 3 W. an
Flügelpumpen,
Gartenpumpen,
Filter, Mähren,
Schläuche usw. billigst.
Erdböhrer leihweise.

Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW.
Alte Jakobstr. 18/19.
(TV 1676)

**Elegantes Aussehen - Gute Passform
Haltbarkeit - Billiger Preis**

Diese scheinbaren Gegensätze finden Sie im Salamander-Süßled vereint. — Fordern Sie Musterbuch. V



Einheitspreis M. 17.50 Luxus-Ausführung M. 16.50

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 152
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosentaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse
Ecke Turn-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite-Strasse 30
Steglitz, Schloßstraße 20



Polmonox
Liebt's vor Pfeiffer-Bitterbrot!
Pflanzl. Bitter-Mentholpflanzl.
100% H. Schlinck & Cie A-G
Hamburg und Mannheim



**Inf. Subn. Nina
Pflanzl. Bitterbrot**

Beim Zahnen leiden Kinder meist große Schmerzen. Wehns-Zahnbalsam bei u. Kindern ist. Nach ärztl. Gutachten unschädlich, beruhigend u. d. Zahndurchbruch erleichtert. Die flüssige 1 W. für Blasenentzündung, mannschmerz, Wehns-Zahnbalsam, 3 Apotheken u. Droger. erh. Droger. dort fow. durch d. Fabr. Chem. Spez. Adolf Kirch, Bonn gratis zu bez. Gen. Depot Alfred Hamel, Hannover, Nikolaisstr. 188.

CREDIT

gewährt Jedem in ausgiebigster Masse das weltlich Bekannte

Waren- u. Möbel-Kredit-Haus
Hugo Udo Cohn
Kottbuser Damm No. 18

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe
in größter Auswahl, zu billigen Preisen, nur Neuheiten.
Manufakturwaren, Wäsche, Schuhwaren
Möbel- u. Polsterwaren
Gratis-Zugaben!

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegant. Herren- und
Knaben-Garderobe
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.

S. Boltuch,
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Strasse.

Für Ausflügler
empfehlen wir:

**Wanderbuch für die Mark
Brandenburg**
3 Teile, mit 56 Karten.
Erster Teil: Nähere Umgebung
Berlins Preis 1,50 M.
Zweiter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.
Dritter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

**100
Ausflüge um Berlin**
von Georg Siegerist.
Mit 30 Karten. — 2.— M.

Märkische Wandertour.
Von Georg Siegerist.
Mit 10 Karten. — 1,50 M.
Reichlich Taschenatlas der Um-
gebung Berlins, mit 100 An-
gaben 2.— M.
Das kleine Wanderbuch, 100 be-
liebte Ausflüge von Berlin. Mit
30 Karten und 30 Abbildungen.
1.— M.
Wander-Wandertour „Rund um
Berlin“ 1,50 M.
Spezialkarten in reicher Auswahl
und in allen Preislagen vorrätig.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Herren- u. Knaben-
Garderobe.**

Fertig und nach
Mass. — Garan-
tie für tadellosten
Sitz und beste
Verarbeitung. Auf

Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk. an

J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hacke-
schen Markt, im
Laden u. i. Niage.

Monats-Garderobe!
Die besten Frühjahrs-Paletots
und Anzüge für Herren, Smoking-
Anzüge, Frackanzüge sowie ge-
tragene, fast neue Sachen, für
jede Figur passend, in größter
Auswahl zu unübertroffen

billigen Preisen.
1 Kreppe, d. d. billiger als i. Laden.
früher
Mrsch Kletterbaum, Pringelstr. 33
Teich-Wasserstr. 12/13, 1 Tropfen.

**Herren-Moden
Teilzahlung.**
Bessere vornehme Herren-
kleidung, fertig u. nach Maß.
— Bequeme Zahlungsweise —
monatl. 10.00, viertelj. 25.00
Großes Stofflager.
Schneiderei Goldstein
Yorkstr. 51, geg. 1892.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten
Herren-Frühjahrs-Paletots
und Anzüge in neu
wie speziell
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanzüge sind in
großer Auswahl stets zu Haus und
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Str.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Bei 1 Mark wöchentlich
Teilzahlung
erhalten Sie die
elegantesten
Herren-Garderoben
fertig oder nach Maß
dreifach dem
Schneidermeister
M. Katz
Dresdener Str. 76
(nahe Thalia-Theater)
kein Laden.
Beschäftigung ohne
Raufgang.

Die schönste 50602*
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanzüge sind in
großer Auswahl stets zu Haus und
billigen Preisen zu haben.
Anstreicher
Glydstraße 5.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Husten
Sie, so nehmen Sie die Kaisers
Brust-Karamellen. 5500 not
begl. Zeugn. bew. d. vorzügl. Erfolg
bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten.
Paket 30 Pf. Dafür aus anderen
Rücksichten als angeblich „besser“
angebotenes weisse energisch
zurück. 114/5*
Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Engros-Lager:
Rich. Thiele, Berlin S. 61,
Bärwalderstr. 8. Tel. 4. 19.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksensstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Postbahnhof. — Kam VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Referenz für alle Krankentafeln.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Posthalle
Besetzt an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Ga-
rantie für tadellosten Sitz gegen
wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an.
Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause.
Mit Wunsch Besuch des Neuesten
mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

Stoff-Reste

ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc. die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!

Tuchfabrik-Lager Koch & Seeland
Gesellschaft m. b. H.
Rohstraße 2. — Sonntags geöffnet. 5084L

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Stroh Hüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1.50-6.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.



Stiefe Herrenhüte v. 2.00-7.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.

Kautabake - 5 Pfg.-Rollen

der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047.

Möbel-Sechner

Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor,
Laden und 1. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen

□□□ auf Kredit □□□

Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an
— Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet —
Vorzeiger d. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen
Deerstraße beim **Alten Freund**.

Kautabake

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Nur echt in 10 Pfennig-Rollen
5 Stangen
"Twist", nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie auf den Einlagezettel!
G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Hauptniederlage und Engrosvertrieb
Carl Röcker, BERLIN O. 27.
Grüner Weg 112. Amt VII No. 8861.

Tabak, Zigarren, Zigaretten

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Durch Rauch beschädigte Gardinenreste, Fenster 1.25, 1.45, 1.85, 2.45, 3.25, 4.50.

Tüllbestecken 1.75, 1.95, 2.45, 3.25, 4.50, 5.50 etc.
Erdbüchereien 3.45, 4.65, 5.85, 6.50, 7.50 etc. G. Weidenberg's Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik, 2. Haus an der Stoppstraße.

Durch Rauch beschädigte Tüllbestecken 0.95, 1.25, 1.85, 2.50, 3.25, 3.85, 4.50 etc.

Wäschbestecken 4.25, 4.85, 5.25, 5.95.
Wohlbild-Wäschbestecken 6.25, 7.85, 8.50, 9.85, 11.50 etc.

Tüllportieren, komplette Gardinur, 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.75, 6.50 etc.

Wäschportieren, komplette Gardinur, 6.35, 6.85, 7.85, 8.75, 9.50, 11.50, 13.50. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik.

Stoppdecken, Similseide, 3.25, 3.75, 4.50, 5.25, 6.25 etc.

Kleiner Stoppdecken, Blüster, 7.85, 8.50, 9.75, 11.25, 13.75, 15.50 bis 30 Mark.

Wäschelängengedekte, extra groß, 4.50, 5.75, 6.75, 7.50, 8.75, 9.50 etc. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik.

Wäschelängengedekte, 3.25, 3.85, 4.75, 5.25.

Berliner Wäschelängengedekte, 6.55, 7.50, 8.75, 9.65, 11.25, 12.50 etc.

Edle Wäschelängengedekte, 12.50, 14.50, 16.50, 18.50, 21.50 bis 60 Mark. Teppichhäuser, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik.

Käufer und Verkäufer zu Fabrikerreisen.

Sofareste, Höhe und Breite, zu Spottpreisen. Gardinen- und Teppichhäuser, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik. 621R

Käufer und Verkäufer zu Fabrikerreisen.

Wandbildhändler Krebber, Küstner-Block 7, Spillbüchse, Berliner- und Leipziger-Verkauf, Wäscherverkauf, Uhrenverkauf, Dekorverkauf, Schmuckverkauf, Goldschmuck, Silberarbeiten, verfallene Wänder. 2492R

Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent Ertragsabteil (selbst bei nachfolgend angeführten Gelegenheitskäufen). Teppich-Thomas, Drantenstraße 160, Oranienplatz. 367R

Teppiche, farblicherechte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Kaminergardinen, Nestpartien für hohen Wert.

Käuferreise spottbillig.

Vorwärtsleiter, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 367R

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wandtrögen, dreifachmig 4.50, Salongastromen 7.50, Gasgastromen 8.00, Gasgastromen 1.45, Gasmandarins 0.65, Fabriklager Große Frankfurterstraße 9; Filiale Alackstraße 6.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbestecken, Uebergardinen, Sofa-Kofferte, spottbillig. Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Filiale Alackstraße 6. Sonntags geöffnet. 2488R

Anzüge, Hosen, Sommerpaletots, 3.00. Anzügen 1.50, Leibchen 1.00, 0.60. Anzüge 1.50 an. Versuche, Kleidung billig. Beschäftigung ohne Kaufzwang. Aufgekauft! Rottbühnenstr. 16/17. 658R

Herrnanzug 6. Grobberlin's allerbilligste Einkaufsquell. Extrabillige Herrenanzüge. Kleiderauswahl. Handwerkerkäufer. Sommerpaletots. Jackenanzüge, Gehrockenanzüge, Herrenhosen. Extrabilliger Bekleidungsverkauf. Wäscheverkauf, Brautgeschenke. Ausstattersachen. Gardinenauswahl. Teppichauswahl! Wäschelängengedekte. Steppdecken. Wandtrögen. Tischdecken. Kleiderauswahl. Ringenauswahl. Damenanzüge. Warenverkauf. Hermannplatz 6. Auch Sonntags. 710R

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Gardinen, Stores, Rouleaux, namengebend billiger Massenverkauf! Nur ganz kurze Zeit! Fenster 1.25, 1.45, 1.85, 2.25 bis 6.75. Gardinenreste spottbillig, Gardinenhaus Richard Wolf, Dresdenerstr. 8 (Kottbuhlerstr.). Absonnenen Rabatt! 576R

Oranien-Handel, Drantenstraße 23a. Täglich Verkauf verfallener Wänder in Belten, Wäsche, Herren- und Knaben-Garderobe, Anzüge, Paletots, Hosen, Uhren, Ketten, Ringe. Große Waidersparnisse. Fahrgehalt wird vergütet. 46/0

Tüllbestecken, volle Größe, 2.50, in Erdtüll 6.35, Tülltorens 1.85, Erdtülltorens 4.35. Teppichhaus Emil Lejdrer, Drantenstraße 158. 597R

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung! Täglich ohne Anzahlung, mindestens 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Böhmer (selbst), Betriebsleitung Vorwegenerstraße 26, am Landwehrpark (Hohbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 135R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatssanäle und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrocken von 12.00, Frocks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebenden Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen, Kauf man am billigsten bei R. H. Alackstraße 14.

Wandtrögen, 5 Tage Probefreierung!

**Dritter Verbandstag
des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands.**

Dresden, 13. April 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Generalsekretär Piepenbrink-Köln leitet die Besprechung des Punktes

Lehnbewegungen und Tarifverträge

mit einem instruktiven Referat ein. Seine Ausführungen bestehen zum Teil in einer scharfen Kritik verschiedener verlassener Bewegungen, zum anderen in einer Besprechung der anzuwendenden Taktik bei zukünftigen Bewegungen. Sie sind deshalb für die Öffentlichkeit weniger geeignet.

Die Debatte ist stark von dem bevorstehenden Kampf im Baugewerbe beeinflusst. Genosse Bömelburg gibt eine eingehende Schilderung über den Stand dieser Bewegung. Die Bauarbeiterorganisationen werden sich unter keinen Umständen den Unternehmern beugen. In dieser Frage gibt es kein Nachgeben für die Arbeiter. Auch der Dachdeckerverband wird stark in den Kampf hineingezogen werden und die Kräfte seiner Mitglieder bis zum äußersten anspannen müssen. Es sei auch fest mit Bestimmtheit anzunehmen, daß bei der Bewegung des Dachdeckerverbandes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet die Unternehmer in das Vertragsmuster dieselbe Forderung hineinbringen, die der Arbeitgeberbund den Bauarbeitern stellt, nämlich:

„Daß die Arbeitsnachweise der Unternehmer nicht gestört werden dürfen.“

Wir Bauarbeiter gehen auch auf diese Form der Regelung des Arbeitsnachweises nicht ein. Und ich mache Sie darauf aufmerksam, daß auch Sie gut daran tun, diese Forderung mit allen Mitteln zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall.)

Zu diesem Punkt vertrat auch die Diskussionsredner einstimmig die Meinung, daß für die Dauer des Kampfes von den Mitgliedern außergewöhnliche Leistungen verlangt werden müssen. Diehl erklärt, daß, wenn der Kampf voll entbrennt, die Beamten des Verbandes denselben Prozentsatz ihres Gehaltes an den Kampffonds abführen, wie es die Beamten des Maurerverbandes beschlossen haben. Von den Biskalen Elberfeld, Barmen und Posen gehen Schreiben ein, worin die Delegierten ebenfalls ersucht werden, die Erhebung von Extrabeiträgen zu beschließen. Die Generalkommission sendet ebenfalls ein Schreiben des Inhalts, daß alle Organisationen, von denen Mitglieder in den Kampf hineingezogen werden, dafür Sorge tragen mögen, daß die Unterstützung möglichst einheitlich geregelt werde, damit keine Uneinigkeiten unter den Angehörigen der verschiedenen Organisationen entstehen. Es möchten deshalb alle Organisationen bei diesem Kampfe für die ersten vierzehn Tage keine Unterstützung ausfallen, so wie die Bauarbeiterorganisationen es für sich beschlossen haben.

Bei der Abstimmung werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Vom 1. Mai ab haben alle Mitglieder des Verbandes, welche in Arbeit bleiben, solange der Kampf dauert, doppelte Beiträge zu zahlen.
2. Die Karenzzeit zum Bezug der Streikunterstützung wird bei diesem Kampf auf vierzehn Tage festgesetzt.
3. Der § 8 des Streikreglements erhält im Absatz c folgende Fassung: Mitglieder eines Bewegungsgebietes, welche bei einem Streik oder Aussperrung in Arbeit bleiben, haben für die Dauer des Kampfes den doppelten Beitrag zu zahlen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Alle Anträge auf Einführung

der Arbeitslosenunterstützung.

werden zurückgestellt, nachdem Diehl ausgeführt hat, daß die Einführung dieser neuen Unterstützungsart jetzt nicht tunlich sei, nachdem man im Prinzip der Verschmelzung zugestimmt habe. Es wird zu dieser Frage folgender Antrag des Zentralverbandes angenommen:

„Der Zentralverband erkennt an, daß die Einführung der Arbeits- und Erwerbslosenunterstützung geboten erscheint. Er ersucht aber den Verbandstag, über die dazu gestellten Anträge die Vertagung zu beschließen.“

Darauf werden die Verhandlungen vertagt. Die Nachmittags-sitzung fällt aus.

Dresden, 14. April 1910.

Vierter Verhandlungstag.

Die Generalversammlung beschließt zunächst einige statutarische Änderungen des Streikreglements. Bei Streiks waren die Mitglieder bis jetzt in zwei große Gruppen eingeteilt, in solche, die noch kein halbes Jahr, und solche, die länger als ein halbes Jahr dem Verbands angehören. Die ersteren erhalten in allen Klassen eine um 50 Pf. pro Tag geringere Unterstützung als die letzteren. Diese Bestimmung wird durch die Hineinfügung erweitert, daß solche Mitglieder, die noch nicht dreizehn Wochen dem Verbands angehören, in allen Klassen eine um 30 Pf. pro Tag geringere Unterstützung erhalten, wie solche, die noch kein halbes Jahr Mitglied sind. Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft.

Eine weitere Änderung im Streikreglement lautet: Mitglieder, die vom Verbands Unterstützung beziehen, haben für die Zeit der Unterstützung Beiträge zu entrichten, und zwar in der Klasse, nach der die Unterstützung berechnet wird.

Dieser Beschluß tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Der Bericht des Vorsitzenden Diehl über den

Hamburger Gewerkschaftskongress

bringt keine für die Öffentlichkeit bemerkenswerten Momente. Angenommen wird ein Antrag:

„Der Vorstand soll versuchen, mit den Verbänden der Asphaltreue und Steinseher eine Verständigung herbeizuführen, um die Asphaltreue und Pappdachdecker für den Dachdeckerverband zu gewinnen.“

Ferner wird beschlossen, daß die Resolution des Gewerkschaftskongresses über die Reiseleiter in das Protokoll über den diesmaligen Verbandstag aufgenommen werden soll.

Diehl, Frankfurt, Meerlein, Berlin und Koch, Braunschweig werden als Delegierte zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress gewählt. Diehl und Meerlein sollen den Verband auch im nächsten Jahre auf dem ordentlichen Gewerkschaftskongress vertreten.

Generalsekretär Wagner-Rürnberg hält ein sehr eingehendes Referat über

Organisation und Agitation.

Nach der Aufstellung des Redners sind in Deutschland 17 000 bis 18 000 organisationsfähige Dachdecker und Hilfsarbeiter vorhanden, wovon erst 40 Prozent der Organisation zugeführt sind. Die Agitation ist für den Verband sehr schwierig, weil seine weitere Ausbreitungsmöglichkeit hauptsächlich auf dem platten Lande in den Zwergebetrieben liegt.

In der Diskussion vertrat Görnich-Berlin sehr eindringlich den Antrag, daß der Zentralverband in Zukunft nicht mehr selbständig die Anstellung von Gauleitern vornehmen, sondern daß dieses Recht der Generalversammlung vorbehalten werden solle. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, wie sämtliche anderen Anträge, die zumeist eine Änderung des Gauleitersystems bezwecken sollten.

Reichstagsabgeordneter Koch referiert dann über die Reichsversicherungsordnung.

Zu dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat wurde folgende vom Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

„Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bringt bei weitem nicht alle die Verbesserungen, die notwendig sind, um endlich die Mängel der Arbeiterversicherungsgeetze zu beseitigen. Die vorgeschlagene Hinterbliebenenversicherung ist so ungenügend, daß sie von den Arbeitern geradezu als eine Verhöhnung aufgefaßt werden muß. Ueberdies enthält der Entwurf viele Verschlechterungen, insbesondere die Entziehung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Krankenkassen. Aus diesen Gründen protestiert der Verbandstag gegen den in jeder Beziehung ungenügenden Entwurf und fordert alle Berufscollegen auf, sich an dem Kampfe der gesamten Arbeiterschaft um ihr Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen sowie um eine wirkliche arbeitserfreundliche Reform der Arbeiterversicherung mit allen Kräften zu beteiligen.“

Darauf wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Radstr. 1 —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends statt. Jeder Ratgeber ist ein Buchhaber und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

- S. D. 176. 1. Amtsgericht Rixdorf. 2. Lauscha. — S. 1. Fragen Sie bitte beim Transportarbeiterverband, Engelauer 15, an. — S. 2. 16. 1. U. G. nicht. Doch kann auch eine andere Auslegung Platz greifen. 2. Nach der herrschenden Praxis nicht, da Ihre Krankheitsdauer länger als die im Gesetz vorgesehene „nicht erhebliche Zeit“ währt. 3. Ja. 4. Nein. — S. W. 57. Die dortige Baupolizeiordnung ist maßgebend. — S. 550 F. Z. Die neue Firma heißt, wenn nicht die Haftung für die Verbindlichkeiten der alten Firma ausgeschlossen und dies im Register des Amtsgerichts eingetragen ist. Ist das letztere geschehen, so können Sie sich nur an die früheren Firmeninhaber halten. — S. W. 812. 1. Leider ja. 2. Ja. 3. Bei dem für Ihre Wohnung zuständigen Amtsgericht zeigen Sie die Abtät unter Angabe des Geburtsdatums und der Religion an. Sie bekommen dann eine Lernindoorladung. — S. 100. Nein. — Charlottenburg 100. 1. Geschäfte empfehlen wir nicht. 2. Ja. nächstes Säuglingsheim, Kirchstr. 10/20 (Krankenhaus). 3. Montags 3-4. — S. G. 135. Fragen Sie beim Arbeiter-Abletendbund, Reich Schul, Rixdorf, Rainzer Str. 11, an. — Paul 10. 1. Charité oder Universitätsklinik. 2. 3. u. 4. Stellen Sie einen Antrag an das Nachlassgericht, das ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Vater seinen letzten Wohnsitz gehabt hat. — S. G. 163. Eine zu wissen, welcher Zweig der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in Frage kommt, können wir die Frage nicht beantworten. — S. O. 19. Sehen Sie sich mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung. — Walter, Weihenstephan. Ihre Schwägerin soll Krankengeld und Arztkosten von der Krankenkasse, den Monatslohn vom Unternehmer beanspruchen. — S. G. 16. Nein; es empfiehlt sich aber gütliche Einigung. — Schnd. Nach Herr Darileung halten wir die Stadtgemeinde für haftbar. — W., Greifenhagener Str. Ja.

Aus erster Hand
kaufen Sie bei mir

Billige, gute Frühjahrs-Kleidung

Ulster und Paletots

in neuen Diagonal- u. Phantase-Stoffen und Covercoats

60, 55, 50, 45,
40, 36, 33, 30,
27, 24, 21,

18 Mark



Anzüge

Tausendfache Auswahl in den jetzt modernen schwarz-weißen und grauen Stoffen

60, 55, 49, 42,
39, 34, 31, 29,
25, 22, 19,

16 Mark

In Wirklichkeit auch

sind oben verzeichnete
tieren nur reelle, solide
oder nur fürs Auge gearbeitete Konfektionsware führe ich nicht.

Hunderte von schriftlich Anerkennungen von seiten meines ausgedehnten Kundenkreises bürgen für die Leistungsfähigkeit meines Betriebes

am Lager

Stücke. Sie repräsentieren
Qualitäten. Ramsch

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauch- und Kaiser-Friedrichstrasse.

Sie brauchen bei uns
nicht zu kaufen,

sondern Sie sollen sich nur unsere schicken, eleganten Sachen ansehen, um es Ihren werten Freunden und Bekannten zu sagen.

Herrenanzüge 9.50, Burschen 6.50, Knaben 1.25, Kittelkleidchen 1.75, Tuche p. Mtr. 1.00. — Berufskleidung sehr billig: Blaue Monteurjacke 1.00, Mechanikerkittel 2.45, engl. Lederhose 1.70. — Händler und Schneidermeister Rabatt.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.

Soeben erschienen:

Aus meinem Leben.

Von
August Bebel.

Erster Teil.

Preis brosch. 1.50 Mk. Gebunden 2.— Mk.
Porto 20 Pf.

Das vorliegende Buch ist von der Presse günstig beurteilt worden. Bei der hohen Bedeutung des Verfassers für die Arbeiterbewegung sollte das Buch, das einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung darstellt, von jedem Arbeiter gelesen werden.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
Lindenstr. 69 (Laden).

Charlottenburg.

S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12
Ecke Schulstraße

empfehlen sein reichhaltiges Lager von
guten selbstangefertigten Frühjahrs-Anzügen und Paletots
für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.
Hals-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45.— M. an
in eigener Betriebswerkstätte.

Berliner Ulk-Trio.

Poliz Schoner Stralsunderstr. 1

Beim Einkauf von
Drogen, Parfümerien,
Farben, Toilettefeifen usw.
empfiehlt sich den weiten „Vorwärts“-
lesern
Raabe, Droglit,
Steglich, Schügen- (Ede) Bierbischke.

Herren-, Damen-,
Kinderwäsche

eigenes Fabrikat.

Margarete Dietrich

Berlin O.,
Nirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.

Hüte

in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,

Prinzenstr. 57, an der
Dresdener Str.
Sofortig wird vergütet.

Rixdorf
Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Straße

PAUL LINCK

Rixdorf
Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Straße

offeriert

erstklassige, moderne Frühjahrs-Kostüme
in sehr sauberer Verarbeitung und tadellosem Sitz:

ferner:

Moderne Paletots, Jacketts und Röcke

Maßanfertigung!

Durch Ersparnis der hohen Ladenmiete sowie sonstiger Geschäftsspesen und infolge eigener Fabrikation sind meine Preise **außerordentlich billig!**

S. JOSEPH

Haupt-Strasse 1 Schöneberg Ecke Grunewaldstr.

*Ich biete
in dieser Woche
etwas ganz
hervorragendes!*

Ulster und Paletots

In denkbar grösster Auswahl, sowie in den neuesten Farben und Fassons
45.- 42.- 39.- 36.- 32.- 15.-
28.- 24.- 21.- 18.-

Herrenanzüge

aus ausgeprobten Stoffen angefertigt, neueste Muster, garantiert tadellos sitzend
46.- 42.- 40.- 39.- 36.- 15.-
33.- 28.- 25.- 22.- 18.-



Meine Leistungsfähigkeit überragt alles!

Sensationell billig!

Grosser **Knaben-Anzüge**

darunter Anzüge im früheren Verkaufspreise bis M. 21 jetzt M. 12, 9, 6, 4, **2.50**

Wir empfehlen folgende

Bücher zu herabgesetzten Preisen:

Werden und Vergehen

Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlich Darstellung

Von **Carus Sterne**, herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**. Mit vielen Abbildungen im Text und 47 Tafeln in Holzschnitt und Farbendruck sowie dem Bildnis des Verfassers.

Zwei starke Bände, dauerhaft und geschmackvoll gebunden.

Durch Erwerbung der Restauflage sind wir in der Lage, das Werk, dessen Ladenpreis 25 M. beträgt, mit **10 Mark** zu verkaufen.

Entwicklungsgeschichte der Natur

Von **Wilhelm Bölsche**.

Zwei Bände.

Gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Länder- und Völkerkunde

Von **Dr. F. W. Paul Lehmann**, Direktor des Schiller-Realgymnasiums in Stuttgart.

Zwei Bände.

Mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Auch diese beiden Werke können wir statt für je 18 M. für **10 Mark** abgeben.

Was ist die Natur

Von **Wilhelm Bölsche**.

Von diesem Werk hatten wir Gelegenheit, eine große Anzahl tadellos neuer Remittenten-E Exemplare zu erwerben, die wir mit **1,50 M.** pro Exemplar abgeben können. Der Ladenpreis beträgt 3 M.

Geschmackvoller Leinenband.

Weitere empfehlenswerte Bücher:

Unser Wald

Von **Curt Grottel**, herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**. Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei bedeutenden Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden.

Broschürt 2,50 M., in dauerhaftem Leinenband gebunden 3 M.

Sonntage

eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.

Von **Curt Grottel**.

Mit einem Vorwort von **Wilh. Bölsche**. Dritte unveränderte Auflage. Mit Buchschmuck und dem Portrait des Verfassers. Broschürt 60 Pf., gebunden 1 M.

Alenbrook

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.

Von **Jürgen Brand**.

Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. Lindenstr. 69 (Aden).

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

Clara Zetkin, Die Schulfrage

Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen Preis 15 Pf.
Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie ist

Preis 30 Pf.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie sein sollte

Preis 30 Pf.

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tabelliert in seiner ersten Broschüre die Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anstalt zur Erziehung möglichst williger und billiger Lohnsklaven für das Kapital. Der Klassenhaas, sagt er, hat Massenschulen geschaffen, wo Geld hat, kann sich Bildung kaufen. — Die zweite Broschüre ist eine Erläuterung unserer Programmforderungen, die wie in Bezug auf die Schule erheben und im Interesse des Kulturfortschritts erheben müssen.

P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter

Ein Vortrag Preis 15 Pf.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstr. 69 (Aden)

Betten Haus Werner

Berlin SW., Oranienstr. 120 • Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 20

Betten, Bettfedern, Kinderbettstellen, Metallbetten, Matratzen, Kinderwagen.

:: Bettfedern-Reinigung ::
Katalog gratis.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz in nur prima Marken.

Beste Vulkan Halblein-Briketts p. Ztr.	M. 0,70
Heye	0,80
Prima Ferdinand Salon	0,72, 1000 Stück 6,75
Anker	0,82, 1000 " 7,75
Anh. Kohlenw.	0,90, 1000 " 8,50
Ilse	0,90, 1000 " 8,50
Brikettbruch, Steinkohlen und Koks	billigst.

Handwagen zur Verfügung.

Möbel ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfiehlt
Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simonstr. 19.
Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste. an der Allen Jalousie.

♦ Großer Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. ♦
Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reicher Ausm. zu sol. Preisen. Gr. Abendlogis a Bett 40 Pf. 2 Vereinszimmer (20 u. 60 Pers.) Teleph. Amt IV 2366.
H. Stramm Ritterstraße Nr. 123.

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36